

ARBEITSHEFT



Nr. 31

Tanja von Fransecky

**Zwangsarbeit in der Berliner Metallindustrie 1939
bis 1945
Eine Firmenübersicht**

Eine Studie im Auftrag der Otto Brenner Stiftung

Berlin, März 2003

**Otto
Brenner
Stiftung**

Herausgeber:

Otto Brenner Stiftung
Heike Kauls
Alte Jakobstraße 149
10969 Berlin

Tel. 030-25 39 60 10
Fax: 030-25 39 60 11

www.otto-brenner-stiftung.de

Autor:

Tanja von Fransecky
Schulze-Delitzsch-Str. 18

99096 Erfurt

0151/121 29 040

Inhaltsverzeichnis	Seite
A. Einleitung	1
1. Forschungsstand	1
2. Materiallage	4
3. Aufbau	5
4. Begrifflichkeiten	6
B. Entwicklung und Zuständigkeiten für den Einsatz von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern in Berlin	11
1. Einführung	11
2. Arbeitskräftemangel und Strategien zur Behebung	15
3. Sicherheitspolitische Bedenken	19
4. Ausmaß der Zwangsarbeit in Berlin	20
5. Lagertypen, die der Internierung dienten oder zur Durchschleusung vorgesehen waren	22
6. Am Arbeitseinsatz beteiligte Institutionen und die Militarisierung der Arbeitswelt	31
7. Verantwortlichkeiten für den Einsatz in den Betrieben	50
C. Lebens- und Arbeitsbedingungen für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter	55
1. Hierarchisierung	55
2. Arbeit	58
3. Entlohnung	59
4. Lager	62
5. Hunger	65
6. Hygiene	67
7. Soziale Beziehungen	68
8. Freizeit	69
9. Luftangriffe	71
10. Schwangerschaft/Krankheit/Rückbeförderung/Tötung	72
11. Repression und Strafen	77
12. Jüdische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter	79
13. Das Verhalten (oder Nichtverhalten) der deutschen Belegschaft	85
14. Tod und Bestattung	87

D. Zusammenfassung, Schlussbetrachtungen und Ausblick	89
1. Umgang mit der Zwangsarbeit nach 1945 in der BRD	91
2. Umgang mit der Zwangsarbeit nach 1945 in der DDR	92
3. Die Entschädigungsdebatte	96
<u>E. Firmenübersicht</u>	<u>101</u>
<u>F. Literatur- und Quellenverzeichnis</u>	<u>131</u>

A. Einleitung

Die vorliegende Studie ist ein Forschungsbeitrag zum Themenkomplex Zwangsarbeit in der Berliner Metallindustrie und wurde mit Mitteln der Otto Brenner Stiftung gefördert. Ein redaktioneller Teil beleuchtet die Einsatzbedingungen und den Alltag von zwangsrekrutierten Arbeitskräften in der Berliner Metallindustrie. Hier stehen vor allem die historische Entwicklung des Einsatzes in Berlin, die Verantwortlichkeiten sowie die Lebens- und Arbeitsbedingungen der zwangsweise eingesetzten Arbeitskräfte im Vordergrund. Darüber hinaus wurde eine Übersicht derjenigen Metall verarbeitenden Firmen erstellt, die während des Zweiten Weltkriegs in Berlin Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter eingesetzt haben. Es handelt sich um solche Firmen, die in Berlin auch unabhängig vom Firmensitz Produktionsstätten hatten. Tabellarisch aufgeführt sind neben dem Firmennamen auch - falls vorhanden - Daten wie Zeitpunkt des Einsatzes, Nationalität der zwangsweise Arbeitenden und ob es sich um Zwangsrekrutierte, Kriegsgefangene oder KZ-Häftlinge handelte.

Um die Dimension von Zwangsarbeit beurteilen zu können, müssen zunächst die Grundlagen erforscht werden. Das bedeutet einerseits den historischen Kontext nachzuvollziehen, andererseits Daten systematisch zu dokumentieren. Vor interpretativen Verfahren müssen also deskriptive Verfahren stehen. Nachdem in den vergangenen Jahren Einzelfallstudien zu größeren Firmen und Lokalstudien erschienen sind, besteht der nächste Schritt darin, das System der Zwangsarbeit in institutionelle und regionalhistorische Bezüge zu setzen. Die Voraussetzungen für solche Forschung sind eine valide Datenbasis und gesicherte Kenntnisse über den Einsatz.

1. Forschungsstand

Das Thema Zwangsarbeit während des „Dritten Reichs“ ist weder in der DDR noch in der BRD zufriedenstellend bearbeitet worden.¹ In der DDR hatten die Vorbehalte gegen die detaillierte Erforschung und Veröffentlichungen u.a. folgende Gründe: Die Arbeiterklasse sollte möglichst als internationalistisch, antinazistisch und widerständig dargestellt werden.

¹ Zusammenfassend, allerdings mit Schwerpunkt auf die BRD, ist der Forschungsstand seit 1985 bei Herbert 2001, S. 416 ff. dokumentiert.

Angebliche Sabotageakte von ausländischen und deutschen Werktätigen während des Zweiten Weltkriegs wurden übertrieben stark herausgestellt. So schrieb Eva Seeber² in dem Kapitel „Der Befreiungskampf polnischer Arbeiter in Deutschland und die Solidaritätsaktionen der deutschen Bevölkerung“ von „patriotischen“, d.h. widerständigen polnischen Arbeitskräften, die sich durch die angeblich zahlreichen antinazistischen Äußerungen von Deutschen bestärkt fühlten. Wie in vielen anderen DDR- Publikationen wird der deutsche proletarische Widerstand, „die organisierte Kraft der Arbeiterklasse“³ beschworen. Das Klassenbewusstsein der Deutschen überragt in solchen Publikationen stets das der anderer Nationen, weshalb die Deutschen innerhalb des Widerstands immer eine avantgardistische Stellung einnehmen. Die Verantwortlichen für den Nationalsozialismus und somit auch für den Arbeitseinsatz von Zwangsrekrutierten waren im DDR-Duktus Imperialisten oder Monopolkapitalisten. Zusammen mit einer kleinen, sehr personifiziert dargestellten Führungsschicht haben sie der DDR-Geschichtsschreibung nach nicht nur den proletarischen Widerstand ausländischer Arbeitskräfte, sondern auch den Widerstand der deutschen Arbeiterklasse brechen müssen. Das verzerrt die Realität.⁴

Viele ehemalige zivile und kriegsgefangene Arbeitskräfte aus der Sowjetunion waren nach 1945 erneut Opfer von Verfolgung. Sie wurden unter Stalin als Verbündete der Deutschen denunziert und mussten mit Verfolgung und Benachteiligung rechnen. Für die DDR-Geschichtsschreibung war es schwierig diesen Widerspruch in ein kohärentes Geschichtsbild einzufügen.⁵ Trotzdem sind einige relevante Veröffentlichungen zu dem Thema in der DDR entstanden.⁶

In den 60er Jahren veröffentlichten westdeutsche Wissenschaftler Publikationen, in denen behauptet wurde, die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter seien der deutschen Wirtschaft gegen ihren Willen aufgezwungen worden.⁷

² Eva Seebers Veröffentlichung „Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft“ von 1964 war die erste bedeutendere Publikation zum Thema in der DDR.

³ Seeber 1964, S.228

⁴ Selbst deutschen Spitzeln und Denunzianten wird von Seeber (1964) maximales Verständnis entgegen gebracht und ein Opferstatus zugebilligt, wie ein Zitat aus dem Kapitel „Der gemeinsame Kampf polnischer und deutscher Widerstandskämpfer“ belegt. „Unter den schwierigsten Bedingungen – große Teile der deutschen Bevölkerung fielen der Polenhetze zum Opfer und viele Deutsche arbeiteten als Spitzel gegen die Fremdarbeiter – halfen deutsche Antifaschisten den Deportierten von den ersten bis zu den letzten Tagen des Krieges.“ (S.241)

⁵ Demps 1998, S.140ff.

⁶ Zum Beispiel Demps 1986; Demps 1978; Bleyer/ Drobisch 1970; Eichholtz/ Drobisch 1970

⁷ Beispielsweise Kannapin 1966; Pfahlmann 1968

Erst 1985 schloss die Dissertation von Ulrich Herbert „Fremdarbeiter. Politik und Praxis des `Ausländer-Einsatzes´ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches“ die Forschungslücke aus einer wissenschaftlichen Makroperspektive, die sich nicht der Empathie mit den Tätern verdächtig machte. Das bis heute gültige Standardwerk „Häftlinge unter SS-Herrschaft“, welches unter anderem den Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen zum Gegenstand hat, verfasste Falk Pingel 1978. Christian Streits Verdienst war es im gleichen Jahr mit „Keine Kameraden“ einen entscheidenden Beitrag zum Arbeitseinsatz sowjetischer Kriegsgefangener beizusteuern. Es folgten einige mikroperspektivisch angelegte Veröffentlichungen, die sich mit bestimmten Konzernen oder Regionen beschäftigten.⁸ Allerdings fehlen in den deutschsprachigen Überblickspublikationen Abhandlungen zu der Zwangsarbeit, die außerhalb des Reichsgebietes in den besetzten Gebieten geleistet werden musste. Beispielhaft zu nehmen ist hier das Getto Litzmannstadt, in das viele deutsche Firmen ihre Produktion verlegten.⁹

Für die Erforschung von Zwangsarbeit in Berlin liegen bereits einige hilfreiche Publikationen vor. 1998 ist am Institut für Europäische Ethnologie, Landesstelle für Berlin-Brandenburgische Volkskunde der Humboldt Universität in Berlin eine gut recherchierte Aufsatzsammlung entstanden, die den Alltag von Zwangsarbeitern in Berlin und Brandenburg aus verschiedenen Forschungsperspektiven beleuchtet.¹⁰ Zwei weitere Publikationen ermöglichen einen guten Überblick über den aktuellen Forschungsstand und laufende Projekte.¹¹ Die Berliner Geschichtswerkstatt e.V. legte in der Vergangenheit verschiedene grundlegende Arbeiten zum Thema Zwangsarbeit vor. Einen Schwerpunkt bildet die Publikation von Erinnerungsberichten ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Darüber hinaus ist von der Berliner Geschichtswerkstatt eine Liste von Firmen, die Zwangsarbeitern beschäftigten, für die Jewish Claims Conference erstellt worden. Eine Auflistung der Lager, in denen zwangsarbeitende Zivilisten oder Kriegsgefangene interniert waren, erarbeitete Kubatzki, der über 1000 Lagerstandorte innerhalb des Berliner Autobahnringes ermittelte. Die meisten Lager hatten Platz für 100 bis 200 Personen. Die beiden größten Lager mit 3000 Personen befanden sich in Adlershof und in Falkensee.¹²

⁸ Beispielsweise Wysocki 1992; Projektgruppe Messelager im Verein EL-DE-Haus e.V. Köln (Hg.) 1996

⁹ Loewy/ Schoenberger 1990

¹⁰ Scholze-Irrlitz/ Noack (Hg.) 1998

¹¹ Meyer/ Neitmann (Hg.) 2001; Spanjer/ Oudesluijs/ Meijer (Hg.) 1999

¹² Kubatzki 2001, S.11

Entsprechend der Tatsache, dass Zwangsarbeitern in den zeitgenössischen Dokumenten als „Ausländer“, „ausländische Arbeiter“ oder als „die Russen“ usw. bezeichnet wurden, nannte man auch die Lager „Ausländerlager“, „Russenlager“ oder „Gemeinschaftslager“ usw.

Trotz guter Fortschritte blieb bislang noch vieles unerforscht. Für Berlin als Metropole der Rüstungsindustrie liegen trotz der gewaltigen Dimensionen des Einsatzes noch keine umfassenden quantitativen Daten vor. Schließlich waren in vielen Betrieben „im letzten Kriegsdrittel deutsche Arbeiter nurmehr als Vorarbeiter und Meister beschäftigt, und die Belegschaften [habe](..) zu 80 bis 90% aus Ausländern“¹³ bestanden. Einer laufenden Forschung des Heimatmuseums Neukölln nach wurde im Juni 1944 jedes fünfte Kind in Neukölln von einer Zwangsarbeiterin geboren. Auch unter Berücksichtigung verschiedener Faktoren, die eine geringe Geburtenziffer unter der deutschen Bevölkerung nahe legen, ist das eine sehr hohe Anzahl, die einen Hinweis auf den massenhaften Einsatz von Zwangsarbeitskräften gibt. Dieses Forschungsdesiderat soll mit einem gemeinsamen Ausstellungsprojekt von elf Berliner Regionalmuseen geschlossen werden. Unter dem Titel „Zwangsarbeit in Berlin 1938 – 1945“ wurden im Laufe des Jahres 2002 in allen elf Museen Ausstellungen eröffnet.¹⁴

2. Materiallage

Viele Aktenbestände sind während des Krieges aufgrund von Luftangriffen oder von den Tätern selbst zerstört worden. Sehr bedauerlich ist das Fehlen des gesamten Berliner Arbeitsamtsbestandes und der Akten der IHK. Beide Institutionen waren maßgeblich am Einsatz beteiligt. Für die vorliegende Studie wurde der Bestand des Reichsarbeitsministeriums und Teile des Reichs- und des Preußischen Wirtschaftsministeriumsbestands im Bundesarchiv gesichtet. Ein ärgerliches Thema ist die Archivpolitik westdeutscher Firmen. Leider gibt es für Firmenarchive als Privatarchive keine Verpflichtung, die Bestände offen zu legen. Viele Firmen weigern sich standhaft, uneingeschränkten Zugang zu ihren Archiven zu gewähren. Lediglich einige ausgesuchte, in der Regel unternehmensnahe Historikerinnen und Historiker, konnten Archivalien verschiedener Firmen in Augenschein nehmen.

¹³ Herbert 1989, S.351

¹⁴ Weitere Informationen: www.ausstellung-zwangsarbeit-berlin.de

Im Berliner Landesarchiv (LAB) lagern glücklicherweise frei zugänglich Nachlässe von 150 Firmen. Es handelt sich dabei um Firmen, die ihren Sitz 1945 auf dem Gebiet des damaligen sowjetischen Sektors hatten, im Oktober 1945 auf Anordnung der Sowjetischen Militäradministration (Befehl Nr.124) einer Treuhandverwaltung unterstellt und später meist in volkseigene Betriebe überführt wurden.¹⁵ Für die vorliegende Arbeit wurden diese Bestände, insofern es sich um metallverarbeitende Firmen handelte, verwandt. Der Arbeitseinsatz ist in einigen Nachlässen besonders gut dokumentiert so z.B. bei der Ehrich & Graetz AG.

Viele Auflistungen von Firmen, die Zwangsarbeitern beschäftigten, gibt es bereits. Für die vorliegende Studie wurde neben eigenen Recherchen u.a. auf Listen des Bundes der Antifaschisten Treptow, des Kreuzberg Museums und der Berliner Geschichtswerkstatt zurückgegriffen.

3. Aufbau

Die vorliegende Studie ist folgendermaßen aufgebaut: Im zweiten Kapitel, werden die Rahmenbedingungen für den Arbeitseinsatz beleuchtet. Schwerpunkt ist die Entwicklung vom Arbeitskräftemangel im Dritten Reich zum massenhaften Einsatz von Zwangsarbeitern und die Verantwortlichkeiten der mitwirkenden Institutionen.

Der Alltag von Zwangsarbeitern, ihre Lebens- und Arbeitsumstände, werden anhand von zentralen Erfahrungen, wie Hunger, Bombardierung oder Repression, im dritten Kapitel beleuchtet.

Das vierte Kapitel beginnt mit einer Zusammenfassung der zentralen Ergebnisse und bietet jeweils einen Exkurs zum Umgang mit dem Thema Zwangsarbeit in der DDR und in der BRD. Abschließend wird ein Einblick in die Entschädigungsdebatte gegeben.

Das fünfte Kapitel enthält eine Auflistung von metallverarbeitenden Firmen, die von der Zwangsarbeit profitiert haben. An die Firmenübersicht schließt ein Ausblick an, in dem anhand von drei Themenfeldern die Relevanz des Themas Zwangsarbeit für aktuelle Diskurse aufgezeigt wird.

¹⁵ Wenzel 1999, S.50f.

4. Begrifflichkeiten

Die Begriffe Zwangs-, Fremd- und Zivilarbeiter bzw. -arbeiterin werden in der Forschung und Literatur nicht einheitlich verwandt. Im „Altreich“ zur Arbeit gezwungen, also Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter im eigentlichen Sinne waren KZ-Häftlinge, Kriegsgefangene sowie als „Kriegsbeute“ verschleppte unfreiwillige Zivilisten¹⁶. Auch deutsche Jüdinnen und Juden mussten bis zu den letzten Deportationen im Rahmen der „Fabrikaktion“ am 27. Februar 1943 Zwangsarbeit leisten. Gegen Kriegsende verschleppten die verantwortlichen Behörden eine größere Zahl von Jüdinnen und Juden aus den okkupierten Ländern, aber auch Deutsche, aufgrund des eklatanten Arbeitskräftemangels vor allem in der nunmehr unterirdischen Rüstungsproduktion, zum Arbeiten ins „Altreich“. Viele dieser Jüdinnen und Juden kamen ursprünglich aus Ungarn. Sinti und Roma wurden ebenfalls zwangsweise als Arbeitskräfte eingesetzt.

Der Begriff „Zivilarbeiter“ verdeutlicht, dass es sich weder um Kriegsgefangene noch um KZ-Häftlinge handelt. Er wird für freiwillig Angeworbene und Zwangsrekrutierte gleichermaßen benutzt und ist daher nicht eindeutig. Die unfreiwilligen Zivilarbeiterinnen und Zivilarbeiter und die Kriegsgefangenen wurden stets aus dem Ausland verschleppt. Unter den KZ-Häftlingen, die Zwangsarbeit leisten mussten, befanden sich auch deutsche Staatsbürger.

Freiwillige Zivilarbeiterinnen und Zivilarbeiter - Menschen, die in ihren Heimatländern für die Arbeit in Deutschland auf freiwilliger Basis angeworben wurden - gehören nicht zu der Kategorie „Zwangsarbeiter“. Es kam aber oft vor, dass ursprünglich freiwillig angeworbene Zivilarbeiterinnen und Zivilarbeiter von ihrem zuständigen deutschen Arbeitsamt während des Krieges dienstverpflichtet wurden und in der Folge zwangsweise im Deutschen Reich arbeiten mussten.¹⁷ Dazu der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, Fritz Sauckel: „Von den 5 Millionen ausländischen Arbeitern, die nach Deutschland gekommen sind, sind keine 200 000 freiwillig gekommen.“¹⁸

¹⁶ Zur Zwangsrekrutierung in den besetzten Teilen der Sowjetunion vgl. Müller 1997; „Die Rekrutierung der sogenannten Ostarbeiter fiel in den Aufgabenbereich der Wirtschaftsabteilungen der deutschen Zivilverwaltung und wurde von deutschen Arbeitseinsatzstäben mit Hilfe einheimischer und deutscher Polizeieinheiten durchgeführt.“ (Herbert 2001, S.141)

¹⁷ Vgl. Hopmann u.a. 1994, S.21 und Demps 1986, S.25

¹⁸ Sauckel zitiert nach Bleyer/ Drobisch 1970, S.83

Neben den aufgeführten Bezeichnungen wird auch der Begriff des „Fremdarbeiters“ in der Literatur verwandt.¹⁹ Er verschleierte die Konditionen des Arbeitseinsatzes zu stark, als dass er angemessen erscheint. Etwa die Hälfte aller Zwangsarbeit Leistenden waren Frauen. Das Durchschnittsalter lag unter 20 Jahren. Je nach „rassischer“ Herkunft standen die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter höher oder niedriger in der auf NS-rasseideologischen Kriterien begründeten Hierarchie. Das wirkte sich unmittelbar auf die Lebensbedingungen aus. So wurden Angehörige „germanischer“ Völker wie die Niederländer und Dänen besser gestellt, als die in der Hierarchie ganz unten angesiedelten Arbeitskräfte aus Polen und der Sowjetunion und jüdische Menschen. Die ungleiche Behandlung erstreckte sich auf alle Lebensbereiche. Der Ausdruck „Ostarbeiter“ stammte aus der Zeit des Ersten Weltkriegs und bezeichnete damals im Deutschen Reich beschäftigte Polen und Russen.²⁰ In der NS-Sprachterminologie waren mit dem Begriff „Ostarbeiter“ Bürgerinnen und Bürger aus der Sowjetunion gemeint, die Zwangsarbeit leisten mussten. Das Pendant für westeuropäische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter lautete „Westarbeiter“.

KZ-Häftlinge wurden schon mit Beginn ihrer Inhaftierung zur Arbeit gezwungen. Ab 1942 setzte man die Häftlinge verstärkt in kriegswichtigen Produktionsstätten ein. Nach Schätzungen sind etwa 1,55 Mio. KZ-Häftlinge zur Arbeit eingesetzt worden, davon sollen etwa 475.000 die schrecklichen Arbeitsbedingungen, die Schikanen der SS und die Todesmärsche überlebt haben.²¹ In Berlin gab es 21 Außenlager und –kommandos²² des KZ Sachsenhausen, weitere 12 im Umland.

Ab 1942/43 wurden KZ-Häftlinge verstärkt in der Industrie eingesetzt. „Statt Fabriken bei den Konzentrationslagern zu bauen (wie etwa Siemens 1942 in Ravensbrück), wurden nun Hunderte von KZ-Außenlagern bei den Fabriken (etwa in Siemensstadt oder bei der AEG in Köpenick) selbst eingerichtet.“²³ KZ-Häftlinge waren für die Betriebe noch kostengünstiger als Arbeitskräfte aus der Sowjetunion.

¹⁹ Beispielsweise in der Enzyklopädie des Nationalsozialismus (2001). Dort wird im lexikalischen Teil das Stichwort „Fremdarbeiter“ aufgeführt. Das ist ärgerlich, denn damit wird der Diskussionsstand der letzten Jahre bzgl. Begrifflichkeiten ausgeblendet.

²⁰ Wekenborg 1998, S.67

²¹ www.uni-hohenheim.de/~www570a/spoerer/zwangsarbeit, Mark Spoerer: Zwangsarbeit im Dritten Reich – Fakten und Zahlen. 20.7.01

²² Außenkommandos waren Arbeitskommandos, die außerhalb des KZ-Geländes eingesetzt wurden.

²³ Eckelmann/ Pagenstecher 2000, S.8

Eine 1943 getroffene Festlegung regelte die Zuständigkeit der SS für den An- und Abtransport der Häftlinge, deren Bewachung, Ernährung, Bekleidung und medizinische Versorgung. Für die nach SS-Sicherheitsvorschriften gestalteten Unterkünfte der Zwangsarbeitern zeichneten die Betriebe verantwortlich.²⁴

In der englischsprachigen Literatur wird oft der Terminus „slave work“ oder „slave labour“ benutzt. Mit Wolfgang Sofsky lässt sich begründen, warum der Begriff Sklavenarbeit zumindest im Zusammenhang mit der Arbeit von KZ-Häftlingen unpassend ist. Anders als in der Sklaverei diente die Häftlingsarbeit der Beschleunigung des Todes. Ein Sklavenbesitzer hingegen erwarb einen Sklaven, um durch die Ausbeutung dessen Arbeitskraft Gewinn zu erzielen. „So barbarisch die Herren mit ihren Sklaven oftmals umgingen, der Tod des Sklaven war ein Verlust. Das Vegetieren und Sterben der Häftlinge jedoch war ein Sieg der Macht.“²⁵ Die Sklaverei zielte auf maximale Ausbeutung, die KZ-Häftlingsarbeit hingegen auf physische Vernichtung.

Oswald Pohl²⁶, der im April 1942 allen KZ-Lagerkommandanten und Werksleitern befahl, den Arbeitseinsatz zu ihrer Hauptaufgabe zu machen, über den Charakter des Arbeitseinsatzes: „Der Lagerkommandant allein ist verantwortlich für den Einsatz der Arbeitskräfte. Dieser Einsatz muss im wahren Sinn des Wortes erschöpfend sein...“²⁷

Erschöpfend, daher bis zum Tode, sollte nicht nur der Arbeitseinsatz sein. Erschöpfend sollte auch die Ausbeute für die SS sein. Die SS stellte eine Rentabilitätsberechnung auf, die den Profit bei einer angenommenen durchschnittlichen Lebensdauer eines arbeitenden KZ-Häftlings von neun Monaten mit 1431 RM angibt. Zuzüglich addierte sie den „Erlös aus rationeller Verwertung der Leichen: 1. Zahngold, 2. Kleidung, 3. Wertsachen, 4. Geld, abzüglich Verbrennungskosten RM 2,-, durchschnittlicher Nettogewinn RM 200,-, Gesamtgewinn nach 9 Monaten RM 1631,-, zuzüglich Erlös aus Knochen und Aschenverwertung.“²⁸

²⁴ Kaienburg 1996, S.60

²⁵ Sofsky 1997, S.199

²⁶ Pohl organisierte von Beginn an die Ausbeutung von Arbeitskraft in den Konzentrationslagern. Nach mehreren Stationen durch die SS-Verwaltung wurde er 1942 Chef des SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt (WVHA).

²⁷ Pohl zitiert nach Sofsky 1997, S.355

²⁸ zitiert nach Kaiser 1975, S.574

Nach Martin Weinmann bedeutete Zwangsarbeit von KZ-Insassen „nur die aufgeschobene Vernichtung.“²⁹, aufgeschoben insofern, als dass Neuankömmlinge nicht, wie in den Vernichtungslagern, sofort nach ihrer Ankunft getötet wurden, sondern überwiegend aufgrund der unglaublich harten Arbeitseinsätze nach einigen Wochen oder Monaten starben. Zwangsarbeit in den Arbeitskommandos der Konzentrationslager war ein Tötungsinstrument.

Auch Kriegsgefangene wurden zur Arbeit gezwungen. Um den Einsatz völkerrechtlich zu legitimieren, entließ man viele Kriegsgefangene formal aus der Gefangenschaft und gab ihnen den Status von Zivilisten.³⁰ Mit Hilfe dieser Konstruktion, der „Beurlaubung“ aus der Kriegsgefangenschaft, wurde das völkerrechtliche Verbot von Zwangsarbeit für Kriegsgefangene umgangen.³¹ In einem „Merkblatt für beurlaubte französische Kriegsgefangene“ wurden die Rahmenbedingungen festgelegt. Sie waren mit denen der anderen so genannten Westarbeiter vergleichbar. Begonnen hatte der völkerrechtswidrige Einsatz von Kriegsgefangenen in Berlin im Juni 1941 mit dem Einsatz von 1673 Kriegsgefangenen unbekannter Nationalität in Rüstungsbetrieben.³²

Bis 1942 wurden sowjetische Kriegsgefangene dem Tod durch Verhungern und Erfrieren preisgegeben. Im Februar 1942 beklagte der Ministerialbeamte Mansfeld, dass von einstmalig 3,9 Millionen internierten sowjetischen Soldaten nur noch 1,1 Millionen am Leben seien und deshalb zusätzlich zivile sowjetische Arbeitskräfte aufwendig rekrutiert werden müssten.³³

Nachdem das Bündnis zwischen Italien und dem Deutschen Reich 1943 zerbrochen war, wurden die vormals auf freiwilliger Basis angeworbenen italienischen Arbeitskräfte interniert und zur Arbeit gezwungen.

²⁹ Weinmann 1998, S.LXXXV

³⁰ „Die Polen wurden schon nach einigen Monaten bis auf ca. 35. 000 in den Zivilstatus überführt, ebenso die Niederländer. Bis zu 1,3 Mio. französische Kriegsgefangene arbeiteten zeitweise in der deutschen Wirtschaft, gut 90. 000 von ihnen wurden gegen französische Zivilarbeiter ausgetauscht („relève“) und ca. 220. 000 wählten die Möglichkeit, durch Überführung in den Zivilstatus mehr Geld zu verdienen („transformation“), mußten sich dafür allerdings von ihren Kameraden den Vorwurf der Kollaboration gefallen lassen.“ www.uni-hohenheim.de/~www570a/spoerer/zwangsarbeit, Mark Spoerer: Zwangsarbeit im Dritten Reich – Fakten und Zahlen. 20. Juli 01

³¹ Ein Mitarbeiter der Aktiengesellschaft Ehrlich & Graetz in einem Brief an den so genannten Betriebsführer vom 25. Mai 1943: „....., doch werden unsere Kriegsgefangenen jetzt zu Zivilfranzosen gestempelt, so dass sie ohne Unterbrechung als Zivilarbeiter bei uns eingesetzt werden können.“ LAB A Rep. 250-01-05, Nr.1-0052 A

³² Demps 1986, S.22

³³ Herbert 2001, S.138

Innerhalb der nach nationalsozialistischen Kriterien vorgenommenen Hierarchisierung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern rangierten die so genannten italienischen Militärinternierten (IMI) nunmehr neben den sowjetischen Arbeitskräften auf der niedrigsten Stufe. Sie wurden ebenso streng bewacht.³⁴ Beispielhaft sind die „Richtlinien für die Unterbringung der italienischen Militärinternierten“ bei der metallverarbeitenden Firma Krone & Co vom 4. Februar 1944: „Die Ausländertoilette darf nur in Begleitung eines Polizisten aufgesucht werden. (...) Das Betreten des Waschraums ist ohne Beisein eines Polizisten nicht gestattet.“

In der zeitgenössischen Terminologie wurden die ausländischen, zivilen und kriegsgefangenen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter als „Ausländer“, „Ost- oder Westarbeiter“ bezeichnet. Oft wurde einfach von „den Holländern“ oder „Russenfrauen“ gesprochen. Termini wie Zwangs-, Zivil- oder Fremdarbeiter sind nicht zeitgenössisch bzw. waren unüblich. In der vorliegenden Studie geht es, wenn nicht explizit erwähnt, um zivile Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter.

³⁴ Vgl. LAB A Rep. 250-01-16, Nr.4. Die ehemaligen italienischen Militärinternierten sind von den Zahlungen der Stiftung der deutschen Wirtschaft ausgeschlossen worden.

B. Entwicklung und Zuständigkeiten für den Einsatz von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern in Berlin

1. Einführung

Als Hitler am 31. Januar 1933 zum Reichskanzler gewählt wurde, hatte er viele Stimmen nicht zuletzt mit dem Versprechen gewonnen, die hohe reichsweite Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Unter anderem ist dies durch ein gigantisches Programm von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) gelungen, mit dessen Hilfe beispielsweise Autobahnen, Kasernen und Flughäfen gebaut wurden. Neben der Rüstungsindustrie wurde die Landwirtschaft am stärksten gefördert, um die Versorgung der reichsdeutschen Bevölkerung im Kriegsfall autark aufrecht erhalten zu können. Bis auf die Rüstungsindustrie wurden ABM fast ausschließlich über Kredite finanziert. Die Giganten der Rüstungsindustrie hatten das Meteorologische Forschungszentrum (MEFO) gegründet, an das formal Rechnungen für staatliche Aufträge gestellt wurden. Diese Rechnungen wurden dann von der Reichsbank vorfinanziert und an die Industrie ausgezahlt. Auf diese Weise erschienen Rüstungsausgaben nicht im offiziellen Haushalt. Zudem flossen Lohnabzüge für die Arbeitslosenversicherung unter Geheimhaltung in den Autobahnbau.³⁵ In den Jahren 1933-39 wurden Unsummen in die Rüstungsproduktion investiert.³⁶

Die Zahl der Arbeitslosen nahm so stark ab, dass 1938 allein in der Landwirtschaft etwa eine Viertelmillion Arbeitskräfte aufgrund der Abwanderung in besser bezahlte Industriearbeitsplätze fehlten. Doch auch in der Industrie herrschte Arbeitskräftemangel, vor allem an Facharbeitskräften.³⁷ Noch auf freiwilliger Basis wurden bis 1938 über 400 000 Arbeitskräfte aus Nachbarstaaten, wie Italien, Jugoslawien, Ungarn, Bulgarien und den Niederlanden, angeworben.³⁸ Im gleichen Jahr begann der „geschlossene Arbeitseinsatz“ deutscher Jüdinnen und Juden, die bis zu ihrer endgültigen Deportation im Rahmen der sogenannten „Fabrikaktion“ im Frühjahr 1943 Zwangsarbeit leisten mussten.³⁹

³⁵ Mason 1981, S.299

³⁶ Milward 1966, S.30

³⁷ Herbert 1986, S.14

³⁸ Herbert 1986, S.16; Herbert 2001, S.125

³⁹ Gruner 1997

Die deutsche Wirtschaft wurde selbst nach Beginn des Krieges 1939 nicht auf Kriegswirtschaft umgestellt, da das Konzept des Blitzkrieges einen langen Abnutzungskrieg verhindern sollte. Da ein Abnutzungskrieg zu Beginn des Krieges nicht in Erwägung gezogen wurde, verfolgten die Rüstungsverantwortlichen eher eine unspezifische und von Ad-hoc-Entscheidungen geprägte Breiten- statt Tiefenrüstung. Bis 1941 hatte Hitler „zwei Jahre erfolgreich Krieg geführt, ohne jede Wirtschaftsplanung auf höchster Ebene.“⁴⁰ Im Dezember 1941, als der deutsche Angriff vor Moskau zum Erliegen kam, änderte sich die Situation entscheidend. Das Blitzkriegskonzept war nicht aufgegangen. Der Angriffskrieg gegen die Sowjetunion wurde von den Einsatzgruppen der SS mit Hilfe des Sicherheitsdienstes (SD), der Wehrmacht und des Polizeiapparats als Vernichtungskrieg geführt. An Arbeitskräfterekrutierung wurde anfangs nicht gedacht.

„Erst als klar wurde, daß der Krieg nicht bis Jahresende siegreich zu beenden war, die deutschen Arbeitskräfte weiter an der Front gebunden blieben und eine enorme Steigerung der deutschen Rüstungsindustrie nötig sein würde, wurden die sowjetischen Kriegsgefangenen, später auch Zivilisten, gegen die sicherheitspolitischen und ideologischen Bedenken in Partei und SS als Arbeitskräftereservoir ins Auge gefaßt.“⁴¹

Vor allem das zum SS-Imperium gehörende Reichssicherheitshauptamt (RSHA) hatte sich gegen den massenhaften Arbeitseinsatz von - wie es damals hieß - „Ostarbeitern“ ausgesprochen. Deren Arbeitseinsatz stand im Gegensatz zu dem aus rasseideologischen Prämissen abgeleiteten Vernichtungswillen dieser SS-Elite.

Mit der Umstellung der Rüstung auf Tiefenrüstung und aufgrund der Tatsache, dass etliche deutsche Männer an der Front gebunden waren, entschieden Hitler und Göring nun doch sowjetische Kriegsgefangene und Zivilarbeitskräfte im „Altreich“ einzusetzen. Dies geschah nach strengen Richtlinien, die Göring am 7. November 1941 verabschiedete. Die Bewachung während der Arbeit durfte nur von der Wehrmacht oder deutschen Arbeitern mit hilfspolizeilichen Funktionen übernommen werden.⁴²

⁴⁰ Milward 1966, S.23

⁴¹ Füllberg-Stolberg 1994, S.12

⁴² Herbert 2001, S.137. Die vom RSHA am 2. Februar 1942 veröffentlichten „Ostarbeitererlasse“ waren an die so genannten „Polenerlasse“ vom März 1940 angelehnt, aber noch repressiver als diese. Vgl. Herbert 2001, S.138f.

Anfang 1942 wurde der thüringische Gauleiter Fritz Sauckel zum „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“ (GBA) ernannt. Sauckel setzte die Zwangsrekrutierungen mit enormer Brutalität durch und verfügte im selben Jahr, dass aus den besetzten Gebieten Arbeitskräfte ab dem 15. Lebensjahr ins Reich geholt werden sollten, notfalls mit Zwang. 1944 wurden sogar Kinder im Alter von 10-14 Jahren im Rahmen der „Heuaktion“ nach Deutschland verschleppt.⁴³

In den Jahren 1942-44 erfolgte der Einsatz von Kriegsgefangenen und ausländischen Zivilarbeitern stets durch die Behörde des GBA und die Arbeitsämter. Hingegen mussten KZ-Häftlinge seit 1942 beim neugegründeten SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt (WVHA) angefordert werden. Von Beginn an arbeiteten KZ-Häftlinge in SS-eigenen Betrieben. Ihr Einsatz wurde bereits ab 1937⁴⁴ mit dem Bau der zweiten Generation von Konzentrationslagern forciert. Ab 1942 wurde auch externen Nutznießern die Ausbeutung der Arbeitskraft von KZ-Häftlingen angeboten. „War es zunächst die SS allein, die ihre Häftlinge in eigenen Werkstätten und Betrieben arbeiten ließ, so folgten ab 1942 Einladungen an die Industrie, ihre Produktionsstätten unter Leitung der SS in die Konzentrationslager zu verlegen.“⁴⁵

Die Betriebe waren wahrscheinlich überwiegend an einer Zuweisung von zivilen und kriegsgefangenen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern interessiert, denn die von den Betrieben zu erfüllenden Auflagen der SS für den Einsatz von KZ-Häftlingen waren vergleichsweise hoch. So gibt es Hinweise darauf, dass die Betriebe die Bewachung der Häftlinge selbst bezahlen mussten. Dazu kam, dass die beruflichen Qualifikationen der zugewiesenen Häftlingsgruppen sehr heterogen waren und das Anlernen durch permanente Eingriffe der SS in den Betriebsablauf erschwert wurde. Durch die hohe Sterblichkeit hatte Anlernen aus der Perspektive der Betriebe sowieso wenig Sinn. Um die strengen Auflagen der SS leichter erfüllen zu können, gingen Betriebe dazu über, ganze Fertigungsstätten in Konzentrationslager zu verlegen oder Produktionsstätten als Nebenlager aufzubauen. Bekanntestes Beispiel dafür ist Auschwitz-Monowitz, das als Lager III von der IG Farben betrieben wurde.

⁴³ Scholze-Irrnitz 1998, S.18

⁴⁴ Fröbe 1991, S.352

⁴⁵ Füllberg-Stolberg 1994, S.14

Die Firma Siemens hat an verschiedenen Orten in und um Berlin die Arbeitskraft von KZ-Häftlingen ausgebeutet. 1942 baute Siemens beispielsweise 20 Fertigungshallen auf dem Gelände des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück. Im selben Jahr noch mussten etwa 800 Frauen hier arbeiten, 1944 waren es schon etwa 2300 Frauen.⁴⁶ In den Siemens Schuckert Werken in Berlin mussten von Juli 1944 bis April 1945 KZ-Häftlinge arbeiten⁴⁷ und bei der Siemens-Kabel-Gemeinschaft (SKG) in Berlin-Gartenfeld arbeiteten zumindest in den Jahren 1943 und 1944 KZ-Häftlinge.⁴⁸

Albert Speer war es, der in seiner Funktion als Minister für Rüstungs- und Kriegsproduktion, 1942 der SS die Verfügungsgewalt über die KZ-Häftlinge nahezu abtrotzte, und sie der Rüstungsindustrie zur Verfügung stellte. Speer kontrollierte ab 1942 faktisch die gesamte deutsche Wirtschaft.⁴⁹ Ab Oktober 1944 entschied nicht mehr die Amtsgruppe D (Konzentrationslager) des SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamts über den Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen, sondern - auf Betreiben Speers - das Rüstungsministerium: „Das SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt entschied zwar weiterhin über die Gestellung von KZ-Gefangenen für Wirtschaftseinsätze, doch die Einsatzplanung für die Rüstungsindustrie erfolgte hauptsächlich in Speers Rüstungsministerium.“⁵⁰

Am 31. Mai 1944, also knapp ein Jahr vor der deutschen Kapitulation, arbeiteten 7,7 Millionen ausländische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus über 20 Ländern im Großdeutschen Reich. Der Frauenanteil war vor allem bei den Zwangsverschleppten aus Polen und der Sowjetunion hoch, dort waren es mehr als die Hälfte. Viele Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter waren zu dem Zeitpunkt ihrer Verschleppung sehr jung.⁵¹

Im April 1941 war reichsweit jede zehnte Arbeitskraft ausländischer Herkunft. In Berlin hingegen nicht einmal jeder zwanzigste. Zum Masseneinsatz kam es erst im Verlauf des Jahres 1941.

⁴⁶ Frings, 10. Februar 1997

⁴⁷ Sandvoß 1988, S.93

⁴⁸ Roth 1996, S.157

⁴⁹ Milward 1966, S.22

⁵⁰ Kaienburg 1996, S.58, siehe auch Füllberg-Stolberg 1994, S.14

⁵¹ Herbert 1986, S.13

Während der letzten Kriegsjahre gab es in Berlin im reichsweiten Vergleich überdurchschnittlich viele Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, in der Produktion arbeitete jeder Fünfte zwangsweise.⁵² In Berlin erreichte die Anzahl von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern einschließlich Kriegsgefangenen zum 1. September 1944 mehr als 300000, Ende des Jahres waren es bereits 350000.⁵³ Der Herkunft nach stammten Ende 1942 in der Reichshauptstadt 19,2% aller Zwangsarbeit Leistenden aus der Sowjetunion, 14,5% aus Polen und 12% aus Frankreich.⁵⁴ In Berlin als zentralem Rüstungsstandort mussten im Verlaufe des Krieges über eine halbe Millionen Menschen zwangsweise arbeiten, die in über 1000 Lagern untergebracht waren.

2. Arbeitskräftemangel und Strategien zur Behebung

Die reichsweite Vollbeschäftigung war 1936 erreicht.⁵⁵ Ende 1938 gab es 1 Million unbesetzter Arbeitsplätze und nur 400000 freiwillig aus Nachbarstaaten angeworbene Arbeitskräfte.⁵⁶ Infolge des großen Stellenangebots wechselten viele Arbeiterinnen und Arbeiter in besser bezahlte Arbeitsverhältnisse oder besser bezahlende Branchen. In den Jahren 1938/39 wechselte durchschnittlich jede Arbeitskraft einmal jährlich den Arbeitsplatz.⁵⁷ 1938 wurde die zivile Dienstpflicht eingeführt, d.h. Arbeitskräfte konnten von administrativer Seite zur Annahme einer bestimmten Arbeit gezwungen werden.⁵⁸ Viele der deutschen Arbeitskräfte arbeiteten beispielsweise dienstverpflichtet in den Siemenswerken. Die Betriebsleitung hatte von den Arbeitsämtern die Verhängung einer Dienstpflicht verlangt, der 1939/1940 7208 männliche und weibliche Arbeitskräfte und 1940/41 bereits 8600 unterlagen.

Zusätzlich 100000 Arbeitskräfte wurden nach dem so genannten Anschluss aus Österreich, wo es im Sommer 1938 400000 Arbeitslose gab, rekrutiert. Noch einmal genauso viele Arbeitskräfte wurden im selben Zeitraum aus dem „Protektorat Böhmen und Mähren“ abgezogen.⁵⁹

⁵² Demps 1986, S.26

⁵³ Demps 1986, S.11ff.

⁵⁴ Demps 1986, S.19

⁵⁵ www.uni-hohenheim.de/-www570a/spoerer/zwangsarbeit, Mark Spoerer: Zwangsarbeit im Dritten Reich – Fakten und Zahlen. 20.7.01

⁵⁶ Herbert 1986, S.16

⁵⁷ Mason 1981, S.296

⁵⁸ Mason 1981, S.308

⁵⁹ Herbert 2001, S.125

Während bei den als Deutsche angesehenen Arbeitskräften aus Österreich und den Sudetendeutschen keinerlei ideologische, sicherheitspolitische, devisenwirtschaftliche Probleme oder Bedenken zum Tragen kamen, wurde die Kontrolle und Disziplinierung der tschechischen Arbeitskräfte als notwendig erachtet.

Mit Kriegsbeginn wurden weitere Maßnahmen erlassen: „Die Regierung verordnete weitere Lohnsenkungen und Dienstverpflichtungen, die tägliche Arbeitszeit wurde verlängert, Zuschläge für Überstunden wurden gestrichen, und bezahlten Urlaub gab es nicht mehr.“⁶⁰ Aufgrund von Protesten seitens der Lohnabhängigen wurde die Regierung gezwungen die meisten Maßnahmen zurückzunehmen. Gerade gegen Ende des Krieges bemühten sich vor allem zwangsverpflichtete Frauen ihre Arbeitsverhältnisse zu lösen.

„Den unzweifelhaft quantitativ anwachsenden deutschen Vorarbeiter- und Aufseher-schichten stand eine ebenso anwachsende Schicht von zwangsweise beschäftigten Deutschen gegenüber, die häufig die Eigenschaften als freie Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeiter ebenfalls weitgehend verloren hatten.“⁶¹

Kurz vor dem Krieg wurde anlässlich eines Memorandums des Wirtschafts- und Rüstungsamtes der deutschen Wehrmacht festgestellt, dass neben Devisen und Rohstoffen Arbeitskräfte zu den knappen Ressourcen gehörten. Etwa 1,2 Mio. Arbeitskräfte fehlten bereits vor dem Krieg.⁶² Arbeitskräfte aus dem Metallbereich sollten bereits am Anfang des Krieges reichsweit bedarfsgerecht versetzt werden, wie eine Auflistung aus dem Aktenbestand des Reichsarbeitsministeriums (RAM) vom 6. November 1939 zeigt.⁶³ So zeigten die Landesarbeitsämter Rheinland, Schlesien, Sachsen, Westfalen, Hessen, Bayern (München), die Zweigstelle Nürnberg, das Landesarbeitsamt Südwestdeutschland und die Zweigstelle Ostmark insgesamt einen Arbeitskräfteüberschuss im Metallbereich von 18330 Personen an, die von den Landesarbeitsämtern Pommern, Ostpreußen, Nordmark, Niedersachsen und Mitteldeutschland in diese Regionen versetzt wurden. Diese „überschüssigen“ Arbeitskräfte wurden teilweise zu einem Arbeitsortwechsel dienstverpflichtet.

⁶⁰ Mason 1981, S.309

⁶¹ Roth 1996, S.162

⁶² Herbert 1999, S.13

⁶³ BArch R 3901/20.143

Um den Mangel an Arbeitskräften zu beheben, wurden zwei Lösungsmöglichkeiten anvisiert, die zunächst beide auf starke Vorbehalte stießen: zum einen der ideologisch unerwünschte Einsatz von Frauen und zum anderen der ebenfalls ideologisch unerwünschte Einsatz von ausländischen Arbeitskräften, der aus Angst vor Sabotageakten und der Nähe zur deutschen Bevölkerung auch nicht gewollt war.⁶⁴ Im September 1939 führten die Nationalsozialisten zwar auch für deutsche Frauen eine sechsmonatige Arbeitsdienstpflicht ein. Der größere Bedarf fehlender Arbeitskräfte aber wurde mit meist ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern gedeckt, die zwangsweise für das Deutsche Reich arbeiten mussten.⁶⁵

Dass der Arbeitseinsatz von Frauen sehr wohl bereits vor dem Krieg in Erwägung gezogen wurde, zeigt ein Schreiben des Regierungspräsidenten, Wehrwirtschaftliche Abteilung für den Wehrwirtschaftsbezirk XII, Wiesbaden vom 30. November 1938, in dem die „Einschaltung der Gewerbeaufsichtsämter in die personellen Mob-Vorbereitung“,⁶⁶ angeordnet vom RAM, mitgeteilt wurde. Der Einsatz von Jugendlichen und von Frauen sollte unterstützt durch die Gewerbeaufsichtsämter von den Arbeitsämtern bereits zu diesem Zeitpunkt geprüft werden. „Die Entscheidung darüber, welche Arbeitsplätze im Mob-Fall durch Frauen besetzt werden können, trifft bindend das Gewerbeaufsichtsamt.“⁶⁷ Aus dem Schreiben geht auch hervor, dass Betriebe bis zu diesem Zeitpunkt offenbar bereits ihren Personalbedarf angeben und Unabkömmlichkeitsanträge (Uk-Stellung) stellen mussten. Die sogenannten Mob-Abteilungen der Industrie- und Handelskammern fertigten parallel dazu allgemeine Personalbedarfsrechnungen an.⁶⁸

Der zusätzliche Arbeitskräftebedarf wurde in den ersten beiden Kriegsjahren zudem durch betriebsinterne Umstrukturierungen, Arbeitszeitverlängerung, Urlaubssperren usw. versucht auszugleichen. Ausländische Arbeitskräfte, zivile und kriegsgefangene, wurden zu diesem Zeitpunkt überwiegend in der Landwirtschaft eingesetzt.⁶⁹

⁶⁴ Herbert 1995, S.122

⁶⁵ Herbert 1986, S.14ff.

⁶⁶ Mit Mob-Vorbereitungen sind Mobilisierungsvorbereitungen für den Kriegsfall gemeint.

⁶⁷ BArch R 3901/20.143

⁶⁸ BArch R 3901/20.143

⁶⁹ Fast 50% aller Arbeitskräfte in der Landwirtschaft waren laut Herbert (1986, S.13) 1944 ausländische ZwangsarbeiterInnen. Diese Personengruppe ist von den „Entschädigungszahlungen“ der Stiftung der deutschen Wirtschaft komplett ausgenommen.

Im Frühjahr 1940 wurden in Berlin einige Tausend Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, überwiegend aus der Tschechoslowakei, eingesetzt. Die bereits erwähnte Einsatzverspätung von zwangsrekrutierten Arbeitskräften in Berlin hatte mehrere Gründe: die Reichsbehörden hatten entschieden, dass diese überwiegend in der Landwirtschaft zu beschäftigen waren. Der enorme Bedarf an Arbeitskräften war noch nicht erkannt worden, da die kriegsführenden Nationalsozialisten von einer kurzen Kriegsdauer ausgingen. Zudem gab es organisatorische Probleme und die Kompetenzen waren nicht eindeutig geregelt. Besonders zivile Sicherheitsbehörden hatten Bedenken, ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter einzusetzen. So äußerte sich der Präsident des Berlin-Brandenburgischen Landesarbeitsamts Gassner im Februar 1940 kritisch über die Überführung von polnischen Kriegsgefangenen in den Zivilarbeiterstatus.⁷⁰

Bei einem Treffen von verschiedenen am Einsatz beteiligten Institutionen am 12. April 1940 beim Regierungspräsidenten in Potsdam zeigte sich, dass die Gestapo Bedenken gegenüber einem Einsatz von Polen und Tschechen in Berlin hegte, das Arbeitsamt und die Rüstungsinspektion aber den Einsatz in der Industrie aufgrund der guten Überwachungsmöglichkeiten befürworteten. Man einigte sich letztendlich darauf, dass der Einsatz von polnischen Arbeiterinnen und Arbeitern jeweils mit den Einsatzbehörden und der Gestapo abgesprochen werden musste.⁷¹

Gleich nach Kriegsbeginn wurden 300000 polnische Kriegsgefangene im Reich zur Arbeit im landwirtschaftlichen Sektor gezwungen.⁷² Gleichzeitig versuchten die in den besetzten Gebieten installierten Arbeitsämter die polnische Bevölkerung für einen freiwilligen Arbeitseinsatz im Reich zu werben.⁷³ Bis Ende Oktober 1939 gab es zwecks Organisation der Ausbeutung von polnischen Arbeitskräften bereits 115 Arbeitsämter im besetzten Polen.⁷⁴ Da die schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen im Reich in Polen schnell publik wurden war das Anwerben relativ erfolglos. Bereits Ende 1939 wurde zum Instrument der Zwangsrekrutierung gegriffen. 10000 Polinnen und Polen wurden Ende 1939 verschleppt.

⁷⁰ Bräutigam 1999, S.32

⁷¹ Bräutigam 1999, S.32

⁷² Die in der Landwirtschaft zwangsweise eingesetzten Arbeitskräfte erhalten von der Stiftung der deutschen Wirtschaft keinerlei Entschädigungszahlungen.

⁷³ Dollmann/ Eckelmann 2000

⁷⁴ Hamann 1984, S.121

Immer offener gingen die deutschen Besatzer auf „Jagd“ nach Arbeitskräften, trieben willkürlich Menschen zusammen und ließen sie zu Zwangsarbeit deportieren. Die mit Zwang und Einschüchterung durchgesetzte Arbeitspflicht für Polinnen und Polen der Jahrgänge 1915 bis 1925 wurde strikt durchgesetzt.⁷⁵ Bis Mitte Dezember 1939 waren bereits 30000 Polinnen und Polen, bis Ende April 1940 210000 in das Deutsche Reich zum Arbeiten gebracht worden. Anderthalb Jahre später waren es bereits über eine Million Polen.⁷⁶

Der Einsatz von Polen in Berlin blieb aus folgenden Gründen quantitativ gesehen unbedeutend: „Kommunikation und Koordination der einzelnen Ämter in Berlin waren mangelhaft. Die Unternehmen waren über die Möglichkeiten der Zuweisung von Ausländern nur unzureichend informiert.“⁷⁷ Als der Einsatz später beschlossen wurde, waren die Konditionen des Einsatzes ungeklärt und änderten sich oft. Probleme gab es beispielsweise bei der Unterbringung. Zudem gab es sicherheitspolitische Bedenken. Aus den gleichen Gründen begann der Einsatz von Kriegsgefangenen in der Berliner Rüstungsindustrie erst spät. Kriegsgefangene wurden vornehmlich zu Aufräumarbeiten nach Luftangriffen, in der Bauwirtschaft und in der Landwirtschaft eingesetzt. Ende 1943 arbeiteten etwa 20000 Kriegsgefangene zwangsweise in Berlin.⁷⁸

3. Sicherheitspolitische Bedenken

1938, als der massive Einsatz von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern noch gar nicht in Planung war, legte die Berliner Polizeizentrale Ausländerzentalkarteien an. Die Arbeitsbehörden führten solche Karteien schon länger. Zu diesem Zwecke arbeitete die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung eng mit dem SD und den Abwehrstellen zusammen. Jeder „Ausländer“ sollte unbedingt erfasst werden. Ebenfalls im Jahre 1938 wurde eine neue „Ausländerpolizei-Verordnung“ (APVO) erlassen, mit deren Hilfe Abschiebung als Druckmittel leichter als zuvor eingesetzt werden konnte. Für die aus dem annektierten „Protektorat Böhmen und Mähren“ zur Arbeit ins Reich verbrachten Tschechen wurden Sonderbestimmungen erlassen, die es ermöglichten Strafen bis zur „Schutzhaft“, d.h. Einweisung in ein KZ, zu verhängen.⁷⁹

⁷⁵ Füllberg-Stolberg, 1994, S.11

⁷⁶ Hamann 1984, S.122

⁷⁷ Bräutigam 1999, S.32

⁷⁸ Demps 1986, S.21

⁷⁹ Herbert 2001, S.125f.

Aus Angst vor Sabotage in der Kriegsgeräteproduktion wurden die ersten polnischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter überwiegend in der Landwirtschaft eingesetzt. Ihr gebündelter Einsatz in Städten sollte vermieden werden. Später bewirkte der massive Arbeitskräftemangel, dass die Bedenken der einsetzenden Stellen aus pragmatischen Erwägungen in den Hintergrund traten. Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern wurden nun auch in der Industrie und sogar im „sensiblen“ Rüstungssektor eingesetzt.

Vor dem Einsatz von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Betrieben trafen sich die Firmenvertreter mit den jeweils Zuständigen der örtlichen Gestapo-Einstellungsstelle, um die sicherheitspolizeilichen Anordnungen zur Gefahrenabwehr entgegenzunehmen.

Bei Fliegeralarm wurde stets die „Alarmstufe A“ ausgelöst. Der am 15. Februar 1942 von der Sicherheitspolizei vorgelegte Sonderfahndungsplan sah in diesem Fall die Umzingelung von Lagern mit mehr als 200 russischen, polnischen oder tschechischen Bewohnern durch SA-Männer mit Karabinern vor. Dafür wurden allein in Berlin 21473 bewaffnete Personen abgestellt.⁸⁰ Unter anderem zur Eindämmung des sicherheitspolitischen Risikos aufgrund der massenhaften Internierung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern wurde am 17. Januar 1942 von Himmler die Bildung so genannter Landwachten angeordnet. In diesen Landwachten wurden möglichst waffenkundige, insbesondere UK-gestellte Männer aber auch ältere HJ-Jahrgänge versammelt, die Polizeiaufgaben übernehmen sollten. Am 9. November 1942 wurde als Äquivalent zur Landwacht die Stadtwacht aufgestellt. „Im Befehl zur Aufstellung wird ausdrücklich die ‚Ordnung in Arbeitslagern‘ als Aufgabe der Stadtwacht bezeichnet.“⁸¹

4. Ausmaß der Zwangsarbeit in Berlin

Berlin wurde als Zentrum der Rüstungsindustrie auch zum Zentrum des Einsatzes von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern.

„Vor allem die für die Rüstungsindustrie entscheidende Branche, die Metallindustrie, hatte hier ihren zentralen Standort. Jeder zehnte Flugzeugmotor, jeder vierte Panzer und fast die Hälfte der Geschütze wurde im Zweiten Weltkrieg in den in der Region ansässigen Fabriken hergestellt.“⁸²

⁸⁰ Demps 1986, S.24

⁸¹ Demps 1986, S.25

⁸² Wenzel 1998, S.48

In Berlin als zentralem Rüstungsstandort mussten im Verlaufe des Krieges über eine halbe Millionen Menschen zwangsweise arbeiten.⁸³ In Berlin und der Mark Brandenburg konzentrierte sich besonders seit 1943/44 die Rüstungsindustrie, z.B. Elektro-, Fahrzeug-, Motorenindustrie und Eisen- und Stahlwerke, Chemiebetriebe und Munitionsfabriken.⁸⁴ Die Versorgungsbevölkerung bestand im September 1943 in Berlin zu etwa 14% aus Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern - soviel wie sonst nirgends im „Reich“. Etwa 20% aller Beschäftigten in Berlin waren demnach zwangsweise Arbeitende.

Der Anteil an Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern bei den Berliner Siemenswerken pendelte sich bei etwa einem Drittel ein, die Peripheriebetriebe beschäftigten zunehmend zwangsweise Arbeitende und überrundeten die zentralen Betriebe in der zweiten Hälfte 1944.⁸⁵ „Ohne die zum Konzern gehörenden Gesellschaften beschäftigte Siemens am Jahresende 1944 65400 Arbeitkräfte. 17400 von ihnen oder 26,8 Prozent waren unter Zwang eingesetzt.“⁸⁶ Bei Übergang zum „totalen Krieg“ wurde eine „Zentralstelle für Gemeinschaftslager“ eingerichtet. Siemens musste für die 1943 insgesamt 60000 dort zwangsweise Beschäftigten (Gesamtbelegschaftsstärke 200000) Lagerplätze nachweisen und die Kasernierung zwecks besserer Kontrollierbarkeit gewährleisten. „Im Kontext von forcierter Rationalisierung und betrieblicher Unterschichtung verwandelte sich Siemens in ein betriebswirtschaftlich durchkalkuliertes Arbeiterzuchthaus.“⁸⁷

In Berlin erreichte die Anzahl von zwangsweise eingesetzten Arbeitskräften einschließlich Kriegsgefangener zum 1. September 1944 laut Laurenz Demps gut 300000, Ende des Jahres waren es bereits 350000.⁸⁸ Helmut Bräutigam nennt für 1944 die Zahl von 850000 zivilen und kriegsgefangenen Arbeitskräften in Berlin und Brandenburg.⁸⁹ Nach einer Tabelle von Ulrich Herbert betrug im August 1944 der Anteil von ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern im Metallbereich reichsweit 30%. Ohne die quantitative Ausweitung des Einsatzes 1942 hätte weder die Versorgung der deutschen Bevölkerung noch die Rüstungsproduktion aufrechterhalten werden können. „Aus der Sowjetunion wurden 1942 pro Woche 40. 000 Menschen von der Straße weg verschleppt.“⁹⁰

⁸³ Wenzel 1998, S.36

⁸⁴ Bräutigam 1998, S.8

⁸⁵ Roth 1986, S.160

⁸⁶ Demps 1986, S.20

⁸⁷ Roth 1996, S.160

⁸⁸ Demps 1986, S.11ff.

⁸⁹ Bräutigam 1998, S.8

⁹⁰ Eckelmann und Pagenstecher 2000, S.8

1944 verlegten viele Berliner Firmen ihre Produktionsstätten aus Furcht vor Bombenangriffen in das Berliner Umland. Dies hatte zur Folge, dass die Anzahl der in Berlin zur Arbeit Gezwungenen im Herbst 1944 stagnierte.

5. Lagertypen, die der Internierung dienten oder zur Durchschleusung vorgesehen waren

Neben der Unterbringung am Einsatzort in Gemeinschafts- oder firmeneigenen Lagern, mussten viele Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter mit anderen Lagertypen Erfahrung machen. Bevor sie einen festen Einsatzort und damit auch Aufenthaltsort hatten, wurden sie in Durchgangslager verschleppt.

Bei vermeintlicher Arbeitsbummelei, Sabotage oder Vertragsbruch, also bei Nichtverlängerung eines einstmals freiwillig eingegangenen Arbeitsvertrags von westeuropäischen Arbeiterinnen und Arbeitern, konnte zwecks Disziplinierung die Einweisung in ein Arbeitserziehungslager, das als Vorstufe der „Schutzhaft“ im KZ galt, erfolgen. Schwerkranke Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter kamen in sogenannte Krankensammellager. Manche zur Arbeit zwangsweise ins „Altreich“ Verschleppte reagierten auf diese Ausnahmesituation mit psychischen Auffälligkeiten oder waren aus anderen Gründen nicht einsetzbar. Diese Menschen wurden zunächst in so genannten Rückkehrerlagern konzentriert und in ihre Heimatländer zurückgebracht.

Durchgangslager

Durchgangslager dienten dazu, Neuankömmlinge nach einem kurzen Aufenthalt von etwa zwei bis vier Tagen auf die Zwangsarbeiterlager in der Region zu verteilen. Sie unterstanden entweder den Landesarbeitsämtern oder der Wehrmacht.⁹¹ Von hier aus teilte man die meist osteuropäischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter Betrieben und Institutionen zu. Die Durchgangslager der Arbeitsämter waren ausschließlich für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus Osteuropa konzipiert worden.

Da sogenannte „Ostarbeiter“ als auch ihre Kinder als „rassisch minderwertig“ galten, dienten Durchgangslager nicht nur der Durchschleusung von Arbeitskräften sondern auch als Abtreibungs- und Entbindungslager. Des weiteren gab es in manchen Durchgangslagern und in manchen Krankensammellagern „Ausländerkinder-Pflegestätten“.

⁹¹ Schäfer 2001, S.143

Die NS-Bevölkerungspolitiker verfolgten das Ziel Schwangerschaften von sogenannten Ostarbeiterinnen möglichst zu verhindern bzw. abzubrechen.⁹² Die Versorgung von Säuglingen in diesen „Ausländerkinder-Pflegestätten“ war völlig unzureichend, so dass viele Neugeborene kurz nach der Geburt starben. Nachweisliche Tötungen von Säuglingen gab es im Durchgangslager Kelsterbach in Hessen.⁹³ Eine Auflistung aus dem Jahr 1942 nennt folgende von Landesarbeitsämtern betriebene Durchgangslager:

„Illowo (Ostpreußen), Gotenhafen (Danzig-Westpreußen); Breslau (Niederschlesien); Rosenberg (Oberschlesien); Wilhelmshagen (Brandenburg); Stargard (Pommern); Neumünster-Witborg bzw. Parchim in Mecklenburg (Nordmark); Lehrte (Niedersachsen); Soest (Westfalen); Köln-Deutz (Rheinland); Metz (Westmark); Kelsterbach (Hessen); Halle bzw. Erfurt (Mitteldeutschland); Chemnitz (Sachsen); Dachau (Bayern); Neumarkt (Nürnberg); Bietigheim (Südwestdeutschland); Straßrot (Wien-Niederdonau); Spallerhof (Oberdonau); Woergl (Alpenland); Komotau (Sudetenland), Graz (Steiermark-Kärnten)“⁹⁴

Das Durchgangslager, von dem aus das Arbeitsamt Arbeitskräfte nach Berlin zu wies, war zunächst das Lager in der Nordmarkstraße (heutige Fröbelstraße) im Bezirk Prenzlauer Berg. Zwischen Februar 1940 und März 1941 durchliefen etwa 102600 Arbeitskräfte das Lager.⁹⁵ Seit dem Frühjahr 1942 nutzte das Arbeitsamt auch das Lager der Deutschen Bahn in Blankenfelde Nord als Durchgangslager. 800 Plätze soll es dort gegeben haben. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer betrug höchstens eine Woche. In den Monaten März und April wurden etwa 13000 Menschen durchgeschleust. Im Juni verdoppelte sich die Anzahl. Im Oktober 1942 wurde aus dem Durchgangslager eine Krankensammelstelle für sowjetische Arbeitskräfte.⁹⁶ Im selben Jahr wurden die Durchgangslager Potsdam-Rehbrücke und Berlin-Wilhelmshagen in Betrieb genommen.⁹⁷

Die ehemalige Zwangsarbeiterin Kazimiera Kosonowska erinnert, dass es im Durchgangslager Wilhelmshagen „hölzerne Etagenpritschen ohne Strohsäcke“ gab.

⁹² Schäfer 2001, S.143

⁹³ Längerich u.a. 1983, S.95ff.

⁹⁴ Schäfer 2001, S.144

⁹⁵ Tafel „Unterkunft und Arbeitsstätten“ in der Ausstellung „Geraubte Zeit. Zeugen der Zwangsarbeit im Nordosten Berlins 1938-1945. Ausstellungsprojekt im Rahmen des Projekts Berliner Regionalmuseen „Zwangsarbeit in Berlin 1938-1945“. 1. März – 14. Juli 2002.

⁹⁶ Tafel „Hunger – Krankheit – Tod“ in der Ausstellung „Geraubte Zeit. Zeugen der Zwangsarbeit im Nordosten Berlins 1938-1945. Ausstellungsprojekt im Rahmen des Projekts Berliner Regionalmuseen „Zwangsarbeit in Berlin 1938-1945“. 1. März – 14. Juli 2002.

⁹⁷ Tafel „Verwaltung der Zwangsarbeit“ in der Ausstellung „Geraubte Zeit. Zeugen der Zwangsarbeit im Nordosten Berlins 1938-1945. Ausstellungsprojekt im Rahmen des Projekts Berliner Regionalmuseen „Zwangsarbeit in Berlin 1938-1945“. 1. März – 14. Juli 2002.

Nach der tagelangen Fahrt bot sich hier die Möglichkeit Gesicht und Hände zu waschen. Am nächsten Morgen habe es eine Portion Brot und einen Becher Malzkaffee gegeben. Anschließend sei sie im Automaten fotografiert worden und musste auf einem Vordruck ihre Fingerabdrücke hinterlassen. Dieser Vordruck war ihre Arbeitskarte. Bald erschien ein Fabrikvertreter, der von Kazimiera Kosonowska als „Käufer“ bezeichnet wird. Er wählte viele junge Frauen aus, nahm ihre Papiere an sich und sie fuhren mit der S-Bahn etwas mehr als zehn Minuten bis sie in Adlershof ankamen.

Von äußerst demütigenden Prozeduren, die vermutlich in Wilhelmshagen vorgenommen wurden, berichtet auch Aleksandra Jelinek. Nachdem sich alle ausziehen mussten, machte man Fotos und registrierte ihre Personalien. Es folgte eine erniedrigende Enthaarungsprozedur und eine ärztliche Untersuchung, die ebenfalls demütigend war. Die Verschleppten mussten eine Erklärung unterzeichnen, die besagte, sie seien freiwillig zum Arbeiten gekommen.⁹⁸

Die Komplexität vieler Verfolgungsgeschichten lässt sich beispielhaft anhand der Biographie des ehemaligen Zwangsarbeiters Wladyslaw Lepieszka darstellen. Für ihn war das Durchgangslager Wilhelmshagen eine von vielen Stationen der Verschleppung und Internierung. Nachdem er von seiner Arbeitsstelle in Schlesien geflohen war, wurde er aufgegriffen und in das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz verschleppt. Einige Monate später wurde er zur Arbeit ins Deutsche Reich deportiert. Im Gefängnis am Alexanderplatz musste er drei Monate unter unmenschlichen Bedingungen zubringen und wurde dann zum Arbeitsamt nach Wilhelmshagen geschickt. Dort wurde er einer Chemiefabrik zugeteilt.⁹⁹

Arbeitserziehungslager (AEL)

Reichsweit existierten etwa 200 Arbeitserziehungslager.¹⁰⁰ Sie wurden zu Kriegsbeginn eingerichtet, um vor allem Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, die als „arbeitsunwillig“ oder „vertragsbrüchig“ galten oder von ihrer Arbeitsstelle geflohen waren für die Dauer von 21 bis höchstens 56 Tagen mit Hilfe schwerer Arbeit zu „erziehen“.

⁹⁸ Jelinek nach Dollmann/ Eckelmann 2000, S.37f.

⁹⁹ Lepieszka in Dollmann/ Eckelmann 2000, S.43

¹⁰⁰ Lotfi 2000, S.255. Nach Weinmann (Hg.) (1998, S.XIX) belief sich die Zahl der von der Gestapo betriebenen Arbeitserziehungslager auf 106. Wie die Differenz zustande kommt ist ungewiss, möglicherweise bezieht sich die Zahl von 106 AEL lediglich auf das Reichsgebiet.

Dies ist ein wesentlicher Unterschied zu den Konzentrationslagern, in denen Entlassungen in den Kriegsjahren gar nicht vorgesehen waren, und vor allem dadurch motiviert, dass die Industriebetriebe nicht unkalkulierbar lange auf ihre Arbeitskräfte verzichten wollten.¹⁰¹ Ernst Kaltenbrunner, Nachfolger von Reinhard Heydrich als Chef der Sicherheitspolizei, des Sicherheitsdienstes und Leiter des Reichssicherheitshauptamts, begründete 1944 die relativ kurze Haftdauer mit den extrem harten Zuständen in den AEL, schlimmer als die in einem Konzentrationslager. Um die Arbeitskraft der Häftlinge nicht zu zerstören, dürfe die Haft nicht allzu lange andauern.¹⁰² Viele AEL-Insassen wurden direkt per „Schutzhaftbefehl“, in der Regel vom Lagerleiter erwirkt, in ein Konzentrationslager überwiesen. Als ein Indiz für die weit vorangeschrittene Herauslösung des Polizeiapparats aus den administrativen Strukturen kann die Tatsache gelten, dass die „Schutzhaftbefehle“ als auch die Einweisung in ein AEL Übergesetzlich waren, also ohne die Erfüllung eines juristisch formulierten und überprüften Straftatbestands von der Gestapo verhängt werden konnten und in einer Haft mündeten, gegen die sich die Inhaftierten juristisch nicht wehren konnten.

Die AEL-Häftlinge konnten zum Tarif „ungelernte Arbeiter“ von Unternehmen und Bauern angefordert werden. Möglicherweise konnten deutsche Häftlinge 0,50 RM vom Tageslohn behalten¹⁰³, zwei Fälle sind bekannt, in denen die Staatspolizei den Lohn der Häftlinge nach Abzug der Kosten an die Regierungshauptkasse abführte.¹⁰⁴

Die ersten AEL wurden entlang des geplanten Westwalls in unmittelbarer Nähe der Baustellen der Organisation Todt eingerichtet (Hinzert, Vicht, Homburg, Bergzabern).¹⁰⁵ Die AEL unterstanden auf dem alten Reichsgebiet der jeweiligen Staatspolizeileitstelle und in den besetzten Gebieten den Kommandeuren der Sicherheitspolizei und des SD. Sowohl die Anweisung zur Errichtung eines AEL als auch die Einweisungen erfolgten von diesen Dienststellen, die wiederum dem RSHA unterstanden.¹⁰⁶ Geleitet wurden die AEL von Beamten oder Angestellten der Gestapo.¹⁰⁷ Die Ordnungspolizei stellte in der Regel die Wachmannschaft.

¹⁰¹ Weinmann (Hg.) 1998, S.XVIIIff.

¹⁰² Weinmann (Hg.) 1998, S.XVIII

¹⁰³ Die Grünen (Hg.) 1984, S.83

¹⁰⁴ Lotfi 2000, S.258

¹⁰⁵ Weinmann (Hg.) 1998, S.XVIIIf.; Lotfi 2000, S.257

¹⁰⁶ Weinmann (Hg.) 1998, S.XVIII; Broszat 1994, S.413

¹⁰⁷ Broszat 1994, S.413

Im AEL Wuhlheide allerdings bewachte die SS das Lager und seine Arbeitskommandos, ab 1942 auch Reservisten der Schutzpolizei¹⁰⁸. Die Kosten für die Errichtung der AEL als staatliche Einrichtungen trug das Reich.

Am 28. Mai 1941 veranlasste Heinrich Himmler per Erlass die Errichtung von Arbeitserziehungslagern, in dem es hieß, die Lager seien „ausschließlich zur Aufnahme von Arbeitsverweigerern und arbeitsunlustigen Elementen, deren Verhalten Arbeitssabotage gleichkommt, bestimmt (...). Die Einweisung verfolgt einen Erziehungszweck, sie gilt nicht als Strafmaßnahme und darf als solche auch nicht amtlich vermerkt werden.“¹⁰⁹ Damit legalisierte er die bereits bestehenden Lager.

So war eine weite Auslegung, welches „Delikt“ seitens der Staatspolizei als Sabotage gewertet werden konnte, gegeben. Auch welcher Art die Disziplinierung sein sollte, blieb in dem Erlass unerwähnt und damit den jeweiligen Dienststellen überlassen. Gabriele Lotfi geht davon aus, dass etwa jeder zwanzigste Zwangsarbeiter während des Arbeitseinsatzes in ein AEL eingeliefert wurde.¹¹⁰ In den letzten beiden Kriegsjahren wurden AEL von Stapostellen als Hinrichtungsstätten benutzt. Diese sogenannte Sonderbehandlung konnte ohne Gerichtsurteil auf dem Verwaltungsweg beim RSHA beantragt werden. Solche Exekutionen trafen fast nur polnische und sowjetische Zwangsarbeiterinnen, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene.¹¹¹

Als einziges AEL in Berlin existierte das Arbeitserziehungslager Wuhlheide von 1940 bis 1945.¹¹² Dort waren vor allem ausländische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter interniert. Sie alle waren einem grausamen Haftregime unterworfen, welches sich vor allem auf das Terrormittel der äußerst harten Zwangsarbeit und Prügel gründete. Tausende von Häftlingen durchlitten bis Kriegsende das AEL Wuhlheide. Von 1942 bis 1945 betrieb die Berliner Gestapo zusätzlich ein 20 km außerhalb Berlin liegendes AEL in der Nähe des Verschiebebahnhofs bei Großbeeren.

¹⁰⁸ Steer 2001, S.24

¹⁰⁹ zitiert nach Weinmann (Hg.) 1998, S.XVIII. Bei Weinheim wird fälschlicherweise Reinhard Heydrich, Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes, als Erlassender genannt.

¹¹⁰ Lotfi 2000, S.255

¹¹¹ Lotfi 2000, S.266f.

¹¹² Im CCP (Catalogue of Camps and Prisons in Germany and German-Occupied Territories 1939-1945) des International Tracing Service Arolsen ist für Berlin allerdings neben Wuhlheide und Groß-Beeren noch ein AEL in Frohnau aufgeführt. Weinmann (Hg.) 1998, S.262.

Eingerichtet wurde das AEL Wuhlheide auf Betreiben des SS-Sturmbannführers und Kriminalkommissar Erich Möller von der Staatspolizeistelle Berlin, der der Reichsbahn billige Arbeitskräfte für den als „kriegswichtig“ eingestuften Bau eines Verschiebebahnhofs zwischen Biesdorf und Wuhlheide, anbot. Als Häftlinge des AEL Wuhlheide waren zunächst in Gefängnissen einsitzende Polizeihäftlinge vorgesehen. Der Mietvertrag für das Areal des Arbeitserziehungslagers im bereits bestehenden Reichsbahnlager Wuhlheide zwischen der Gestapo, Staatspolizeistelle Berlin und der Deutschen Reichsbahn, Reichsbahnbaudirektion Berlin wurde am 15. April 1940 unbefristet abgeschlossen.¹¹³ Darin heißt es u.a.: „Die Reichsbahnbaudirektion Berlin (Vermieter) vermietet an die Geheime Staatspolizei Berlin (Mieter) für die Unterbringung von etwa 200 Arbeitsscheuen und dem dazu benötigten Aufsichtspersonal die Baracken 12 und 13 im Reichsbahn-Gemeinschaftslager Wuhlheide.“¹¹⁴ Die Baracken des Arbeitserziehungslagers und des Reichsbahnlagers lagen unmittelbar nebeneinander. Das Arbeitserziehungslager wurde vermutlich erst nach dem Himmler-Erlass von 1941 offiziell als solches geführt.

Im selben Jahr wurde das Lager baulich erweitert und umfasste nunmehr drei Häftlings- und eine Verwaltungsbaracke. Anfänglich wurden die jüdischen Häftlinge in einer separaten Baracke untergebracht, dann, als ihre Anzahl abnahm, wurden sie mit den polnischen und sowjetischen Häftlingen zusammengelegt.¹¹⁵

Die Verwaltungsstruktur und der Tagesablauf im AEL Wuhlheide glichen denen von Konzentrationslagern sehr stark. Hier wie dort gab es beispielsweise Funktionshäftlinge (so genannte Fouriere) und eine Häftlingsschreibstube sowie zweimal täglich einen Zählappell. Die ausschließlich männlichen¹¹⁶ Häftlinge kamen überwiegend aus der Sowjetunion, Polen und der Tschechoslowakei. Auch die Haftbedingungen, wie die Ausstattung der Baracken, die Verpflegungssätze, die kaum vorhandene medizinische Betreuung und die katastrophalen hygienischen Zustände, sind mit den Haftbedingungen eines Konzentrationslagers vergleichbar.

¹¹³ Steer 2001, S.17f. Der Mietvertrag ist als Faksimile auf den Seiten 18-19 abgedruckt.

¹¹⁴ Zitiert nach Steer 2001, S.18

¹¹⁵ Steer 2001, S.22

¹¹⁶ Nach Lotfi (2000, S.262) wurden auch Frauen in AEL eingeliefert werden. In der Regel wurden Frauen bis 1944 für fehlende Arbeitsdisziplin oder Fluchtversuche meist in Polizeigefängnisse gesperrt oder vor Gericht gestellt.

Gabriele Lotfi schreibt: „Die Verhältnisse in den AEL brutalisierten sich in der zweiten Hälfte des Krieges so weit, dass sie die KZ an Bestialität teilweise noch übertrafen.“¹¹⁷ Entsprechend starben viele Häftlinge in Wuhlheide an Unterernährung und aufgrund vorenthaltener medizinischer Behandlung.

Auch im AEL Wuhlheide hatten es Häftlinge aus der Sowjetunion, Polen und Juden im Vergleich mit den westeuropäischen und deutschen Häftlingen in allem schlechter getroffen. Das begann meist schon mit besonderen Torturen bei der Einlieferung in das Lager. Sie setzten sich täglich fort mit extremen Misshandlungen und Folterungen seitens der Wachmannschaften. Sadistische Quälereien, die zum Tod von Häftlingen führten, bestimmten den grausamen Alltag. Dabei taten sich einzelne Angehörige der Wachmannschaft besonders hervor, aber auch Funktionshäftlinge prügelten auf andere Inhaftierte ein – eine weitere Analogie zu den Verhältnissen im KZ. Etwas besser soll die Situation ab 1942 geworden sein, als entgegen der Anordnung vermehrt politische Häftlinge in das AEL Wuhlheide eingeliefert wurden.

Meist erfolgte die Einweisung in das AEL aufgrund von Denunziationen im Betrieb. Bei deutschen und westeuropäischen Arbeitern mussten vor einer Einweisung erst die üblichen Sanktionen (wie Abmahnung) verhängt werden und der zuständige Reichstreuhänder der Arbeit bzw. das Arbeitsamt musste zustimmen bevor eine Einweisung in das AEL angeordnet werden konnte.¹¹⁸ Im Gegensatz dazu reichten für die Einweisung von Polen und sogenannten Ostarbeitern kleinste „Verfehlungen“, wie das Beispiel des polnischen Zwangsarbeiters Roman Steckisch zeigt. Er hatte sich mehrfach von seiner Arbeitsstelle bei der Firma Georg Münchehofe unerlaubt entfernt und kam deshalb nach Wuhlheide.¹¹⁹

Die Firma Gottlieb Büchner (Lufttechnische Anlagen) zeigte einen 64-jährigen jüdischen Zwangsarbeiter beim Arbeitsamt wegen eines zu geringen Arbeitstempos an und beantragte gleichzeitig seine Bestrafung. Der Zwangsarbeiter wurde von der Gestapo nach Wuhlheide eingeliefert.¹²⁰

Neben vermeintlicher „Arbeitsbummelei“ war „Judenbegünstigung“ ein weiterer häufiger Haftgrund für deutsche Insassen.¹²¹

¹¹⁷ Lotfi 2000, S.265

¹¹⁸ Lotfi, 2000, S.259

¹¹⁹ Steer 2001, S.28

¹²⁰ Steer 2001, S.29f.

¹²¹ Steer 2001, S.30

Die bekanntesten Häftlinge in Wuhlheide waren der Sportler Werner Seelenbinder und der Berliner Dompropst Bernhard Lichtenberg. Christine Steer schätzt die Gesamtzahl aller Häftlinge auf etwa 25000.

Krankensammellager

In Krankensammellagern wurden schwerkranke Osteuropäerinnen und Osteuropäer mit ansteckenden Krankheiten interniert, allerdings nicht etwa zum Zweck der Versorgung oder Heilung, sondern, um andere Arbeitskräfte vor Ansteckung zu schützen.¹²²

Krankensammellager sollten bei einer hohen Anzahl von Pflegebedürftigen eingerichtet werden und waren wahrscheinlich bis 1942 unsystematisch eingerichtet worden. Der GBA Sauckel wies in einem Schreiben vom 16. Oktober 1942 auf die seit Frühjahr geschaffenen 30000 neuen Krankenhausbetten hin. Dies mache die Einrichtung von Krankensammellagern nur da notwendig, wo sehr viele „Ostarbeiter“ konzentriert seien, beispielsweise in Städten über 1 Millionen Einwohner oder in industriellen Ballungszentren.¹²³ Der GBA zur medizinischen Versorgung:

„Die ärztliche Versorgung krankenhauspflegebedürftiger Personen, auch ausländischer Herkunft, ist Angelegenheit des öffentlichen Krankenhauswesens, von dem auch der laufende Betrieb des Krankensammellagers zu übernehmen wäre.“¹²⁴

Für Württemberg zumindest lässt sich feststellen, dass diese Lager, im allgemeinen weder mit Medikamenten, noch mit medizinischen Geräten oder Personal ausgestattet, sich zu Sterbelagern entwickelten.¹²⁵

Rückkehrersammellager

Die Rückkehrersammellager hatten die Funktion solche Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die nicht mehr arbeitsfähig waren, aufzunehmen, „um die Lager- und Revierstuben der Betriebe von diesen Personen zu entlasten.“¹²⁶ Weiterhin heißt es, dass Bezirke, die über mehr als ein Durchgangslager verfügen, eines davon diesem Zweck gemäß umwidmen müssen.

¹²² Schäfer 2001, S.143f.

¹²³ BArch R 3901/ 20.143

¹²⁴ BArch R 3901/ 20.143

¹²⁵ Schäfer 2001, S.150

¹²⁶ BArch R 3901/ 20.143

Ansonsten sollten Rückkehrersammellager in bereits bestehenden Gebäuden, wie Schulen eingerichtet werden oder aber es sollte in den Durchgangslagern ein Teil als Rückkehrersammellager abgetrennt werden. Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die dauerhaft arbeitsunfähig oder aus anderen Gründen als ungeeignet befunden wurden, sollten laut Erlass des Reichsarbeitsministeriums ab Oktober 1940 in ihre Heimat zurückgeschickt werden. Streng nach der Prämisse von Rentabilität sollte von Fall zu Fall entschieden werden, in welchem Verhältnis die Kosten für eine Heilung zu den Kosten einer Rückführung stehen. In einem Erlass vom Reichsarbeitsminister an die Arbeitsämter vom August 1941 wies dieser die Rückführung von Schwangeren an.¹²⁷

Die so Zurückgeführten wurden zunächst mit den fahrplanmäßigen Zügen in ihre Heimat überstellt. Erst nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 und der damit einhergehenden Ausbeutung sowjetischer Arbeitskräfte, nahm auch ihre Anzahl an den zurückzuführenden „Ostarbeitern“ derart zu, dass vermutlich einmal monatlich verkehrende Sammeltransporte eingerichtet wurden.¹²⁸ Die Rückkehrer berichteten zuhause über die Arbeitsverhältnisse im Deutschen Reich, was zur Folge hatte, dass die „Rekrutierung neuer Arbeitskräfte in Polen und der Sowjetunion (..) immer mehr zur offenen Menschenjagd“¹²⁹ geriet.

In den Rückkehrersammellagern wurden die „ausgemusterten“ Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter von Arbeitsamtsärzten ein weiteres mal untersucht. Aus einem Erfahrungsbericht des Landesarbeitsamtes Niedersachsen zitiert der GBA in einem Schnellbrief vom 16. Oktober 1942 an alle Landesarbeitsämter:

„Die Sammelstelle hat sich nach den praktischen Erfahrungen in den letzten 6-7 Wochen hierbei als ein sehr erwünschtes nochmaliges Filter erwiesen, so daß Ostarbeiter nicht in dem Umfange zurückgeschickt zu werden brauchten, wie es zunächst von einzelnen Arbeitsämtern vorgesehen war.“¹³⁰

Gleichzeitig, so die weiteren Ausführungen, konnte mit diesen Untersuchungen überprüft werden, ob die Arbeitsunfähigkeit in allen Arbeitsamtsbezirken gleich bewertet wurde.¹³¹ Diagnostizierten die Ärzte eine bedingte Verwendbarkeit der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, dann blieben sie zum Arbeiten im Reich.

¹²⁷ Hamann 1984, S.122

¹²⁸ Hamann 1984, S.123

¹²⁹ Hamann 1984, S.128

¹³⁰ BArch R 3901/ 20.143

¹³¹ BArch R 3901/ 20.143

Der hohe Bedarf an Arbeitskräften führte dazu, dass wenige tatsächlich als arbeitsunfähig eingestuft wurden. Viele, die dem Arbeitseinsatz physisch nicht gewachsen waren, mussten deshalb trotzdem in der deutschen Landwirtschaft, Industrie oder in Privathaushalten arbeiten.

6. Am Arbeitseinsatz beteiligte Institutionen und die Militarisierung der Arbeitswelt

Insbesondere für die Zeit bis zur Einsetzung des „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“ 1942, der den zentralen Einsatz lenkenden Instanz (mit Ausnahme des Einsatzes der KZ-Häftlinge), ist die klare Zuordnung von Kompetenzen und Zuständigkeiten mehr als schwierig.

Die Schwierigkeit der Darstellung liegt nicht zuletzt an der für den Nationalsozialismus typischen Verquickung von staatlichen und parteiamtlichen Stellen mit unklarer Aufgabenteilung. Es war typisch für Hitlers Politik, staatlichen Behörden (hier dem Arbeitsamt) die Zuständigkeit für relevante Aufgaben zu entziehen, um einen bewährten „Parteisoldaten“ (hier Fritz Sauckel) mit diesen Aufgaben zu betrauen.

Die folgenden Darstellungen werden daher lediglich lückenhaft die am Zwangsarbeiterinnen- und Zwangsarbeitereinsatz beteiligten Institutionen und ihre Verflechtungen darstellen können. So ist die folgende Beschreibung der Institutionen ein Versuch und kann eher als Ausgangsbasis für weitere Betrachtungen dienen denn als verifizierter Forschungsstand gelten.

Die Arbeitswelt war von der Militarisierung der Lebenswelten nicht ausgenommen. Deutlich wurde das mit der Implementierung des Führer-Gefolgschaftsprinzips in den Betrieben per „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“ vom 20. Januar 1934. Der Arbeitsgeber hieß von nun an „Betriebsführer“ und die Belegschaft hieß „Gefolgschaft“.¹³² Der so genannte Betriebsführer war zugleich Vorsitzender des Vertrauensrats, einer kümmerlichen Kopie des Betriebsrats. Weisungen musste der Betriebsführer vom Reichstreuhand der Arbeit entgegen nehmen.

¹³² Reulecke 1981, S.245; Dass ihn das gelang zeigt die wie in anderen Bereichen erstaunlich schnelle Übernahme von NS-Vokabular. So bezeichnet „Gefolgschaft“ in der Firmengeschichte der Deutschen Messingwerke Carl Eeking A.G. von 1940 im Inhaltsverzeichnis ganz selbstverständlich das Kapitel über die Belegschaft. LAB A Rep. 250-01-03, Nr. 39

Reichsarbeitsministerium, Arbeitsämter und Rüstungskommando

Die wesentlichen den Einsatz regelnde Institutionen waren die Arbeitsämter. Diese wiederum unterstanden dem erst 1917 gegründeten Reichsarbeitsministerium (RAM).¹³³ Bedingt durch die Folgen des Ersten Weltkriegs wuchsen die Aufgaben des Reichsarbeitsministeriums. 1922 wies das Staatshandbuch des Deutschen Reichs bereits zehn Abteilungen aus:

- Abt. I: Allgemeine Angelegenheiten und innerer Dienst des Ministeriums
- Abt. II: Sozialversicherung
- Abt. III: Sozialpolitik und Volkswirtschaft im allgemeinen, Arbeitsschutz und Neugestaltung des Arbeitsrechts
- Abt. IV: Löhne und Einigungswesen, Tarifverträge, Betriebsverfassung
- Abt. V: Wohnungs- und Siedlungswesen
- Abt. VI: Versorgungsbehörden
- Abt. VII: Versorgungsgesetzgebung
- Abt. VIII: Soziale Fürsorge
- Abt. IX: Soziale Medizin
- Abt. X: Arbeitsvermittlung und Erwerbslosenfürsorge

Mit dem steigenden Bedarf an Arbeitskräften wurden die Aufgaben des Reichsarbeitsministeriums noch erweitert. Ausdruck fand die erhöhte Nachfrage in einer Reorganisation des RAM. Am 1. Februar 1939 wurden die beiden Hauptabteilungen V und VI neu erschaffen.

Zur Hauptabteilung V gehörten die Unterabteilungen:

- V a: Arbeitseinsatz und Berufsnachwuchslenkung
- V b: Arbeitslosenhilfe, Sicherstellung des Baustoffbedarfes für staats- und wirtschaftspolitisch bedeutsame Aufgaben
- V c: Finanzwesen, Aufbau der Landesarbeitsämter und Arbeitsämter, Prüf-dienst

Zur Hauptabteilung VI gehörten die Unterabteilungen:

- VI a: Wehrfragen, Arbeitsbuch
- VI b: Arbeitsbeziehungen zum Ausland, öffentliche Aufträge, Arbeitsbeschaffung
- VI c: Sozialstatistik

¹³³ Die nachfolgenden Ausführung zur Organisationsstruktur des RAM folgen überwiegend den Ausführungen Ute Simons in der Vorbemerkung in den Findbüchern zu Beständen des Bundesarchivs: Reichsarbeitsministerium. Bearbeitet von Ute Simon, Bd. 36, Koblenz 1991, S. VII bis XVII.

Zu der Erweiterung der RAM-Struktur bemerkt Ute Simon:

„Bei Kriegsausbruch 1939 hatte das Reichsarbeitsministerium aufgabenmässig und organisatorisch als einheitliche oberste Reichsbehörde seinen größten Umfang. Seine Zuständigkeiten betrafen die Reichsversorgung und die Sozialversicherung, nunmehr Reichsversicherung genannt, Arbeitsordnung und Tarifwesen, Lohnpolitik und Arbeitseinsatz, Arbeitsschutz, Wohlfahrtspflege, Wohnungs- und Siedlungswesen, Städtebau. Unmittelbar unterstanden ihm die Behörden der Arbeitseinsatz-, Reichstreuhänder- und Reichsversorgungsverwaltung, die Gewerbeaufsicht in Preußen mit Ausnahme des Bergbaues, mittelbar die Sozialversicherungsträger und ihre Verbände, sowie die Gewerbeaufsicht in den Ländern außer Preußen. Mit Kriegsbeginn begann eine rückläufige Entwicklung, die allmähliche Zerschlagung dieser einheitlichen Behörde durch Herauslösen wesentlicher Aufgabenbereiche, die sachliche Unterstellung einzelner Hauptabteilungen und Abteilungen unter andere oberste Reichsbehörden und ihnen gleichgestellte Reichskommissare und Generalbevollmächtigte.“¹³⁴

Das Arbeitsamt musste der Auflösung von Arbeitsverhältnissen auch bei deutschen Arbeitskräften offenbar zumindest seit 1941 zustimmen.¹³⁵ Daher hatten lohnabhängig Beschäftigte ihre Kündigungen an das Arbeitsamt zu richten und nicht mehr an den Betrieb.

Für die Anwerbung von Arbeitskräften in den besetzten Gebieten wurden in den ersten Kriegsjahren vom RAM dort und in verbündeten Staaten Werbe- und Arbeitseinsatzdienststellen eingerichtet. Sie gehörten auch nach der Unterstellung unter den GBA 1942 haushaltsrechtlich weiterhin zum RAM.¹³⁶ Regelungsbedarf bei der Zuweisung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern hatte die Abteilung „Gruppe Heer“ beim Rüstungskommando Berlin III erkannt und entwickelte im Oktober 1940 folgendes Verfahren, welches dem Facharbeitermangel Abhilfe schaffen sollte. Firmen, die an der Zuweisung interessiert waren, sollten dies bei einem der fünf Rüstungskommandos beantragen. Dieses leitete die Anträge an das Arbeitsamt Berlin weiter, von wo aus die Anfragen an das Landes- oder Reichsarbeitsamt weitergeleitet wurden.¹³⁷

Von den Arbeitsämtern wurden die zwangsrekrutierten und freiwilligen Arbeitskräfte registriert und Arbeitsstellen zugewiesen. Zu diesem Zweck betrieben sie die bereits beschriebenen Durchgangslager.

¹³⁴ Simon 1991, S. XVII

¹³⁵ LAB A Rep.250-01-20, Nr.006

¹³⁶ Simon 1991, S.XXVI

¹³⁷ Bräutigam 1999, S.32f.

Der Betrieb Paul Weinitschke GmbH erhoffte sich im Falle einer Kündigung ihrer Angestellten, bei der die Zustimmung des Arbeitsamtes vonnöten war, Unterstützung beim Kommando des Rüstungsbereichs Berlin IV, Nollendorfplatz 9, zu erlangen. Dieses sollte beim Arbeitsamt der Forderung der Firma nach Behalten der Arbeitskraft Nachdruck verleihen – eine Forderung, der das Kommando schließlich nachkam.¹³⁸

Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz (GBA)

Die Kompetenzen des Reichsarbeitsministers wurden durch die Ernennung des Gauleiters und Reichsstatthalters von Thüringen Fritz Sauckel¹³⁹ zum GBA kraft des Führer-Erlasses vom 21. März 1942 (RGBl. I, S.179) stark beschnitten. Sauckel war für den Arbeitseinsatz aller aus- und inländischen Arbeitskräfte einschließlich Kriegsgefangener verantwortlich. Dazu standen ihm die Hauptabteilungen III (Lohnpolitik) und V (Arbeitseinsatz) des Reichsarbeitsministeriums zur Verfügung. Weiterhin waren die Behörden der Reichstreuhand- und der Arbeitseinsatzverwaltung sowie der Gewerbeaufsicht an seine Anordnungen gebunden.

„Auf ihn gingen auch die Aufgaben über, die von der seit dem 22.10.1936 bestehenden Geschäftsgruppe Arbeitseinsatz beim Beauftragten für den Vierjahresplan wahrgenommen worden waren (Beschaffung und Verteilung der Arbeitskräfte, Regelung der Arbeitsbedingungen). Eine weitere Verordnung vom 25.05.1942 (RGBl. I S.317) setzte ihn in stand, zur Durchführung der ihm übertragenen Aufgaben von allen den Ermächtigungen Gebrauch zu machen, die auch dem Reichsarbeitsminister in dieser Hinsicht auf Grund von Gesetzen und Verordnungen zustanden.“¹⁴⁰

Formell und haushaltsrechtlich blieben die Hauptabteilungen III und V dem RAM unterstellt, Weisungshoheit hatte aber Sauckel, der die Hauptabteilung V mit Wirkung vom 4. März 1943 noch einmal umstrukturierte.

¹³⁸ LAB A Rep.250-01-20, Nr.006

¹³⁹ Fritz Sauckel (1894-1946) trat 1923 in die NSDAP ein. 1925 wurde er Gaugeschäftsführer der NSDAP in Thüringen, 1927 bereits Gauleiter. Von dem Jahr an bis 1933 war er NSDAP-Abgeordneter im thüringischen Landtag. Am 26. August 1932 wurde er Ministerpräsident und Innenminister von Thüringen. Ab dem 12. November 1933 war er Abgeordneter im Reichstag. Von 1935 bis 1937 fungierte Sauckel zusätzlich als Reichsstatthalter in Braunschweig. Bei Kriegsbeginn wurde Sauckel zum Reichsverteidigungskommissar für den Wehrkreis Kassel. Höhepunkt seiner steilen Karriere war die Ernennung zum GBA am 21. März 1942. Er war direkt für die Deportation von Millionen von Menschen und die grausamen oft tödlichen Umstände des Arbeitseinsatzes verantwortlich. 1946 in Nürnberg vor dem Internationalen Militärgerichtshof behauptete Sauckel von den Konzentrationslagern nichts gewusst zu haben und beteuerte in seiner „innersten Seele“ erschüttert zu sein. Am 16. Oktober 1946 wurde er gemäß des Todesurteils in Nürnberg gehängt. (Vgl. Wistrich 1983, S.236)

¹⁴⁰ Simon 1991, S.XXf.

Die wesentliche Neuerung bestand in der Schaffung einer Hauptabteilung VI „Europaamt für den Arbeitseinsatz“, die neben neuen Aufgaben einen Teil der Aufgabengebiete der ehemaligen Hauptabteilung V übernahm. Die Hauptabteilung VI umfasste zunächst fünf Unterabteilungen, ab dem März 1944 schließlich sechs.

- VI a: Ordnung des Arbeitseinsatzes in Osteuropa und Arbeitseinsatz in der gewerblichen Wirtschaft, soweit nicht in den Abteilungen VI b und VI c
- VI b: Ordnung des Arbeitseinsatzes in Westeuropa und Arbeitseinsatz in der Rüstungsindustrie
- VI c: Ordnung des Arbeitseinsatzes in Nord- und Südeuropa und Arbeitseinsatz in der Ernährung- sowie in der Forst- und Holzwirtschaft
- VI d: Lenkung des Berufsnachwuchses und Arbeitseinsatzes der Frauen und Jugendlichen
- VI e: Zwischenstaatlicher Arbeitseinsatz, Durchführung des Arbeitseinsatzes außerhalb der Arbeitseinsatzverwaltung, Arbeitseinsatzrecht und Arbeitsbuch
- VI f: Ärztlicher Dienst der Arbeitseinsatz- und Treuhänderverwaltung und Arbeitseinsatz in den Heilberufen

Sauckel strukturierte 1943 auch die Hauptabteilung III um. Nunmehr umfasste diese die folgenden Abteilungen:

- III a: Arbeitsrecht, Arbeitsverhältnisse im Bereich des öffentlichen Dienstes, des Verkehrswesens und der Reichskulturkammer
- III b: Fragen der allgemeinen Sozialpolitik, Heimarbeit, Arbeitsverhältnisse des Bergbaus und der Bauwirtschaft, Arbeitsverhältnisse der Ausländer im Reich
- III c: Lohn- und Wirtschaftspolitik, Arbeitsverhältnisse der Ernährungs-, Bekleidungs- und Hauswirtschaft
- III d: Arbeitsstrafrecht, Auslandeinsatz deutscher Gefolgschaftsmitglieder, Arbeitsverhältnisse des Handels und der Versorgungswirtschaft
- III e: Lohnordnungen und Lohnsystematik, Arbeitsverhältnisse der Rüstungswirtschaft¹⁴¹

Dem Reichsarbeitsminister blieb nichts anderes übrig als Sauckel gewähren zu lassen beziehungsweise seine Wünsche in die Tat umzusetzen, da er keine Hausmacht innerhalb der NSDAP hatte.

„Von seinem umfangreichen Aufgabengebiet des Jahres 1939 waren ihm nur die Sozialversicherung, die Reichsversorgung, Fürsorge und Wohlfahrtspflege sowie einige begrenzte Befugnisse auf dem Gebiete der Planung und des Städtebaues geblieben.“¹⁴²

¹⁴¹ Aufstellungen entnommen: Simon 1991, S.XXIf.

¹⁴² Simon 1991, S.XXIV

Diese Aushöhlung von bestehenden staatlichen Apparaten durch die Bevollmächtigung einer externen Einzelperson mit starkem Rückhalt in der Partei war bewusste Strategie, wenn die Orientierung an rechtsstaatlichen Grundsätzen in den Apparaten von der NS-Führung als zu stark empfunden wurde.

Der GBA unterhielt eine Vielzahl von Dienststellen im Ausland und in den besetzten Gebieten.¹⁴³ In den Jahren 1942-44 erfolgte der Einsatz von Kriegsgefangenen und ausländischen zwangsweise eingesetzten Arbeitskräften stets durch den GBA und die Arbeitsämter.¹⁴⁴

Fritz Sauckels Bemühungen Arbeitskräfte zu rekrutieren waren überaus brutal. Umso bemerkenswerter sind die propagandistischen Verrenkungen Sauckels im Vorwort von Friedrich Didiers „Europa arbeitet in Deutschland“. Dort werden nicht nur die von Nazideutschland überfallenen Länder als Schuldige am Krieg ausgemacht, sondern auch noch Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter verhöhnt, wie diese beiden Zitate veranschaulichen:

„All diese fremdvölkischen Arbeiter und Arbeiterinnen machen nunmehr zu einem Teil all das Leid und Unglück wieder gut, das ihre Verführer verantwortungslos über das Leben und Glück der europäischen Völker gebracht haben.“ (zitiert nach Didier 1943, S.7)

„So ist es denn heute durchaus begreiflich, dass Millionen von Angehörigen feindlicher Staaten in den deutschen Rüstungsbetrieben mit Inbrunst für den Sieg Deutschlands arbeiten, für den Sieg Adolf Hitlers, denn sie haben vielleicht zum erstenmal in ihrem Leben als schaffende Menschen ganz im Gegensatz zu den kapitalistischen Ausbeutungsmethoden und dem bolschewistischen Terrorregime das Wesen nationalsozialistischer deutscher Gerechtigkeit, Ordnung und Sauberkeit kennen gelernt.“ (zitiert nach Didier 1943, S.8)

¹⁴³ Simon 1991, S.XXVI f.

¹⁴⁴ Fröbe 1991, S.357

Albert Speer als Rüstungsminister und Generalbauinspekteur für Berlin

Albert Speer hatte in der Zeit des Nationalsozialismus mehrere Funktionen. Er war verantwortlich für die Verschleppung und Ausbeutung von Tausenden von KZ-Häftlingen und Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern¹⁴⁵ vor allem in seiner Funktion als Rüstungsminister und als Generalbauinspekteur für Berlin (GBI). Bis zur Schaffung eines zentralen Rüstungsministeriums unter Albert Speer war dieser Minister für Bewaffnung und Munition. Für Speer bedeutete die Reorganisation der Ministerien einen Machtzuwachs.

Die Neugestaltung Berlins zur faschistischen Metropole „Germania“ mit seinen Plänen lief 1938/39 an. Der Arbeitskräftebedarf für die auf 15 Jahre angelegte Neugestaltung wurde von Speer mit 100000 bis 130000 angesetzt. Speer betrieb 1939 in eigener Regie 70 Lager in denen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, z.B. Tschechen nach der Besetzung ihres Landes im März 1939, interniert wurden.¹⁴⁶

Die Generalbauinspektion unter der Leitung von Albert Speer war einem Reichsministerium gleichgestellt und mit außerordentlichen Kompetenzen ausgestattet. Die für die Umgestaltung vorgesehenen Arbeitskräfte sollten in der Vorkriegszeit aus den Reihen der „Volksdeutschen“ gewonnen werden. Später setzte der GBI auch französische und englische Kriegsgefangene ein sowie Arbeitskräfte, die zu Tausenden aus Italien, Kroatien und der Tschechoslowakei angeworben wurden.

Mit Kriegsbeginn wurde die Realisierung der Neugestaltungspläne zurückgestellt und Speer übernahm Ende 1940 Kriegsaufgaben im Bausektor.

¹⁴⁵ Albert Speer (1905-1981) wurde 1931 Mitglied der SA und ein Jahr später der NSDAP. Laut eigener Aussage wollte er damit seine bürgerliche Herkunft ablegen. Es war Hitler, nicht so sehr die Partei, die Speer faszinierte. Die beiden verband bald eine enge Beziehung. Speer wurde vor allem als „Hitlers Architekt“ bekannt. Er entwarf nicht nur das Nürnberger Parteitagsgelände oder die Reichskanzlei sondern plante auch die Inszenierung von politischen Großereignissen. 1937 wurde er zum Generalbauinspekteur (GBI) für Berlin ernannt. Er leitete als Abteilungsleiter der DAF deren Amt „Schönheit der Arbeit“. 1941 wurde er Abgeordneter für Berlin-West im Reichstag. Viel bedeutsamer allerdings waren die Funktionen, die Speer in den Jahren 1942-45 besetzte. Im Februar 1942 wurde er der Nachfolger von Fritz Todt als Reichsminister für Bewaffnung und Munition, Generalinspekteur für das Straßenwesen sowie Generalinspekteur für Wasser und Energie. Seit dem 2. September 1943 war er Reichsminister für Rüstung und Kriegsproduktion. Mit weitreichenden Vollmachten ausgestattet forcierte Speer den rücksichtslosen Einsatz von ZwangsarbeiterInnen und KZ-Häftlingen und trug Schuld für den Tod von Tausenden. Vor dem Nürnberger Militärtribunal wurde er zu einer 20-jährigen Haftstrafe verurteilt. 1966 wurde er aus dem Gefängnis der Alliierten in Spandau entlassen. (Wistrich 1983, S.256)

¹⁴⁶ Bräutigam 1998, S.8

Als GBI war er nunmehr zuständig für die Schaffung von Luftschutz- und Rüstungsbauten sowie Unterkunftslagern¹⁴⁷ für die eigene und andere Behörden sowie privatwirtschaftliche Betriebe. Für besondere Transportaufgaben unterstand ihm die NSKK-Transportstandarte Speer.¹⁴⁸

Ab Herbst 1942 konnten Firmen Kontingente von Zwangsrekrutierten in den von Speer betriebenen Lagern anmieten. 1943 versuchte Speer die Auslastung der Lager für die seine Behörde zuständig war, mit Hilfe des „Zentrale Unterkunfts-nachweis(es)“ (ZUN) zu optimieren. Dieses Verfahren hat vermutlich nie richtig funktioniert.¹⁴⁹

Um seine ehrgeizigen Vorhaben realisieren zu können, arbeitete Speer zwecks Arbeitskräftebeschaffung eng mit Fritz Sauckel und Oswald Pohl (WVHA) zusammen. Infolge der massenhaften Deportationen aus den besetzten Gebieten seit 1942 wurde die so genannte „Lagerbauaktion“ vom GBI Speer angeordnet. Für die Errichtung von Lagern war meistens der GBI zuständig. In Berlin sollte eine Vielzahl von Lagern für die Verschleppten gebaut werden. Obwohl eine beachtliche Anzahl von Lagern geschaffen wurde, scheiterte die „Lagerbauaktion“, da es nicht gelang, ausreichend viele Baracken zu besorgen. Zudem zerstörten alliierte Bomben 80 000 der vorhandenen Barackenplätze.¹⁵⁰

Unter Speer wurden im Reichsinteresse tätige Gesellschaften gegründet. Diese so genannten Kriegsgesellschaften hatte es bereits im Ersten Weltkrieg gegeben. Sie waren privatrechtlich organisiert, aber mit öffentlichen Mitteln ausgestattet. Die ersten derartigen Gesellschaften wurden 1937, im Rahmen des Vierjahresplans, gegründet, darunter die bedeutendste, die Reichswerke AG für Berg- und Hüttenbetriebe Hermann Göring. Zwecks Ausbeutung der besetzten Gebiete gründete die Vierjahresplanbehörde 1940 und 1941 weitere Gesellschaften. Das Reichswirtschaftsministerium selbst gründete ebenfalls mehrere Handelsgesellschaften diesen Typs.

¹⁴⁷ In dem Firmennachlaß der Ehrlich & Graetz AG befindet sich ein Schreiben vom 11. März 1943 das die Lieferung von Baracken durch den „GBI für die Reichshauptstadt“ an die „Unterkunfts-lager Heidelbergerstr. (RAD-Maiden) und Baumschulenweg“ belegt. Die bis dahin eingegangenen Teilrechnungen für die Lieferung der Baracken (Stückpreis RM 22.455,-) hatte das „Rüstungskontor G.m.b.H., Berlin W.9. Tirpitzufer 20-24“ ausgestellt. (LAB A Rep.250-01-05, Nr.1-0112)

¹⁴⁸ NSKK=Nationalsozialistisches Kraftfahrerkorps

¹⁴⁹ Bräutigam 1999, S.34

¹⁵⁰ Demps 1986, S.19; Spielmann 1988, S.420

In der Berliner Metallindustrie gehörten beispielsweise Alkett (Altmärkisches Kettenwerk GmbH) oder die Spandauer Stahl-Industrie GmbH zum Reichsministerium unter Albert Speer.¹⁵¹

Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt (WVHA)

Das WVHA unter SS- Obergruppenführer Oswald Pohl war eines der zwölf Hauptämter, die dem Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei Heinrich Himmler unterstanden. Zur Erschaffung des WVHA fusionierten am 16. März 1942 die zuvor bestehenden SS-Ämter „Haushalt und Bauten“ und „Verwaltung und Wirtschaft“. Mit dem WVHA wurde „die zentrale Kommandobehörde der SS in allen Wirtschafts- und Verwaltungsangelegenheiten“¹⁵² gegründet. Ausschlaggebendes Motiv für die Gründung war die Reorganisation des Arbeitseinsatzes im Frühjahr 1942 als die Notwendigkeit zur Straffung des Arbeitseinsatzes in der Rüstungsindustrie aus Sicht des kriegführenden Reichs evident wurde. Das drückte sich auch in der Ernennung des Gauleiters Sauckel zum GBA fünf Tage nach der Gründung des WVHA aus und der zeitgleichen Reorganisation des Rüstungsministeriums unter Albert Speer.

Die Abteilung D (bis zum 16. März 1942 die Inspektion der Konzentrationslager, IKL) war für den Häftlingseinsatz in den SS-eigenen und in privatwirtschaftlichen Betrieben verantwortlich. Arbeitsämter und Rüstungskommandos forderten bei der Abteilung D II (Arbeitseinsatz der Häftlinge) unter SS-Standartenführer Maurer KZ-Häftlinge an. Manche Firmenvertreter traten auch direkt an die Abteilung D II heran. Diese Abteilung stand den äquivalent in allen Konzentrationslagern bestehenden Abteilungen III unter den jeweiligen Arbeitseinsatzführern vor und war in allen Angelegenheiten weisungsbefugt. Sie entschied sowohl über die Anträge von Betrieben auf Zuteilung von Häftlingen als auch über die Unterbringungsbedingungen für die Häftlinge. In dieser Phase sollten alle KZ-Häftlinge möglichst entsprechend ihrer Qualifikation eingesetzt werden. Fachkräfte waren rar. Das bedeutete aber nicht, dass irgendwelche Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitskraft von Häftlingen seitens der Abteilung getroffen wurden. 1943 wurde die tägliche Arbeitszeit auf elf Stunden heraufgesetzt. Nach einer Mitteilung Himmlers an Speer haben 43% aller KZ-Häftlinge im Mai 1943 in der industriellen Produktion gearbeitet.¹⁵³

¹⁵¹ Archivrat Dr. Facius 1954 in der Vorbemerkung zum Bestand R 3 (Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion)

¹⁵² Buchheim u.a. 1994, S.422

¹⁵³ Pingel 1978, S.126

1944/45 arbeiteten 400000 von 700000 Häftlingen in der Kriegswirtschaft.¹⁵⁴ Himmler sah gewissermaßen in dem eklatanten Mangel an Arbeitskräften die Chance, seine bislang erfolglosen Pläne, die SS zu einem Wirtschaftsfaktor werden zu lassen, umzusetzen.¹⁵⁵

„Die zunehmende Ökonomisierung der KZ-Häftlingsarbeit stellte also keine improvisierende Reaktion auf die unvorhergesehene Entwicklung des Krieges dar, sondern bildete ein zentrales Element der ökonomischen Konzeption der SS, die sich mit Hilfe der Arbeitskraft der KZ-Insassen eine wirtschaftliche Basis verschaffen wollte.“¹⁵⁶

Diese Bemühungen Himmlers schlugen fehl. Speer ordnete am 9. Oktober 1944 an, dass Häftlinge für den Arbeitseinsatz zukünftig in seinem Rüstungsministerium beantragt werden mussten. Von dort aus ergingen Anweisungen an das WVHA. Speer regulierte fortan den Einsatz von KZ-Häftlingen. Krisenstäbe, wie der Anfang März 1944 gegründete Jägerstab, dessen Aufgabe darin bestand, die Luftwaffenproduktion an bombensichere Orte zu verlegen, legten ihren Bedarf an KZ-Häftlingen selbst fest.¹⁵⁷ Im WVHA ging die Zuständigkeit für den Einsatz von KZ-Häftlingen in der letzten Kriegsphase auf Kammler, den Leiter der Amtsgruppe C im WVHA über.

Reichstreuhand der Arbeit

Das Reichsarbeitsministerium hatte einen Unterbau mit mittleren und unteren Reichsbehörden. „Reichsmittelbehörden waren (..) die Reichstreuhand der Arbeit als oberste sozialpolitische Vertreter der Reichsregierung in den Wirtschaftsgebieten.“¹⁵⁸ Während des Krieges waren die Ämter „Landesarbeitsamtleiter“ und „Reichstreuhand der Arbeit“ oft in Personalunion vergeben worden¹⁵⁹. Sie waren nicht direkt für den Einsatz von Zwangsarbeitskräften, aber unmittelbar für die schlechte Entlohnung und die schlechten Arbeitsbedingungen verantwortlich.

Zunächst, am 19. Mai 1933, als Treuhand der Arbeit eingesetzt, überwachten sie die Einhaltung von Mindeststandards bei der Festschreibung von Arbeitsbedingungen in den Tarifverträgen, die sie selbst formulierten. Das Prinzip der Tarifautonomie war damit beseitigt.

¹⁵⁴ Kaienburg 1996, S.29

¹⁵⁵ Pingel 1978, S.122

¹⁵⁶ Kaienburg 1996, S.267

¹⁵⁷ Kaienburg 1996, S.58

¹⁵⁸ LAB A Rep.250-01-20, Nr.006

¹⁵⁹ Simon 1991, S. XVII

Die Treuhänder der Arbeit gaben beispielsweise die „Tarifordnung für die Metallindustrie“ heraus.¹⁶⁰ Seit 1938 in Reichstrehänder der Arbeit umbenannt, waren sie die maßgebliche Instanz bei strittiger Entlohnung. Konnte zwischen einem so genannten Gefolgschaftsmitglied und dem Betrieb keine Einigung über den zur Anwendung kommenden Tarif erzielt werden, wurde beim Reichstrehänder der Arbeit eine Entscheidung eingeholt. Gehaltserhöhungen mussten bei den Reichstrehändern der Arbeit beantragt und begründet werden, ebenso wie einmalige Zuwendungen aufgrund langer Firmenzugehörigkeit.¹⁶¹

Das Arbeitsordnungsgesetz vom 20. Januar 1934 regelte neben der Zuständigkeit für die Tariffestsetzung durch die Treuhänder der Arbeit vor allem die Betriebsverfassung neu. Die 1920 geschaffenen Betriebsräte wurden durch so genannte Vertrauensräte ersetzt, die nur noch Beratungsrechte gegenüber den Arbeitgebern hatten. Das Mitspracherecht der Lohnabhängigen war ausgehebelt worden.

Das Führer-Gefolgschaftsprinzip verpflichtete sie zu Gehorsam. Genugtuung sollte ihnen die Tatsache verschaffen, dass auch die Arbeitgeber durch die Treuhänder der Arbeit kontrolliert wurden. Um von der Machtlosigkeit der Belegschaft abzulenken wurde eine „soziale Ehrgerichtsbarkeit“ eingeführt, die eine zu große Ausbeutung der Arbeitskräfte seitens der Arbeitgeber ahnden sollte. Da sich die rüstungswirtschaftlichen Interessen des NS-Staates eher mit den Interessen der Arbeitgeber als mit denen der Arbeitnehmer deckte kam es sehr selten zu Eingriffen der Untersuchungs- und Anklagebehörde Treuhänder der Arbeit.

Auf Unmut der Arbeiterschaft, der sich in „Bummelei“, Produktion von Ausschuss usw. äußerte, wurde auf zweierlei Weise reagiert. Zum einen durch gewisse vertretbare Zugeständnisse, zum anderen durch Disziplinierungsmaßnahmen, wie Dienstverpflichtung, Einberufung zur Wehrmacht bis hin zur Einweisung in ein Arbeitserziehungs- oder Konzentrationslager.¹⁶²

¹⁶⁰ LAB A Rep. 250-01-05, Nr. -1-0061

¹⁶¹ In einem Schreiben der Reichstrehänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Brandenburg vom 29. Dezember 1942 wird die einmalige Prämienzahlung an einen Mitarbeiter aufgrund seiner 30-jährigen Firmenzugehörigkeit abgelehnt. Als Grund wird auf die zweite Durchführungsbestimmung zum Abschnitt III der Kriegswirtschaftsverordnung vom 12. Oktober 1939 (Allgemeiner Lohnstop) verwiesen. LAB A Rep.250-01-20, Nr.006

¹⁶² Kranig 1993, S.149f.

Deutsche Arbeitsfront (DAF)

Nachfolgend wird etwas ausführlicher die DAF vorgestellt, da sie am weitreichendsten in die innerbetriebliche Struktur eingriff, um sie im nationalsozialistischen Sinne zu verändern. Für das Funktionieren des Systems Zwangsarbeit war neben der propagandistischen Einstimmung der „Gefolgschaft“ durch die DAF bedeutend, dass sie sich das Recht zum Betreiben der meisten Lager für zur Arbeit Gezwungene erkämpft hatte. Da der Charakter und die Rechtsstellung der DAF eher unklar waren, kam es zu Kompetenzstreitigkeiten des DAF-Leiters Robert Ley¹⁶³ vor allem mit dem Reichsarbeitsminister Seldte. Dabei konnte Ley Teilerfolge erzielen: „So wurde die DAF nun zuständig für die Freizeitbetreuung der Frontsoldaten, für die Errichtung und Betreuung der Lager für die ausländischen (fremdvölkischen) Arbeitskräfte sowie für die soziale Betreuung der Frauen, die zum Kriegseinsatz herangezogen wurden.“¹⁶⁴

Nach der Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933 übernahm der damalige Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Robert Ley, am 6. Mai 1933 die Führung der Deutschen Arbeitsfront, die eine Ersatzorganisation für die Gewerkschaften sein sollte. Gewerkschaftsvermögen wurde der DAF komplett überschrieben. Der Name DAF strahlte eine gewisse Militanz aus. Der Verteilungskampf innerhalb des Volkes sollte dem gemeinsamen Kampf weichen.¹⁶⁵ Die DAF¹⁶⁶ war die gemeinsame Organisation von Arbeitgebern und Arbeitnehmern und hatte 1938 etwa 23 Millionen Mitglieder.

¹⁶³ Robert Ley (1890-1945), promovierter Chemiker, war bereits 1928 hauptamtlicher Organisationsleiter der NSDAP im Gau Köln-Aachen und Mitglied des preußischen Landtag. Seit 1930 saß er für die NSDAP im Reichstag und 1932 wurde er zum Reichsorganisationsleiter und des Aktionskomitees zum Schutz der deutschen Arbeit ernannt. Durch die Leitung der DAF erhielt Ley eine herausragende Stellung. Die DAF-Einrichtungen „Kraft durch Freude“, „Schönheit der Arbeit“ usw. wurden zum wichtigen Teil der NS-Propaganda. Ley konnte sich letztlich nicht gegen seine Kontrahenten durchsetzen. Der Verurteilung in Nürnberg entzog er sich durch Selbstmord. Vgl. Weiß (Hg.) 2002, Stichwort Ley, Robert.

¹⁶⁴ Kranig 1993, S.143

¹⁶⁵ Reulecke 1981, S.246

¹⁶⁶ „Die DAF war rechtlich ein der NSDAP angeschlossener Verband, der gemäß dem Führerprinzip in Bezirke, Gaue, Kreise, Ortsgruppen, Betriebs-Gemeinschaften, Zellen und Blöcke hierarchisiert war. Unterhalb der Reichsleitung der DAF waren zehn Ämter für die unterschiedlichsten sozialpolitischen Belange und Aufgaben eingerichtet. Mit diesen Behörden gelang es der DAF, ihre Kompetenzforderungen zu untermauern, indem sie staatliche Behörden und Unternehmensleitung mit ihren Maßstäben unter Druck setzte.“ (www.dhm.de/lemon/html/nazi/organisationen/daf, 20.7.01) Zuständigkeiten und Instrumente der DAF waren Rechtsberatung und Benennung von Beisitzern bei den Arbeitsgerichten, Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung, Reichsberufswettkämpfe, Wettbewerb „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“, „Schönheit der Arbeit“, „Kraft durch Freude“. (Kranig 1993, S.142) Zudem galt die DAF als Beschwerdestelle für Betriebe die ein Disziplinarverfahren gegen Gefolgschaftsangehörige anstrebte. So schrieb die Brandenburgische Metallverarbeitungs G.m.b.H., Schlesischestr. 26, Berlin SO. 36 am 27. Mai 1937 einen Beschwerdebrief an den Kreis V der Deutschen Arbeitsfront, Berlin SW.68, Lindenstr. 3, indem sie die Bestrafung eines Mitarbeiters aufgrund von Sabotage (Trunkenheit und Renitenz) forderte. (LAB A Rep. 250-01-01, Nr.10)

Anfangs organisiert in Mitgliedsverbänden, die den alten Organisationsformen der Einzelgewerkschaften entsprachen, formte Ley bereits Anfang 1934 die DAF in eine straffe, zentralistische Organisation um. Es gelang, die Arbeitnehmerschaft fast vollständig zu erfassen. Ihr Symbol war das Hakenkreuz im Zahnrad.

Die „Erziehung“ aller Werktätigen zu Trägern der nationalsozialistischen Gesinnung war das Ziel der DAF. Dieses Ziel sollte mit Hilfe von Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsleistung, des Arbeitsumfeldes und der Durchsetzung des Volksgemeinschaftsgedankens erreicht werden. Obwohl die DAF einige klassische Gewerkschaftsaufgaben übernahm, kann sie nicht mit diesen verglichen werden: „Sie war keine Interessenvertretung der Arbeiterschaft, sondern ein Mittel der Disziplinierung und nationalsozialistischen Gleichschaltung sowie gleichzeitig ein Machtinstrument für Robert Ley.“¹⁶⁷

Die DAF konnte das anfängliche Misstrauen der Unternehmerschaft abbauen, indem sie ihre programmatischen Ziele mit denen des Deutschen Instituts für technische Arbeitsschulung (DINTA) in Übereinstimmung brachte. Das DINTA war 1925 überwiegend von Schwerindustriellen zum Zwecke der Optimierung menschlicher Arbeitsleistung gegründet worden. Die DAF versuchte ihren Zuständigkeitsbereich auf sozial- und wirtschaftspolitische Bereiche auszudehnen. Dies hatte eine Verhärtung der Fronten zwischen DAF einerseits und den Unternehmen, die den Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht hinter sich wussten, andererseits zur Folge, die in der Konfrontation zwischen Ley und Schacht, aber auch zwischen Ley und dem Reichsarbeitsminister Seldte gipfelte.¹⁶⁸

Anfangs engagierte sich die DAF in relativ unverfänglichen Bereichen, so wurde die Freizeit-Organisation „Kraft durch Freude“ 1933 ebenso von der DAF gegründet, wie das Amt „Schönheit der Arbeit“ unter dem Reichsleiter Albert Speer. Ziele dieser Neugründung waren einerseits die Produktivitätssteigerung in den Betrieben und andererseits die Einschwörung der Arbeiterinnen und Arbeiter auf die NS-Ideologie.

¹⁶⁷ Reulecke 1981, S.246

¹⁶⁸ Reulecke 1981, S.247

Vor allem sechs Großkampagnen des Amtes „Schönheit der Arbeit“ wurden mit riesigem Werbeaufwand in die Betriebe getragen: „Saubere Menschen im sauberen Betrieb“, „Grün in die Betriebe“, „Kampf dem Lärm“, „Gutes Licht – Gute Arbeit“, „Gesunde Luft im Arbeitsraum“ und „Warmes Essen im Betrieb“.¹⁶⁹

„Jede dieser Initiativen wurde propagandistisch zu einem ‚Kampf‘ hochstilisiert; eine Aktion jagte die andere, ehe überhaupt sichtbar werden konnte, ob die vorhergehende erfolgreich gewesen war.“¹⁷⁰ Mithilfe dieser Aktionen konnte die Belegschaft immer stärker eingebunden und den Zielen des NS nutzbar gemacht werden. Zudem stiegen die Leistungsanforderungen stetig an.

Der Reichsberufswettkampf (RBWK) ist ein weiteres Beispiel für die von Ley mitinszenierte ideologische Durchdringung der Arbeitswelt. 1934 zunächst für jugendliche Arbeiter in Zusammenarbeit mit der HJ als „Olympiade der deutschen Arbeit“ vom Reichsjugendführer Arthur Axmann durchgeführt, öffnete sich der Wettbewerb ab 1938 allen „arischen“ Deutschen. 1939 haben angeblich 3,5 Millionen Menschen an dem Wettbewerb teilgenommen. Sie mussten sich nicht nur einer Prüfung ihrer beruflichen Fähigkeiten unterziehen, sondern auch weltanschauliche und sportliche Tests bestehen.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen sollten durch den RBWK und andere Aktionen in die nationalsozialistische Volksgemeinschaft eingebunden werden, u. a. durch die Vergabe der Auszeichnung „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“. Die von Hitler am 29. August 1936 unterzeichnete Verfügung sah vor:

„Betrieben, in denen der Gedanke der nationalsozialistischen Betriebsgemeinschaft im Sinne des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit und im Geiste der Deutschen Arbeitsfront vom Führer des Betriebes und seiner Gefolgschaft auf das vollkommenste verwirklicht ist, kann die Auszeichnung ‚Nationalsozialistischer Musterbetrieb‘ verliehen werden.“¹⁷¹

Möglicherweise versuchte Hitler mit der Einrichtung dieser Auszeichnung sozialpolitische Impulse zu geben und die Arbeiterinnen von den Entbehrungen, die der kurz zuvor unterzeichnete Vierjahresplan vorsah, abzulenken.¹⁷²

¹⁶⁹ Reulecke 1981, S.248

¹⁷⁰ Reulecke 1981, S.248

¹⁷¹ Adolf Hitler zitiert nach Reulecke 1981, S.250

¹⁷² Reulecke 1981, S.250f.

Die DAF versuchte die Unternehmen und die Arbeiterschaft in ihrem Sinne zu beeinflussen. Im Kriegsfall war die Industrie unverzichtbar. Sie mit Hilfe des Leistungswettbewerbs zu Höchstleistungen anzuspornen war ein Schritt in Richtung Wehrhaftmachung. Den Unternehmern wurden als Anreiz Profite in Aussicht gestellt.

„Die Arbeiter waren jetzt zwei Ausbeutern ihrer Arbeitskraft ausgeliefert, wobei der Leistungskampf der Betriebe insofern eine besonders perfide Erfindung war, als er die Interessen des einen Ausbeuters in die übergreifenden Interessen des anderen einband, der Gesamtdruck also potenziert wurde.“¹⁷³

Der Kampf um die Auszeichnung „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“ erwies sich als das schlagkräftigste Mittel in der Mobilmachung der deutschen Betriebe hinsichtlich der Ankurbelung der Kriegsproduktion.

„Schon vor der Machtergreifung nahm die Führungsspitze der NSDAP um Adolf Hitler die Unterstützung von Seiten großer Teile der deutschen Wirtschaft in Anspruch, und nach der Machtergreifung war den Nationalsozialisten klar, dass die Erreichung ihrer eigenen Ziele – vor allem Aufrüstung und Vorbereitung des Krieges – nur im Zusammenspiel mit der Unternehmerschaft möglich war und, dass eine eigenständige unabhängige Interessenvertretung der Arbeitnehmer zu Reibungsverlusten bei der Verfolgung dieser Ziele hätte führen müssen.“¹⁷⁴

Die DAF rief alle „Gefolgschaften“ ständig zu Verbesserungsvorschlägen auf. Dazu benutzte sie DIN A 6 große, einmal gefaltete Blätter, in denen jeweils drei Verbesserungsvorschläge zur Rationalisierung der Arbeitsgänge oder zum Einsparen von Werkstoffen vorgestellt wurden. Die Parolen, mit denen die Belegschaft motiviert werden sollte, variierten von Ausgabe zu Ausgabe und lauteten unter anderem so:

„Jeder brauchbare Verbesserungsvorschlag ist Dein Beitrag zum Endsieg!“
„Verbesserungsvorschläge sind wichtige Helfer im totalen Einsatz aller Kräfte!“
„Gegen ihr Gold unser Können und unsere Ideen!“
„Totaler Einsatz aller Kräfte. (...) Auch Dein Verbesserungsvorschlag wird erwartet!“
„Denk an unsere Frauen die jetzt noch stärker im Betrieb mitschaffen müssen. Dein Vorschlag kann ihre Arbeit erleichtern und beschleunigen. Du hast den Blick dafür, was und wie man's machen könnte. Hilf die Arbeitsleistung unserer Frauen steigern. Gib Deine Erfahrungen als Beitrag zum Endsieg.“

¹⁷³ Reulecke 1981, S.266. Der Leistungskampf der deutschen Betriebe wurde 1937 von der DAF aufgelegt. Ziele dieses Leistungskampfs waren laut einem Schreiben der DAF, Ortsverwaltung Friedrichshagen vom 27. Juli 1937: „Gründung einer Werkschar, Schaffung von Lehrwerkstätten, Schaffung von Werkkantinen und Schaffung von Sportanlagen, Verschönerung der Werkräume und Werkplätze, Bau eines Kameradschaftshauses, Gründung einer zusätzlichen Altersversicherung, Bildung einer eigenen Betriebs-sportgemeinschaft usw.“ (LAB A Rep. 250-01-01, Nr.10) Die an dem Leistungskampf partizipierenden Betriebe mussten ein Transparent mit folgendem Inhalt aufhängen: „Wir marschieren mit! Unser Betrieb steht im Leistungskampf der deutschen Betriebe!“. Daneben war das DAF-Symbol abgebildet.

¹⁷⁴ Kranig 1993, S.138

Auffallend ist die appellhafte Sprache mit der die Belegschaft auf ein gemeinsames Ziel, den Endsieg eingeschworen werden sollte. Herausgehoben wird die Verantwortlichkeit jedes Einzelnen, dieses gemeinsame Ziel zu unterstützen. Mit dem Appell es „unseren Frauen“ doch ein wenig einfacher zu machen, wird nicht nur die nationale „Karte“ gespielt, sondern auch noch an den „männlichen Beschützerinstinkt“ appelliert. Der Inhaber des erwähnten Goldes ist in diesem antisemitischen Bild das imaginierte „international(istisch)e Judentum“, welches in der NS-Rassenideologie mit dem so genannten raffenden Kapital identifiziert wurde. Das Gold horteten die Juden dieser Überzeugung nach, um weltweite Hegemonie erlangen zu können und schlussendlich den „Bolschewismus“ durchzusetzen.

Wie stark sich die DAF immer wieder als betriebliche Propagandamaschine hervortat, verdeutlicht ein Schreiben an alle Betriebsführer und Betriebsobmänner des Kreises IX der DAF, Gauverwaltung Berlin, Kreisverwaltung IX, der Kreisobmann, Stelle Propaganda vom 2. September 1942. Darin wird zum Kauf des vom RFSS Himmler herausgegebenen Bildbandes mit dem Titel „Der Untermensch“ aufgefordert. Er sei deshalb besonders geeignet zur Weitergabe an die gesamte Belegschaft, weil er

„in drastischer Weise die unmenschlichen Greuelthaten der Bolschewisten weiten Kreisen des schaffenden deutschen Volkes vor Augen halten soll. (...) Die Betriebsführer werden gebeten, dieses wichtige Aufklärungsbildwerk gerade jetzt, wo die deutsche Wehrmacht den Einbruch der bolschewistischen Horden verhindert und zum Schutze des Reiches und Europas dieses Untermenschentum für alle Zeiten unschädlich macht, möglichst allen Betriebsangehörigen zugänglich zu machen.“¹⁷⁵

Die DAF war in Berlin zunächst als Gauverwaltung Berlin organisiert. Strukturell war diese Verwaltung nach Branchen gegliedert. Die Metallindustrie gehörte zur Abteilung Gaubetriebsgemeinschaft 6 – Eisen und Metall. Gaubetriebsgemeinschaftswalter war ein gewisser Kurzmann, Postanschrift: Engelufer 24-25, Berlin SO 16. Die Reichsbetriebsgemeinschaft 6 Eisen und Metall erhielt ihre Richtlinien wie wohl auch alle anderen Sektionen von der DAF.¹⁷⁶

¹⁷⁵ LAB A Rep. 250-01-01, Nr.10

¹⁷⁶ LAB A Rep. 250-01-05, Nr.1-0061

Weitere beteiligte Institutionen

Die vorbenannten Institutionen und Behörden waren maßgeblich am Einsatz von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern beteiligt. Andere Verantwortliche waren beispielsweise der Werkschutz, die Lagerleitung und die Polizei.

In den Betrieben gab es einen politischen Abwehrbeauftragten, der der Gestapo rechenschaftspflichtig war. Eine Übersicht über staatliche Stellen, Organisationen, Ämter und Militärdienststellen, die in Berlin die Genehmigung von Lagern betrieben, findet sich bei Kubatzki 2001, S.29ff. Über die Einrichtung von Lagern entschieden grundsätzlich „die oberen Kommandoebenen für den Wehrkreis III“¹⁷⁷. Der Wehrkreis III war reichsweit einer von 14 Wehrkreisen und umfasste Berlin und Teile des heutigen Brandenburg.¹⁷⁸

Die Militarisierung der Arbeitswelt

Die Militarisierung der Arbeitswelt drückte sich in verschiedenen Bereichen aus. Eindrücklichstes Beispiel ist die bereits erwähnte Implementierung des Führer-Gefolgschaftsprinzips.

Die so genannten Betriebsführer hatten sogar das Recht ihre so genannten Gefolgschaft mittels eines Strafenkatalogs weitreichend zu disziplinieren. So sah die „Anordnung Nr. 13 des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz zur Sicherung der Ordnung in den Betrieben“ vom 1. November 1943¹⁷⁹ beispielsweise bei wiederholter Unpünktlichkeit oder bewusster Widerspenstigkeit gegen die Anordnungen des Betriebsführers oder die des Sicherheitsbeauftragten eine Geldbuße bis hin zu einem Wochenverdienst vor. Die Verhängung einer Geldstrafe musste mit dem Vertrauensrat¹⁸⁰ abgesprochen werden. In Betrieben, wo es einen Vertrauensrat nicht gab musste der Betriebsführer die Strafe „alsbald dem Leiter des für den Betrieb zuständigen Arbeitsamts als Beauftragten des Reichstreuhänders der Arbeit“ anzeigen. Die Geldbuße konnte vom Lohn einbehalten werden und musste vom Betriebsführer an die NS-Volkswohlfahrt überwiesen werden. Diese Verpflichtung verdeutlicht die Reglementierung des privatwirtschaftlichen Bereichs durch NS-Institutionen wie dem GBA.

¹⁷⁷ Kubatzki 2001, S.13

¹⁷⁸ Eine Karte des Wehrkreis III ist bei Kubatzki 2001, S.28 abgebildet.

¹⁷⁹ LAB Rep. 227-04 70

¹⁸⁰ Die Vertrauensratschulungen übernahm auch, wie aus einer Einladung an alle Betriebsführer, Vertrauensmänner Vertrauensfrauen und Betriebs-Jugendwalter der KBG 6, Eisen und Metall vom 25. Oktober 1937 hervorgeht, die DAF. Vgl. LAB A Rep. 250-01-01, Nr.10

Allerdings überwog der Nutzen, über für die Produktion ausreichende und weitgehend entrechtete Arbeitskräfte zu verfügen, deutlich den Verpflichtungen.

Wenn die vom GBA erlaubten Disziplinierungsinstrumente aus der Sicht des Betriebsführers nicht mehr ausreichten, sollten Verstöße der deutschen Belegschaft den Reichstrehändern der Arbeit gemeldet werden. Ausländer sollten bei der Staatspolizeileitstelle angezeigt werden.

Die Implementierung des nationalsozialistischen Führer-Gefolgschaftsprinzip in den Betrieben lässt sich exemplarisch an der Aktiengesellschaft Ehrich & Graetz nachvollziehen. Im Juli 1936 gab der so genannte Betriebsführer Erich Graetz bereits die zweite Auflage einer Betriebsordnung in Form einer kleinen Broschüre¹⁸¹ heraus. In der Einführung, verfasst vom Vertrauensrat, wurde der volle Arbeitseinsatz und der Gehorsam gegenüber den Vorgesetzten als Voraussetzung für „die hohe Idee einer wahren Volksgemeinschaft“ gepriesen. Die Vorgesetzten wurden ermahnt sich vorbildhaft zu benehmen und zu handeln.¹⁸² Im Kapitel „Betriebsordnung der Firma Ehrich & Graetz A.G.“ wird weiter ausgeführt, es solle im Betrieb ein „gegenseitiges Treue- und Vertrauensverhältnis“ herrschen. Die für den NS-Sprachgebrauch typische Unterscheidung von „Kopf- und Handarbeitern“, die in der Broschüre getroffen wird, war ein Relikt aus der frühen Kampfzeit, als der Nationalsozialismus seine Intellektuellenfeindlichkeit zusammen mit dem vermeintlich sozialistischen Egalitätsanspruch stark herausstellte. Mit Hilfe solcher Statusunterschiede nivellierenden Formulierungen, die suggerieren, alle seien in irgendeiner Form Arbeiter und daher auch in der gleichen sozialen Lage, sollte die Volksgemeinschaft als annähernd verwirklicht dargestellt werden. Gleichzeitig wurde eine absolute Hierarchieakzeptanz gefordert. Dazu Erich Graetz in der Broschüre: „Jedes Gefolgschaftsmitglied soll sich willig meiner Führung einfügen und freudig und vertrauensvoll mithelfen zum eigenen wie zum Wohle des Betriebes und des Vaterlandes.“ Damit war jede Art von nonkonformen Verhalten nicht nur eine Provokation gegen den Betrieb, die Arbeitsbedingungen o.ä., sondern Vaterlandverrat. „Bummelanten“ wurden so zu Staatsfeinden.

¹⁸¹ LAB A Rep. 250-01-05, Nr.1-0052

¹⁸² Dazu Erich Graetz: „Die von mir als Vorgesetzte bestimmten Arbeitskameraden sind zu achten und anzuerkennen, haben aber selbst in jeder Beziehung vorbildlich zu sein und allen Mitarbeitern Achtung und kameradschaftliches Verständnis entgegenzubringen.“

Die enge Verbindung zwischen DAF und den Betrieben offenbart sich in der Broschüre zum einen in der Aussage von Graetz, dass grundsätzlich nur DAF-Mitglieder angestellt werden sollten, zum anderen in der gemeinsamen Anordnung sowohl des DAF-Symbols als auch des Firmensignets auf dem Deckblatt. Das DAF-Symbol überlappt das Firmensignet sogar links oben.

So genannte Arbeitsuntreue wurde auch bei der deutschen Belegschaft streng geahndet. Mit dem zunehmenden Eindringen von parteiamtlichen und staatlichen Institutionen in die Arbeitswelt wurde die Disziplinierung der Lohnabhängigen Angelegenheit der Treuhänder der Arbeit und der Polizei und nicht etwa der Arbeitsgerichte. Dies belegt der Fall einer Arbeiterin bei der Ehrich & Graetz A.G., die aufgrund von mangelnder Arbeitsdisziplin in Vorbeugehaft kam. Die Tatsache ihrer Inhaftierung wurde zur Abschreckung in der Firma per Aushang bekannt gemacht.¹⁸³

Die Justiz hatte sich in weiten Teilen blitzschnell dem NS angepasst und sprach auch im Arbeitsbereich Recht in seinem Sinne. So fällte das Landesarbeitsgericht Karlsruhe am 6. Juli 1934 ein Urteil in dem es u.a. hieß:

„Durch Entfernen vor Beginn des Singens des Deutschland- und des Horst-Wessel-Liedes aus den Geschäftsräumen und durch die Nichtteilnahme an gemeinschaftlichen Aufmärschen, Feiern und sonstigen Veranstaltungen der Belegschaft stellt sich ein Arbeitnehmer bewusst außerhalb der Volksgemeinschaft und zeigt hierdurch seine staatsfeindliche Einstellung. Dadurch wird die fristlose Entlassung gerechtfertigt.“¹⁸⁴

Diese Passage und eine Passage aus der Urteilsbegründung wurden als zweiseitige Bekanntmachung des Kreises X (Neukölln) der NSBO und der DAF an alle Betriebsführer, Zellenobmänner, Vertrauensmänner und Betriebswähler gesandt, mit der Aufforderung, sie am „Schwarzen Brett“ für alle Gefolgschaftsmitglieder zugänglich zu machen.

¹⁸³ „Bekanntmachung. Ein besonders krasser Fall von Arbeitsuntreue – wiederholtes unberechtigtes Fernbleiben von der Arbeit – fand damit seine vorläufige Sühne, dass die Angeschuldigte, es handelt sich um das Gfm. Klara N., auf Veranlassung des Reichstreuhanders der Arbeit von der Geheimen Staatspolizei zunächst in eine 42-tägige Vorbeugungshaft genommen wurde.“ LAB A Rep.250-01-05, Nr.1-0052

¹⁸⁴ LAB A Rep. 250-01-05, Nr.1-1/02

7. Verantwortlichkeiten für den Einsatz in den Betrieben

Bis heute leugnen viele Vertreter der Industrie eine schuldhafte Verstrickung in eine der größten Verschleppungen von Arbeitskräften die es je gab: den Einsatz von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern in der deutschen Wirtschaft während des Nationalsozialismus. Die Arbeitskräfte seien ihnen aufoktroziert worden, man habe sich nicht dagegen wehren können¹⁸⁵, ohne selbst belangt zu werden, man habe die Zuweisung akzeptiert, um diese vor der unmittelbaren Vernichtung zu bewahren. So und ähnlich lauten die Argumente, die viele Industrievertreter zu dem Schluss kommen lassen, dass sie im juristischen Sinne nicht für den Zwangsarbeitereinsatz haftbar zu machen seien. In einigen älteren wissenschaftlichen Publikationen wurde diese Argumentation aufgegriffen. Kannapin schrieb 1966 beispielsweise: „Die Wirtschaft wurde gezwungen sich den Zielen des nationalsozialistischen Staates unterzuordnen.“¹⁸⁶

Bis vor einigen Jahren war die Erforschung von Unternehmensgeschichte eine Domäne unternehmensnaher Geschichtsschreibung.¹⁸⁷ Sie hatte nicht selten die Funktion, den Unternehmern die Rolle eines gütigen Patriarchen auf den Leib zu schneiden. Das hatte für die Darstellung folgende Konsequenz: „Der Unternehmer wird überhöht dargestellt, erscheint als einziger und geradezu genialer Schöpfer des betrieblichen Reichtums, fehlerhafte Verhaltensweisen der Geschäftsführer und Firmeneigner werden verharmlost oder entfallen völlig als Gegenstand der Aufarbeitung.“¹⁸⁸

Tatsächlich fehlen in vielen Firmengeschichten die Jahre 1933 bis 1945 fast völlig, oder aber, der Fokus der Darstellung wird auf die Zerstörung von Industrieanlagen durch alliierte Bombardements und die Nachkriegsdemontage gelenkt.¹⁸⁹

¹⁸⁵ In den Beständen der Firma Ehrlich & Graetz AG ist der Durchschlag eines Schreibens datiert vom 10. August 1942 erhalten, welches leider keinen Absender enthält. Es gewährt einen Einblick in die Beschaffungspraxis von ZwangsarbeiterInnen für den Betrieb.

„Ich erhielt heute von Herrn Graetz in Anwesenheit der Herren Möbius, Dr. Bornfeld und Mücke II den Auftrag, schnellstens 20 bis 70 weitere Russinnen heranzuschaffen, die vorerst in den Baracken 1 und 2 untergebracht werden sollen. Auf Grund meiner Vierhandlungen mit dem Arbeitsamt wird man uns ausnahmsweise ohne schriftlichen Auftrag 20 Mädchen zuweisen, die von einem voraussichtlich am Mittwoch, dem 12.d.Mts. in Berlin eintreffenden Transport abgezweigt und am Donnerstag von uns in Empfang genommen werden können.“¹⁸⁵

¹⁸⁶ Kannapin 1966, S.29

¹⁸⁷ Pfliegensdörfer 1988, S.56

¹⁸⁸ Pfliegensdörfer 1988, S.60

¹⁸⁹ Siehe 100 Jahre Wirken und Werken. Jubiläumsschrift 1852-1952. Berliner Maschinenbau - Actien-Gesellschaft. Vormals L. Schwarzkopff, Berlin N 31. Berlin 1952 und vgl. 75 Jahre Lorenz. 1880 - 1955. Festschrift der C. Lorenz Aktiengesellschaft Stuttgart. Stuttgart 1955. Die letztgenannte Festschrift lässt das Kapitel „Unsere Mitarbeiter“ erst 1945 beginnen, an anderer Stelle werden die ZwangsarbeiterInnen, die im Zweiten Weltkrieg bei Lorenz arbeiten mussten, völlig kommentarlos unter die Stammbelagschaft

Die Belegschaften wurden in der Regel „in eine Statistenrolle gedrängt, gelten allenfalls als Begünstigte betrieblicher Sozialmaßnahmen,...“¹⁹⁰

Seither ist man in der Sache weiter, so dass diese 1988 formulierten Thesen über die Beschränkung der Forschung heute nicht mehr ganz zutreffen. Es sind für einige größere Unternehmen Untersuchungen¹⁹¹ durchgeführt worden, die den Schwerpunkt auf Fragen der Rüstungsproduktion, der Sozial- und Lohnpolitik, Zwangsarbeit usw. legen.

Nicht nur viele Studien belegen die aktive Rolle der Industrie beim Einsatz von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern. Bereits die eidesstattliche Erklärung von Rudolf Höß, ehemaliger Kommandant von Auschwitz, vom 12. März 1947 besagte das Gegenteil: „Die Konzentrationslager haben niemals Arbeitskräfte der Industrie angeboten. Vielmehr wurden die Häftlinge nur dann in die Betriebe entsandt, wenn die Betriebe vorerst um Konzentrationslagerhäftlinge angesucht hatten.“¹⁹²

Über die Verantwortlichkeiten für den Arbeitseinsatz in den Betrieben gibt es in der Forschung unterschiedliche Einschätzungen. Strittig ist, inwiefern Unternehmen ein Interesse an dem Einsatz von Häftlingen hatten. Dahinter steckt die unterschiedliche Beurteilung der Nützlichkeit von Häftlingsarbeit.¹⁹³ Manche Betriebe hätten sich aktiv um die Zuteilung von Häftlingen gekümmert, andere hätten die Beschäftigung von Häftlingen nicht aus humanitären Gründen abgelehnt, sondern, weil sie aufgrund der hohen Sterblichkeit ständig ersetzt werden mussten. Im Hinblick auf die notwendige Einarbeitung war das aus ökonomischer Sicht unattraktiv.

subsumiert, für die „gerade in dieser schweren Zeit von Lorenz in sozialer Hinsicht vieles geleistet wurde.“ (S.242)

Das war während der NS-Zeit natürlich ganz anders. So wird Adolf Hitler in der Jubiläumsschrift „50 Jahre Deutsche Messingwerke Carl Eweking A.G.“¹⁸⁹ von 1940 beispielsweise als Retter gefeiert („Die Rettung kam durch Adolf Hitler.“) und im Kapitel „Berufserziehung“ ist eine Kernspruchtafel mit folgendem „Kernspruch der Woche“ abgebildet: „Ich zweifle keine Sekunde dass Deutschland siegen wird!“ Die neben der eigentlichen Berufsausbildung formulierten Erziehungsziele lassen keine Zweifel offen: „Täglich durchgeführte Appelle zur soldatischen Haltung, und Frühsportübungen, bei gutem Wetter auf dem Sportplatz, sorgen für die Kräftigung des Körpers und bringen Freude und Frohsinn in die Werkstatt.“ In der selben Jubiläumsschrift sind hintereinander zwei ihm Stil einer Traueranzeige gehaltene Ehrentafeln abgedruckt. Auf der ersten sind diejenigen Mitarbeiter aufgeführt die „Auf dem Felde der Ehre (..) in den Kriegsjahren 1914-1918 gefallen sind. Die zweite Tafel ehrt „Die im Werk tödlich verunglückten Kameraden. Sie gaben ihr Leben für die Gemeinschaft. Sie fielen auf dem Felde der Arbeit.“ Die hier vollzogene Analogie vom „Feld der Ehre“ zum „Feld der Arbeit“ verdeutlicht die in der NS-Ideologie übliche Militarisierung des Alltags, der Gesellschaft.

¹⁹⁰ Pfliegensdörfer 1988, S.60.

¹⁹¹ Vgl. beispielsweise Mommsen 1996, Wysocki 1992, Kaiser/ Knorn 1996

¹⁹² Rudolf Höß zitiert nach Ferencz 1979, S.274

¹⁹³ Siehe hierzu Kaienburg 1996, S.269ff. Zu den ökonomischen Vor- und Nachteilen des Häftlingseinsatzes

der Betriebe siehe Kaienburg 1996, S.58f.

Meistens jedoch wurden Häftlingen unqualifizierte Aufgaben aufgetragen. Nach Wolfgang Sofsky war die Vernichtung der Häftlinge durch unerträglich schwere Arbeiten ein fassbarer Ausdruck der Macht der SS über die Häftlinge:

„War für die SS die Arbeit ein Mittel der Schinderei, so nahm die Industrie den Tod der Häftlinge in Kauf, um die Produktion mit den geringsten Kosten zu erhöhen. Auch wenn die „Vernichtung durch Arbeit“ nicht für alle Häftlingsgruppen geplant war, war die Arbeit eine Ursache der Vernichtung. (...) Arbeitsverhältnisse sind stets durch gesellschaftliche Machtbeziehungen bestimmt. In einem radikalen Sinne war die Ökonomie des Lagers politische Ökonomie. Nicht an Arbeitsergebnissen ist Terror interessiert, sondern am Prozess des Leidens. Die Plackerei und das Sterben durch Arbeit war ein Sieg der Macht.“¹⁹⁴

Die Vorgaben für Unterbringung und Ernährung traf die SS. Entscheidend ist, dass kaum eine Betriebsleitung von sich aus zur Verbesserung der Lebensbedingungen der ja ganz offensichtlich völlig geschwächten und ausgezehnten Häftlinge beigetragen hat, im Gegenteil sich gegenüber dem Schicksal der Häftlinge bestenfalls gleichgültig verhielt.

Bei der Disziplinierung der Belegschaft, sowohl der deutschen als auch der ausländischen, nahmen Betriebsangehörige eine aktive Rolle ein. So wurden jährlich etwa 300 bis 400 Siemensbeschäftigte von der Sozialpolitischen Abteilung oder den Abwehrbeauftragten von Siemensbetrieben der Gestapo übergeben. Auch betriebsintern wurde missliebiges Verhalten streng sanktioniert. Ab 1942/43 gab es sogar eine Strafabteilung und einen Strafbunker.

„Politisch besonders zuverlässigen Aufsichtskräften (Meister, erweiterter Werkschutz, DAF- und NSDAP-Angehörige) oblag es, ein scharfes Regiment aus Überwachung, Bestrafung und abgestufter Bestrafung zu errichten. Dabei wurden in mehreren Fällen saboteurverdächtige Polen und sowjetische Offiziere vor den Augen der übrigen Belegschaft schwer misshandelt und in Einzelfällen auch getötet.“¹⁹⁵

Der Fall einer Ermordung von KZ-Häftlingsarbeitern wurde beispielsweise in den Adlerwerken¹⁹⁶ in Frankfurt/Main bekannt. Er zeigt die große Reichweite von Disziplinierungsmaßnahmen und auch, dass sie tatsächlich ausgeschöpft wurden. 1944 wurden in den Adlerwerken auf Veranlassung eines Meisters zwei KZ-Häftlinge an die Firmenleitung gemeldet, die der Sabotage verdächtigt wurden.

¹⁹⁴ Sofsky 1990, S.528

¹⁹⁵ Roth 1996, S.161f

¹⁹⁶ Kaiser/ Knorn 1996, S.189

Deren Hinrichtung mussten zwecks Abschreckung die anderen Häftlinge desselben Arbeitskommandos im Werk beiwohnen. Die für die Hinrichtung benötigten Stricke wurden bei der Einkaufsabteilung der Adlerwerke bestellt und auch von ihnen geliefert. Dieses Beispiel verdeutlicht die aktive Rolle, die in diesem Fall ein Meister bei dem Zustandekommen der Hinrichtungen gespielt hat und wie viele Betriebszugehörige von der Hinrichtung gewusst haben und dazu beigetragen haben, dass sie stattfinden konnte.

Bei der Weserflug war die Produktivität der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter relativ hoch. Heisig schlussfolgert:

„Die ständige Beaufsichtigung und Kontrolle durch deutsche Mitarbeiter und das sofortige Einschreiten des „Abwehrbeauftragten“, der als innerbetrieblicher Sicherheitsverantwortlicher in Form von Meldungen an das zuständige Polizeirevier und die Gestapo sofortige Verhaftungen beschuldigter Zwangsarbeiter verlangte, wirkte also.“¹⁹⁷

In der Firmenjubiläumsschrift der Deutschen Messingwerke Carl Eweking A.G. ist von Werkschärmännern als Garanten für die Betriebsgemeinschaft die Rede. „Sie gewährleisten unter Führung des Betriebobmannes die politische Sicherheit und Einsatzbereitschaft des Betriebes. Es ist das Ziel der Werkschar, aus dem Betrieb eine geschlossene und einmütige, zur höchsten Leistung befähigte Gemeinschaft für Volk und Reich zu schaffen.“¹⁹⁸

Es war der Belegschaft verboten mit den Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern Umgang zu pflegen. Aus den Berliner Bergmann Elektrizitäts-Werken ist eine Betriebs-Anweisung überliefert, in der die Belegschaft eindrücklich vor den polnischen „Zivilarbeitern“ gewarnt wird. Die ehemalige Zwangsarbeiterin Daniela Pawlusiewicz erinnert sich, dass Kontakt mit Deutschen im Betrieb für beide Seiten verboten war, allerdings hätten sie sich sowieso gemieden.¹⁹⁹

„Jedes deutsche Gefolgschaftsmitglied hat sich stets bewußt zu sein; daß die Zivilarbeiter polnischen Volkstums Angehörige eines Feindstaates sind und sein Verhalten danach einzurichten. [...] Der Verkehr mit den polnischen Arbeitskräften während der Arbeitszeit ist auf das unbedingt notwendigste Maß zu beschränken und außerhalb der Arbeitszeit völlig zu vermeiden. Weiblichen Gefolgschaftsmitgliedern ist jede Unterhaltung mit den polnischen Arbeitern verboten. Verstöße gegen dieses Verbot werden sofort geahndet.“²⁰⁰

¹⁹⁷ Heisig 2000, S.205

¹⁹⁸ LAB A Rep. 250-01-03, Nr.39

¹⁹⁹ Dollmann Eckelmann 2000, S.35

²⁰⁰ Dollmann/ Eckelmann 2000, S.18

Für die Gestaltung der Lebensbedingungen von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern bei Siemens-Plania war die „Sozialpolitische Abteilung“ zuständig. Solche Angelegenheiten wie „Krankengeld, Prämien, Lohn, Urlaub, Unfallversorgung, Sozialversicherung, Sparguthaben usw.“²⁰¹ wurden hier geregelt.

Für den reibungslosen Einsatz von sowjetischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern war der politische Abwehrbeauftragte im Betrieb der Gestapo gegenüber verantwortlich. Die Befugnisse des Abwehrbeauftragten waren offensichtlich betriebsintern weitreichend. Bei Fluchtversuchen sowjetischer Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter sollte er folgendermaßen handeln: „Bei offensichtlicher Flucht ist auf die Russen sofort zu schießen, dass auch getroffen wird. Jeder Widerstand ist mit Waffengewalt zu brechen, und zwar so, dass der Russe dabei zugrunde geht.“²⁰²

²⁰¹ Voigt 2001, S.165

²⁰² LAB A Rep. 250-01-05, Nr.1-0052

C. Lebens- und Arbeitsbedingungen von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern

In diesem Kapitel wird der Alltag von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern in Berlin beleuchtet. Dabei stehen im Zentrum diejenigen, die keine KZ-Häftlinge oder Kriegsgefangene waren. Die Lebensbedingungen für zwangsweise Arbeitende in Berlin waren erbärmlich. Sie hingen vor allem stark von der Nationalität und der jeweiligen Branche ab. Im weiteren Verlauf werden die wesentlichen/verschiedenen Bedingungen dieses Einsatzes dargestellt.

1. Hierarchisierung

Alle Ausländerinnen und Ausländer, die im Reich arbeiten mussten, unterlagen einer in der nationalsozialistischen Rassenideologie begründeten Hierarchisierung. Ganz allgemein kann von einem West-Ost-Gefälle gesprochen werden. Die Lebensbedingungen der als „arisch“ angesehenen „Westarbeiter“ waren gemessen an den Lebensbedingungen der als „Untermenschen“ stigmatisierten „Ostarbeiter“ erträglicher. Die „Ostarbeiter“ wurden aufgrund ihrer angenommenen Minderwertigkeit besonders diskriminiert.²⁰³

Die mit Zwang und Einschüchterung durchgesetzte Arbeitspflicht für Polinnen und Polen der Jahrgänge 1915 bis 1925 war umfassend: wer sich der Arbeitsbummelei oder der Arbeitsverweigerung verdächtig machte, musste mit der Einweisung in ein Arbeits-erziehungslager rechnen. Sexueller Verkehr zwischen polnischen Zwangsarbeitern und deutschen Frauen war unter Androhung der Todesstrafe bzw. der Einweisung ins KZ verboten.

Bürgerinnen und Bürger aus Polen mussten ab März 1940 an ihrer Kleidung ein gelbes Stoffdreieckabzeichen mit einem violetten „P“ befestigen.

²⁰³ Das Reichsministerium Ost hatte eine Broschüre mit dem Titel „Die Arbeiter aus dem Osten, Ein Leit- heft für deutsche Führungskräfte“ nur für den Dienstgebrauch herausgegeben, in dem eine etwas humane- re Behandlung der sowjetischen Arbeitskräfte, wahrscheinlich aus ökonomischen Gründen, angemahnt wurde. Es offenbart die rassistischen Annahmen der Herausgeber: „Verfehlt ist es, anzunehmen, dass sie, weil sie vielfach aus unwürdigsten Verhältnissen in das Reich gekommen sind und als Folge der scho- nungslosen Proletarisierungspolitik der Bolschewisten auf äußerlich meist einen abgerissenen, ja zer- lumpten Eindruck machen keiner besonderen Betreuung bedürfen. Eine solche Einstellung müssen die Menschen aus dem Osten gerade angesichts ihrer andersgearteten jetzigen Umwelt als kränkende Gering- schätzung empfinden; denn ihnen ist – was man nach den Erfahrungen der bolschewistischen Gewaltzeit nicht ohne weiteres vermutet – ein überaus empfindliches Gerechtigkeitsgefühl eigen.“ (R 3101/ 10.404)

Die aus der Sowjetunion Verschleppten mussten ab Februar 1942 einen blauen Aufnäher mit dem in weiß gehaltenen Wort „Ost“ tragen.²⁰⁴ Der Ausdruck „Ostarbeiter“ stammt aus dem Ersten Weltkrieg.

Es gab begrenzte Möglichkeiten zur Verbesserung der Lebensumstände. So konnten beispielsweise Kriegsgefangene, die einwilligten den Status eines Zivilarbeiters zu erhalten, ihre Situation verbessern. Massiv verschlechtert hatte sich die Situation der italienischen Arbeiter, die freiwillig zum Arbeiten gekommen waren und nach dem Friedensschluss Italiens mit den Alliierten 1943 als Verräter galten und seit dem wie sowjetische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter behandelt wurden. Nach 1943 sind diese ehemals freiwilligen Arbeiter und kriegsgefangenen italienischen Soldaten (so genannte italienische Militärinternierte, IMI) dienstverpflichtet worden, es sei denn italienische Soldaten waren bereit, in der Wehrmacht weiter zu kämpfen. Anderenfalls sind sie zum Arbeiten ins Deutsche Reich, in das Generalgouvernement und in die besetzten Gebiete deportiert worden.²⁰⁵ Bei den IMI handelte es sich um 600000 Männer. In der Hoffnung, die Produktivität der IMI durch bessere Lebensumstände zu steigern, erwirkte Sauckel im Juli 1944 bei Hitler, dass die IMI freiwillig vom Kriegsgefangenenstatus in den Zivilstatus überwechseln konnten. Trotz besserer Lebens- und Arbeitsbedingungen zögerten viele IMI bis die Wehrmacht als einsetzende Organisation 450000 IMI geschlossen in den Zivilstatus überführte.²⁰⁶

Rassistische Bemerkungen über zwangsrekrutierte Arbeitskräfte aus der Sowjetunion waren alltäglich. So forderte der Mitarbeiter des Industriellen Graetz, Herr Daug, von Herrn Müller, Angehöriger der Lagerverwaltung im Baumschulenweg, am 16. Januar 1943 die Bereitstellung von „5 kräftigen, einigermaßen intelligenten Ostarbeiterinnen“. An anderer Stelle schreibt derselbe von „rund 750 Russenfrauen“ und über den Transport „unserer Baumschulenweg-Russinnen“²⁰⁷.

²⁰⁴ Mit der Einführung des „Erleichterten Statuts“ für französische Kriegsgefangene im April 1943 wurde verfügt, dass beurlaubte französische Kriegsgefangene ein Abzeichen in den französischen Nationalfarben tragen mussten. Die Kennzeichnungspflicht der Osteuropäer ist noch herablassender. BArch R 3901/20.465

²⁰⁵ www.uni-hohenheim.de/~www570a/spoerer/zwangsarbeit, Mark Spoerer: Zwangsarbeit im Dritten Reich – Fakten und Zahlen. 20.7.01

²⁰⁶ Spoerer 2001, S.83

²⁰⁷ LAB A Rep.250-01-05, Nr.1-0112

Die entsubjektivierende Sprachregelung verdeutlicht, dass die Arbeiterinnen aus der Perspektive des deutschen Einsatzverantwortlichen den Status von Objekten hatten. Die brutalisierte Sprache - oft im Kollektivsingular, in der Nation und Subjekt zu einem Substantiv zusammengezogen werden, ist ein sprachliches Mittel zum Ausdruck von Missachtung. Dadurch wird das in dieser sprachlichen Konstruktion stets negativ bewertete Verhalten von Personen auf ihre nationale Herkunft rückgekoppelt.

In einem gemeinsamen Schreiben von Albert Speer und Fritz Sauckel heißt es im Kontext von Restrukturierungen des Arbeitseinsatzes über die so genannten Ostarbeiter: „Insbesondere sind Arbeitskräfte, die für schwere Arbeit geeignet sind (Ostarbeiter), von Arbeitsplätzen mit geringeren Anforderungen auf entsprechende Arbeitsplätze umzusetzen.“²⁰⁸

In einem Brief des Präsidenten des Landesarbeitsamtes Sachsen vom 15. August 1941 wurden erste Erfahrungen mit dem Einsatz von sowjetischen Kriegsgefangenen an den RAM berichtet. Ihr Zustand wurde als schlecht beschrieben und es wurde die Hebung der Arbeitsleistung erwartet, wenn die Gefangenen „entsprechend ausgefüttert“ würden.²⁰⁹ Über die Grundsätze des Einsatzes von sowjetischen Kriegsgefangenen heißt es dort:

„Es gibt nur ein Gesetz, das zu beachten ist: das deutsche Interesse, darauf gerichtet, das deutsche Volk gegen die auf Arbeitskommandos befindlichen sowjetrussischen Kr.Gef. zu sichern und die Arbeitskraft der Russen auszunutzen. Die Verantwortung für den Arbeitseinsatz trägt allein die Wehrmacht.“

Deutsche Jüdinnen und Juden rangierten in der Hierarchie ganz unten etwa auf einer Stufe mit den Menschen aus der Sowjetunion (siehe auch Kapitel „Jüdische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter). Deutsche Sinti und Roma durften aufgrund der Anweisung des Oberkommandos der Wehrmacht keinen positiven Abwehrbescheid von den überprüfenden Staatspolizeistellen erhalten. Damit waren sie vom Einsatz in Wehrmachtsbetrieben und so genannte geschützten Betrieben, in denen Geheimhaltung über die Produktion gewährleistet sein musste, ausgeschlossen.²¹⁰

²⁰⁸ BArch R 3901/20.465

²⁰⁹ BArch R 3901/20.168

²¹⁰ BArch R 3901/20.220

Die Hierarchie der NS-Ideologie wurde teilweise auch von den Zwangsrekrutierten übernommen. Das konnte dazu führen, dass die Schwächsten von lebenswichtigen Ressourcen ausgeschlossen wurden. Ein ehemaliger Zwangsarbeiter berichtet aus dem Durchgangslager Wilhelmshagen, dass elternlose Kinder aus der Sowjetunion aus den Baracken von den anderen Lagerinsassen vertrieben wurden.²¹¹

2. Arbeit

Viele Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter arbeiteten in Betrieben der Berliner Metallindustrie. Dort war der Umgang mit den deutschen Arbeiterinnen und Arbeitern verboten.

Aus den Beständen der Metallwaren-Fabrik Ehrich & Graetz ist die Abschrift²¹² einer zweiseitigen Anweisung, die den Umgang mit den offenbar ab diesem Zeitpunkt, dem 19. Juni 1942, bei Ehrich & Graetz eingesetzten Russinnen und Russen regelt, überliefert. Diese Anweisung wurde von dem Gestapo-Angehörigen Piontek fünf Firmenangehörigen, darunter Erich Graetz, diktiert. Die russischen Arbeitskräfte galten als Gefangene und durften das Lager nicht verlassen. Für jeweils 30 Internierte musste ein Wachmann abgestellt werden.

Um die Bewachung auch am Arbeitsplatz zu gewährleisten, sollten die Arbeiterinnen und Arbeiter möglichst geschlossen eingesetzt werden. Alternativ könnten auch Gruppen à fünf Personen jeweils von einer deutschen Aufsichtsperson bewacht eingesetzt werden. Das Aufsichtspersonal musste eine Verpflichtungserklärung unterschreiben, in der ihnen u.a. jeder private Kontakt mit den Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern unter Androhung staatspolizeilicher Ahndung verboten wurde. Das gleiche Verbot war auch den so genannten Gefolgschaftsmitgliedern bekannt zu geben. Als Sanktion wurde eine Bestrafung aufgrund des Gesetzes zum verbotenen Umgang mit Kriegsgefangenen angedroht.

Über die Urlaubsanträge von zivilen zwangsweise Arbeitenden entschied der Betriebsleiter. Der GBA erließ am 11. November 1943 eine Verordnung nach der künftig nur soviet Angehörige einer Nation beurlaubt werden konnten, wie von der vorher beurlaubten Gruppe zurückkehrten.²¹³

²¹¹ Wekenborg 1998, S.68

²¹² LAB A Rep. 250-01-05, Nr.1-0052

²¹³ LAB Rep. 227-02 60

Das bereits von anderen nationalsozialistischen Terrorsystemen bekannte Gegen-
einanderausspielen von Opfern lässt sich hier wiederfinden.

3. Entlohnung

Im Juni 1942 gab das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt eine Lohntabelle für
„Ostarbeiter“ heraus. Es stand ihnen formal ungefähr soviel Lohn zu wie einem deut-
schen Arbeiter der gleichen Lohnklasse. In der niedrigsten Lohnklasse waren das 51
RM, jedoch wurden den „Ostarbeitern“ direkt 45 RM für Verpflegung und Unterkunft
abgezogen.²¹⁴ Die Ostarbeitersteuer wurde stets so angepasst, dass nach deren Abzug
vom Grundlohn den Arbeitern „tatsächlich nichts übrig blieb.“²¹⁵

Göring hatte dafür plädiert, den sowjetischen Arbeitskräften nur ein Taschengeld
auszuzahlen. Der niedrige Lohn wurde unter anderem mit den geringen Lebenshal-
tungskosten in der Sowjetunion begründet.²¹⁶ Ab Januar 1942 musste für die Beschäfti-
gung von sowjetischen Arbeitskräften eine „Ostarbeiterabgabe“ genannte Steuer vom
Unternehmen gezahlt werden. Dadurch sollte vermieden werden, dass Betriebe deutsche
Beschäftigte zugunsten von preiswerteren „Ostarbeitern“ entlassen.²¹⁷ Im Falle von Ar-
beitsunfähigkeit wurde kein Lohn bezahlt. Zulagen wurden generell nicht bezahlt.²¹⁸

Der Lohn der polnischen Arbeitskräfte lag um 15% niedriger als der von Deut-
schen. Die Differenz musste der Arbeitgeber als Steuer an das Reich abführen. Durch
zahlreiche Erlasse wurden die polnische Arbeitskräfte diskriminiert, z.B. Einordnung in
die niedrigste Tarifgruppe, keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, keine Zuschläge.
Dadurch blieb nach Abzug von Steuern, Kosten für die Unterbringung und Verpflegung
nur eine Entlohnung übrig, die dem Existenzminimum entspricht. Es konnte kaum Geld
an die Familie in Polen überwiesen werden.²¹⁹

²¹⁴ Herbert 1995, S.173

²¹⁵ Herbert 1995, S.172

²¹⁶ Herbert 1995, S.171

²¹⁷ Herbert 1995, S.171f.; vgl. Füllberg-Stolberg 1994, S.12f.

²¹⁸ Herbert 1995, S.173

²¹⁹ Füllberg-Stolberg 1994, S.11

Sowjetische Kriegsgefangene, die zwangsweise arbeiten mussten, wurden nicht entlohnt. Sie waren in geschlossenen Lagern untergebracht, die nur für die Arbeitszeit verlassen werden durften.²²⁰

Für die zur Arbeit Gezwungenen galt der für Deutsche verbindliche Arbeitsschutz nicht. Sie waren den Entscheidungen der Arbeitgeber und der Arbeitseinsatzverwaltung rechtlos ausgeliefert. Von ihrem ehemals kargen Entgelt für ihre Tätigkeit wurde für Unterkunft, Verpflegung und Sondersteuern soviel abgezogen, dass kaum etwas übrig blieb.²²¹

Die als 15-jährige im November 1940 zum Arbeitseinsatz nach Berlin deportierte Stanislaw Michalowska erinnerte sich 1997 an eine Entlohnung von 50 Reichsmark im Monat, die aber nur im ersten Jahr gezahlt wurde, dann habe es gar keinen Lohn mehr gegeben. Arbeitsbeginn sei immer um 7.00 Uhr gewesen; der Arbeitstag dauerte zwischen acht und 36 Stunden, je nach Bedarf.²²² Eine ehemalige polnische Zwangsarbeiterin erzählt von lückerlichen Löhnen, von den viel abgezogen wurde „für die Decken, Strohsäcke, für die Abzeichen mit dem Buchstaben `P`, für die Suppe aus gelben Rüben, für Versicherung und andere Leistungen. Im Lager gab es keine medizinische Versorgung. Wenn wir die Lohnauszahlung quittierten, bekamen wir ein paar Mark, die gerade für das Briefpapier, Briefmarken und manchmal die Fahrt mit der Straßen- oder U-Bahn reichten.“²²³

Im Reichssteuerblatt vom 13. Dezember 1943 wurde u.a. der RdF-Erlass „Gewährung von Prämien an Ostarbeiter“ abgedruckt.²²⁴ Nach dem ersten Jahr Arbeitseinsatz sollte bei guter Arbeitsleistung eine Prämie in Höhe von 20 % gewährt werden, nach Vollendung des zweiten Jahres 30 % und nach dem dritten Jahr 50 %.

„Für die Auszahlung der Prämien kommen nur solche Ostarbeiterinnen und Ostarbeiter in Betracht, die von der Verpflichtung, das Ostarbeiterabzeichen auf der rechten Brustseite zu tragen, befreit sind. (Erlaß des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz vom 14. Juli 1943 – VI a 5780. 28/2728 – betr. Kennzeichnung der Ostarbeiter).“²²⁵

²²⁰ Füllberg-Stolberg 1994, S.12

²²¹ Kranig 1993, S.152

²²² Heisig 2000, S.206

²²³ Kosonowska zitiert nach Dollmann/ Eckelmann 2000, S.29

²²⁴ LAB Rep 229 S/ 298 (3.1)

²²⁵ LAB Rep. 229 S/ 298

Auch beim Akkordlohn wurden manche Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter schlechter gestellt als ihre „arischen“ Kollegen. So legte die Fa. Ehrich & Graetz AG am 21. Mai 1942 neue Richtlinien fest, nach denen der durchschnittliche Akkordlohn für „Juden und Russen“ um 20% niedriger ausfiel, als er in der Tabelle festgelegt war. Ausdrücklich mit den nichtjüdischen deutschen Belegschaftsangehörigen gleichgestellt wurden hingegen Holländer und Flamen.²²⁶ An die Auflage die „Ausländer“ voll zu verpflegen hat sich kaum eine Firma gehalten.

Die Firma Ehrich & Graetz AG hatte für den Transport von sowjetischen Zwangsarbeiterinnen vom Lager im Baumschulenweg in das Werk in der Elsenstraße in Trep-tow bei den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) Sonderwagen bestellt. Im Mai 1943 gab es Überlegungen diese kostspielige Einrichtung einzustellen. Alternativ wurde vorge-schlagen, könnten die „Russinnen“ für RM 5,- eine Kurzstreckenmonatskarte kaufen. Die individuelle Anreise zum Arbeitsplatz berge aber das Problem, dass laut einer Ver-fügung von der Gestapo und des Auswärtigen Amts nur fünf „Ostarbeiter“ pro Straßen-bahnwagen befördert werden durften, es also zu erheblichen zeitlichen Verzögerungen kommen würde. In einem Schreiben der Arbeitslagerverwaltung vom 8. Mai 1943 wird die Relevanz des Erhalts des Sonderwagens für den Transport der stets von Aufsichts-personal begleiteten (...) die sowjetischen Frauen aus Sicherheitsgründen herausgestellt. Von ihrem Lohn wurden ab diesem Zeitpunkt RM 3,- monatlich für den Transport ein-behalten, was eine Summe von 1150,- RM ergab. Daraus lässt sich eine Anzahl von et-wa 383 Zwangsarbeiterinnen im Lager Bauschulenweg errechnen. Am 23. Januar 1945 kündigte ein Angehöriger der Arbeitslagerverwaltung den Vertrag über die Bereitstel-lung eines Sonderwagens, der am 13. Oktober 1944 geschlossen worden war und für den ein Betrag von monatlich 1950,- RM erhoben wurde.²²⁷

Im „Leitfaden für die Lohngestaltung Eisen und Metall“, erstellt auf Wunsch des GBA vom Zentralbüro der DAF, Fachamt Eisen und Metall, der Reichsgruppe Indus-trie, Fachgemeinschaft Eisen und Metall, dem Reichsausschuss für Arbeitsstudien (Refa) und der Abt. III b im RAM, wird über die Entlohnung von zwangsweise Arbeitenden kein Wort verloren.²²⁸

²²⁶ LAB A Rep. 250-01-05, Nr.1-0201

²²⁷ LAB A Rep. 250-01-05, Nr.1-0112

²²⁸ LAB A Rep. 250-01-05, Nr.1-0202

Aus einer Aktennotiz vom 27. August 1942 der Krone & Co geht hervor, dass französische Kriegsgefangene 60% des Lohns für deutsche Arbeiter bekommen sollten.²²⁹ Vom Weihnachtsgeld waren sowjetische Arbeitskräfte ausgenommen, Angehörige anderer Nationen sollten ab 1942 bei Krone & Co 50% des für deutsche Arbeiter festgelegten Weihnachtsgeldes bekommen. Von der Fa. Krone & Co sind etliche Lohnabrechnungen für die französischen Arbeiterinnen und Arbeiter aus den Jahren 1943 bis 1945 überliefert. Von dem jeweils ermittelten Bruttolohn wurden die Lohnsteuer, die Sozialversicherung, und ein Teil für die DAF sowie ein Abschlag abgezogen. Weiterhin wurde Verpflegungsgeld durchschnittlich etwa in Höhe von RM 50,- bis 55,- einbehalten. Offenbar war hier auch die Lagerunterbringung enthalten.²³⁰ Das anscheinend nur 1943 ausgezahlte Weihnachtsgeld betrug RM 50,- und die französischen Arbeitskräfte erhielten monatlich eine Trennungszulage von RM1,50.

4. Lager

Im Stadtgebiet Berlins gab es bis zum Autobahnring als äußere Grenze über 1000 Lager, in denen ausländische Zivil- oder Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter untergebracht waren.²³¹ Sie waren über die ganze Stadt verstreut und für jedermann sichtbar. Gehäuft gab es Lager in Köpenick, Treptow, Steglitz und Charlottenburg.

Über die Einrichtung von Lagern entschied der GBI Speer. Betrieben wurden sie in der Regel von der DAF. Typisch war die Installierung von Holzbaracken. Die Belegungsdichte variierte nach der „rassischen Beurteilung“ der Bewohnerinnen und Bewohner. So belegten die zuständigen Einsatzbehörden die Baracken, wenn es sich um so genannte Ostarbeiterinnen und Ostarbeiter handelte mit wesentlich mehr Personen als bei Westeuropäern.²³² Generell war das Wohnen in den Baracken²³³ menschenunwürdig. Es gab nur eine Toilette und Waschgelegenheit, jegliche Intimsphäre fehlte und durch die einfach verglasten Fenster zog es im Winter.

²²⁹ LAB A Rep. 250-01-016, Nr.K-0-005

²³⁰ LAB A Rep. 250-01-16, Nr.K-0-006, Bd. 2

²³¹ Kubatzki 2001, S.10; Zur Topographie, Planungsgeschichte und Dokumentation der Lager in Berlin und Umland siehe ebenfalls Kubatzki 2001.

²³² Die „Ausstattungspläne für Barackenlager ausländischer Arbeiter“ sahen vier verschiedene Ausstattungsvarianten je nach „rassischer Beurteilung“ vor. Das Gefälle erstreckte sich über ZwangsarbeiterInnen aus Westeuropa, ZwangsarbeiterInnen aus Osteuropa, Kriegsgefangene bis hin zu Häftlingen. Kubatzki 2001, S.21

²³³ Es handelte sich überwiegend um RAD-Baracken. Für Kriegsgefangene wurde auch Pferdestallbaracken der Wehrmacht aufgebaut. (Kubatzki 2001, S.26f.) Möglicherweise handelt es sich um den Typus von Baracke der auch im KZ Buchenwald zur Unterbringung von Häftlingen benutzt wurde.

Große Firmen betrieben oft eigene Lager. Beispielsweise gab es in Siemensstadt ein großes Lager Nonnendammallee, Ecke Paulsternstraße, in dem viele Ukrainerinnen untergebracht waren. Seit Juli 1944 gab es ein Lager der Siemens-Schuckert-Werke (SSW) für 700 Frauen und 1400 Männer an der Gartenfelder Straße. Dort lebten eine große Anzahl ungarischer Jüdinnen und Juden seit Dezember 1944. Viele von ihnen starben bei einem Bombenangriff.²³⁴ Kleinere Firmen mieteten sich meist Plätze in größeren Lagern.

Es gab auch KZ-Außenlager bei Firmen wie bei Siemens in Spandau-Haselhorst. Dort standen Baracken, in denen u.a. sowjetische, norwegische, polnische und französische KZ-Häftlinge aus Sachsenhausen und Ravensbrück untergebracht waren.²³⁵ Weitere Unterkünfte für KZ-Häftlinge gab es seit Juli 1943 in der Streitstraße 5-10.

Die Lebensbedingungen der sowjetischen Lagerinsassen waren erbärmlich. Sie waren oft in von anderen Nationen getrennten Lagern untergebracht, so bei Daimler Benz in Marienfelde im sogenannten Lager D4 „Ost“, wo es viel Ungeziefer gab. Dort nahm ein russischer Arzt bei fast allen sowjetischen Schwangeren zwangsweise Abtreibungen vor. Zudem gab es immer wieder sexuelle Übergriffe und Vergewaltigungen durch die SS.²³⁶ Die unterschiedliche Behandlung von „Ost- und Westarbeitern“ zeigte sich auch bei der Unterbringung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern bei der Weserflug. Arbeitskräfte aus der Sowjetunion wurden in Barackenlagern, die sie nicht eigenständig verlassen durften, zusammengepfercht und, Gefangenen gleich, von Wehrmachtsangehörigen bewacht. Vermutlich genau diese Baracken beschrieb die ehemalige Zwangsarbeiterin Stanislaw Michalowska: „Die Baracke war in Stuben geteilt, in der jeweils acht Personen wohnten. Jede von uns bekam ein Holzbett mit einem Strohsack, einem Kissen und einer grauen Decke ohne Überzug. Betten und Bettzeug waren voller Wanzen.“²³⁷ Die ehemalige Zwangsarbeiterin Kazimiera Kosonowska erinnerte sich an ihre Ankunft in einem Lager in Adlershof: „Auf der gegenüberliegenden Straße gibt es Baracken, unsere neue Unterkunft. Als wir das Lagergelände betreten, sind wir über den unglaublichen Dreck und Gestank entsetzt.“²³⁸

²³⁴ Berliner Zeitung, 21.1.1993

²³⁵ Sandvoß 1988, S.93

²³⁶ Hopmann 1994, S.201

²³⁷ zitiert nach Heisig 2000, S.206

²³⁸ zitiert nach Dollmann/ Eckelmann 2000, S.25

Die „Westarbeiter“ lebten zwar ebenfalls in Massenunterkünften, die aber insgesamt einen etwas höheren Standard hatten. Zudem unterlagen sie keiner Bewachung, konnten sich also außerhalb der Arbeitszeit frei bewegen.²³⁹ Die DAF erhielt als Betreiberin für jede in ihren Lagern untergebrachte Arbeitskraft einen bestimmten Betrag. Beispielsweise zahlte die Fa. Deutsche Messingwerke Carl Evekling im Dezember 1943 pro Person 15,40 RM im DAF-Lager Königsheide.²⁴⁰

Oftmals wurden Zwangsarbeitskräfte in nach Nationalitäten²⁴¹ getrennten Lagern untergebracht, so gab es bei der Firma Ehrich & Graetz AG beispielsweise im Baumshulenweg/Köpenicker Landstraße 208-218 ein „Russinnenlager“.²⁴² Aus diversen im Nachlass der Firma überlieferten Schreiben geht hervor, dass das am 1. Januar 1943 in Betrieb genommene Lager zunächst mit Stacheldraht umzäunt war. Im Frühjahr 1943 sollte die Stacheldrahtumzäunung durch einen von außen braun gestrichenen Bretterzaun ersetzt werden. Neben den Unterkunfts-, Wohn- oder Mannschaftsbaracken gab es eine Küchen- und Vorratsbaracke, drei Kranken- und Waschbaracken, eine Verwaltungsbaracke und drei Toilettenbaracken. Für 30 russische Frauen wurde ein Wachmann abgestellt. Weil, wie es in einer schriftlichen Vereinbarung zwischen der Gestapo und hochrangigen Vertretern der Firma Ehrich & Graetz AG vom 19. Juni 1942 hieß, diese Arbeiterinnen als Gefangene galten, durften sie das Lager grundsätzlich nicht alleine verlassen. Um die Bewachung zu vereinfachen, sollten Russinnen und Russen geschlossenen beschäftigt werden. Sowohl den Wachkräften als auch der deutschen Belegschaft wurde jeglicher Kontakt mit den Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern untersagt und bei Nichtbeachtung staatspolizeiliche Maßnahmen angedroht.

²³⁹ Heisig 2000, S.205

²⁴⁰ LAB A Rep. 250-01-03, Nr.7

²⁴¹ Als sowjetische Zwangsarbeiterinnen bei Osram eintrafen, monierte das Gestapo, dass diese nicht räumlich von den französischen Arbeitskräften getrennt untergebracht wurden. Daraufhin verlegte man die französischen Arbeitskräfte in ein anderes Lager. (Reiher 1993, S.174)

²⁴² LAB A Rep. 250-01-05, Nr.1-0112; In dieser Akte ist die Entstehungsgeschichte dieses Lagers für Russinnen ausführlich dokumentiert. Das Gelände für dieses Lager, ein Sportplatz, wurde aufgrund des Wehrleistungsgesetzes vom bisherigen Pächter, dem Treptower Turnverein 1899 e.V., beschlagnahmt. Vorausgegangen war die Anfrage der Fa. Ehrich & Graetz AG an die Rüstungsinspektion III, Abteilung 1 R, Herrn Dr. Schneider nach einem Gelände für ein Wohnbarackenlager mit der Begründung, „der stärkere Abgang unserer arischen Arbeitskräfte“ sowie die gerüchteweise bevorstehende geschlossene betriebweise Unterbringung von jüdischen Arbeiterinnen und Arbeitern machten die Errichtung von Wohnbaracken unumgänglich. Die Zuweisung an die Firma Ehrich & Graetz AG erfolgte durch die Rüstungsinspektion III. Die Errichtung des Lagers mit reichseigenen Baracken und reichseigener Ausstattung wie Besteck, Handtücher, Kartoffelsiebe etc. geschah „in Gemeinschaft mit dem Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt, Sachbearbeiter Herr Krüger Berlin NW.40, Alsenstr.2“ und wurde am 16. Juli 1942 der DAF, Sonderdienststelle Lagerbau, Berlin C.2., Neue Grünstr.10-11 ordnungsgemäß von der Graetz Aktiengesellschaft mitgeteilt.

Aufschlussreich ist, dass an dieser Stelle nicht mit juristischen Konsequenzen, sondern mit staatspolizeilichen Maßnahmen gedroht wird.

Nach einer drei- bis vierwöchigen Quarantäne konnte es sowjetischen Arbeitskräften gestattet werden, in Begleitung einer Wachperson in Gruppen bis zu fünf Personen „ausgeführt [zu] werden.“²⁴³ In der Anordnung war ein Mustertext für einen Ausweis abgedruckt, den die deutsche Wachperson mitführen musste. Er lautete wie folgt:

„Das deutschen Gefolgschaftsmitglied Willi Müller hat den Auftrag, 5 russische Zivilarbeiter bzw. –arbeiterinnen am 1.7.1942 in der Zeit zwischen 18 und 19 Uhr auszuführen. Im Einvernehmen mit der Staatspolizei ist er sogar berechtigt Verkehrsmittel zu benutzen. Alle Behörden und Beamten werden gebeten, ihn im Notfalle tatkräftig zu unterstützen. Firmenstempel und Unterschrift.“²⁴⁴

Neben den Lagern, deren Größe stark variierte, gab es eine Reihe anderer Unterbringungsmöglichkeiten. So wurden in Berlin Säle von Ausflugslokalen in Unterkünfte für Fremdarbeiter umfunktioniert. Der Gastronomiebetrieb ging eingeschränkt weiter.²⁴⁵ Zwangsarbeiterinnen, die als Kindermädchen eingesetzt wurden, wohnten, genau wie die in der Landwirtschaft Beschäftigten, oftmals bei ihren Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern. Ausnahmsweise wurden auch Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus westeuropäischen Ländern privat untergebracht. Dies traf dann zu, wenn kein Lager oder keine Lagerkapazität vorhanden war.

5. Hunger

Der Hunger war ein ständiger Begleiter. Neben den Bombenangriffen ist der Hunger das Zentralste, an das sich ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter auch nach Jahren noch erinnern.²⁴⁶ Die Versorgungslage verschlechterte sich im Laufe des Krieges und wurde gegen Kriegsende besonders prekär. In mehreren Erinnerungen wird berichtet, dass es in vielen Lagern nicht mehr einen Grashalm gab, alles wurde gegessen.²⁴⁷

²⁴³ A. Rep. 250-01.05, 1-0052

²⁴⁴ A. Rep. 250-01.05, 1-0052

²⁴⁵ Noack 1998, S.55ff.

²⁴⁶ Just 1998, S.109

²⁴⁷ Just 1998, S.110

Lebensmittel gab es nur gegen entsprechende Marken und in völlig unzureichenden Mengen.²⁴⁸

Die unterschiedliche Behandlung von west- und osteuropäischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern schlug sich auch in der Verpflegung nieder. Bei Daimler Benz, Marienfelde nahmen die französischen Zwangsarbeiter bis Ende 1943 mit den deutschen Arbeitern in deren Kantine ihre Mahlzeiten ein. Dann mussten sie in einer separaten Ausländerkantine essen, wobei sich sowohl die Qualität als auch die Quantität der Mahlzeiten erheblich verschlechterte.²⁴⁹ Außer den Arbeiterinnen und Arbeitern aus der Sowjetunion hatten alle die Erlaubnis Lebensmittelpakete zu erhalten. Solche Pakete waren überlebenswichtig²⁵⁰

Die „Ostarbeiter“ der Weserflug wurden offenbar im Gegensatz zu den „Westarbeitern“ wesentlich schlechter ernährt. Die ehemalige Zwangsarbeiterin Stanislawa Michalowska erinnert sich an etwas Brot zum Frühstück und zum Abendessen dazu einen Klecks Marmelade oder wenig Käse. Mittags gab es in der Fabrik ein paar Pellkartoffeln mit wenig Soße und ab und zu 20 g Fleisch.²⁵¹

Zwangswise Arbeitende bei Siemens-Plania bekamen grundsätzlich nur die Hälfte der Ration der deutschen Beschäftigten.²⁵² Wie unmenschlich die Haltung gegenüber den Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern meist war, zeigt sich an einem weiteren Beispiel aus der Firma Siemens-Plania. 1944 wurde im Lichtenberger Werk angewiesen, die italienischen Militärinternierten besser zu ernähren, allein um ihre Arbeitskraft zu erhalten.²⁵³ Es lassen sich in vielen Firmennachlässen Schriftstücke finden, in denen genau diese Erwägungen - wie viele Kalorien ein Mensch zum Erhalt seiner Arbeitskraft benötigt - dokumentiert sind. Stets war es das ökonomische Kalkül, welches den Ausschlag zu einer Kalorienerhöhung gab.

Am schlechtesten erging es den KZ-Häftlingen. In der Regel trugen die Betriebe nichts dazu bei, ihre Situation auch nur minimal zu verbessern.

²⁴⁸ zitiert nach Dollmann/ Eckelmann 2000, S.35

²⁴⁹ Hopmann 1994, S.204

²⁵⁰ Heine 1998, S.132

²⁵¹ Heisig 2000, S.205

²⁵² Voigt 2001 a, S.165

²⁵³ Voigt 2001 a, S.165

Ein ehemaliger KZ-Häftlinge erinnerte sich, dass Siemens lediglich einmal täglich eine dünne Wassersuppe ausgegeben habe.²⁵⁴ Immer wieder versuchten zur Arbeit Gezwungene sich außerhalb der Hungerrationen zusätzlich mit Nahrung zu versorgen.

Im „Ausländerlager Baumschulenweg“ der Fa. Ehrich & Graetz AG wurde am 20. Januar 1943 von Herrn Daug verfügt, zwecks Vermeidung von Plünderungen einige Vorratsräume mit Sicherheitsschlössern zu sichern.²⁵⁵

6. Hygiene

Die hygienischen Verhältnisse in den Lagern waren katastrophal. Ein bei Daimler-Benz in Marienfelde beschäftigter Italiener beschreibt die Lebensumstände im Lager: „Waschen konnten wir uns nicht, da wir nie Seife hatten. Unsere Kleidung war voller Läuse. (...) Wir waren immer voller Ungeziefer: Flöhe und furchtbar viel Wanzen. (...) Duschen hatten wir nicht. Toiletten befanden sich draußen.“²⁵⁶ Auch Kazimiera Kosowska berichtet von Wanzenbefall in den Baracken, die quälend juckenden Schorf auf Armen und Beinen verursachten.²⁵⁷

Das Gutachten des staatlich geprüften Schädlingsbekämpfers Bernhard Gleißner vom 4. November 1942 für die geplante „Entwesungsanlage“ (Desinfektionsanlage) im Lager der Ehrich & Graetz AG lässt tief blicken, welche katastrophalen hygienischen Zustände bereits in der Planungsphase für das Lager einkalkuliert wurden:

„Dabei ist zu berücksichtigen, dass die nackten Leute sich in dem vorgesehenen Waschraum für `Unreine` und in dem Entlassungsraum für `Reine` insgesamt 4 Stunden aufhalten müssen, (...) Gleich nach dem Betreten des Waschraumes für Unreine müssen die Leute sich entkleiden, die Sachen durch eine Eingangstür in den Entwesungsraum geben und sich Kopf- und Schamhaare mit Aulin oder Cuprex, 2 Präparate der IG-Farben, kräftig einreiben und eine Viertelstunde später unter Zuhilfenahme heißen Wassers und Schmierseife gründlich reinigen.“

²⁵⁴ Sandvoß 1988, S.93

²⁵⁵ LAB A Rep.250-01-05, Nr.1-0112

²⁵⁶ Hopmann 1994, S.203

²⁵⁷ zitiert nach Dollmann/ Eckelmann 2000, S.29

7. Soziale Beziehungen

Kazimiera Kosonowska berichtet von der Freundschaft zwischen einigen jungen Polen, die in einem Männerlager in Grünau lebten und ihr und ihren Freundinnen. Diese Freundschaft sei gerade aufgrund der großen Hoffnungslosigkeit für den Lebensmut sehr wichtig gewesen.

Jeden Sonntag holten die jungen Männer sie in ihrem Lager ab und zeigten ihnen die Stadt. In den Straßen sah man viele solcher Gruppen von jungen Leuten unterschiedlicher Nationalitäten.²⁵⁸

Die Sorge um die Familie war für viele Zwangsverschleppte eine große Belastung. In der bereits erwähnten Anweisung²⁵⁹ aus dem Nachlass der Metallwaren-Fabrik Ehrich & Graetz A.G. vom 19. Juni 1942 geht hervor, dass Arbeitskräfte aus der Sowjetunion lediglich etwa zweimal monatlich nach Hause schreiben durften. Die Briefe mussten kurz und deutlich geschrieben sein und offen abgegeben werden. Die Betriebsführung war angehalten, den Inhalt nach „strengen Maßstäben“ zu überprüfen. „Wenn die Post nicht einwandfrei oder eine Versendung nicht möglich, Post sammeln und bündeln und die Russen in dem Glauben lassen, die Post ist abgegangen.“ Auch die eingehende Post wurde geprüft. Das Empfangen von Feldpost war streng verboten.

Von Seite der Firma Ehrich & Graetz AG wurde versucht, die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter nicht nur nach Nationalität, sondern auch nach Geschlechtern zu trennen. Der Mitarbeiter Daug wollte vermeiden, dass die Lagerbauarbeiten bei Einzug der so genannten „Ostarbeiterinnen“ noch andauerten „...“, damit wir später nicht wochenlang in dem voll besetzten Russinnenlager eine Anzahl von Männern zu beschäftigen brauchen.“²⁶⁰ Der Hauptgrund für die Trennung war wahrscheinlich die Absicht, Schwangerschaften zu verhindern. Neben der Tatsache, dass Schwangere nicht so hart arbeiten können, war die Annahme Bürgerinnen aus der Sowjetunion seien „rassisch“ minderwertig und sollten daher keine Kinder bekommen, weit verbreitet.

²⁵⁸ zitiert nach Dollmann/ Eckelmann 2000, S.29

²⁵⁹ LAB A Rep. 250-01-05, Nr.1-0052

²⁶⁰ LAB A Rep.250-01-05, Nr.1-0112

Manch eine ausländische Arbeiterin, die (zunächst) freiwillig zum Arbeiten ins Deutsche Reich kam, tat dies, um ihren in Kriegsgefangenschaft lebenden Angehörigen nahe zu sein.²⁶¹

8. Freizeit

Die Angaben zu den Möglichkeiten der Freizeitgestaltung weichen innerhalb von Zeitzeugenberichten und innerhalb der Forschung stark voneinander ab. Von den ungleichen Bedingungen für west- und osteuropäische Zwangsarbeitende berichten viele ehemalige Zwangsarbeiter. „Anders als die ebenfalls bei der Knorr-Bremse beschäftigten Tschechen, Polen und Russen konnten sich die Niederländer, Belgier und Franzosen in ihrer wenigen Freizeit relativ frei in Berlin bewegen.“²⁶² Kino- und Theaterbesuche waren ihnen ebenso möglich wie der Besuch von Gaststätten und Sportveranstaltungen, jedoch waren sie meistens viel zu müde und damit beschäftigt, sich ihr Überleben zu organisieren, als dass sie ihre knappe Freizeit für solch kulturelle Beschäftigungen nutzen konnten.²⁶³

Hopmann schreibt, dass neben Kinovorstellungen das Besuchen von Fußballspielen von ausländischen Mannschaften beliebt gewesen sei. Die Werkleitung habe ihrer Belegschaft Theater- und Operettenbesuche angeboten, die auch den westeuropäischen Arbeitern offen standen. In den Lagern selbst hatten sich einige Arbeiter in Gruppen zusammengeschlossen, um kulturelle Veranstaltungen zu organisieren.²⁶⁴ Der Besuch von Gottesdiensten war für osteuropäischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter verboten. Die Polin Daniela Pawlusiewicz berichtet hingegen von Kirchenbesuchen.²⁶⁵

Es war Polinnen und Polen verboten ins Kino zu gehen oder sich in einem Fotostudio ablichten zu lassen. Manche nahmen das „P“ von der Kleidung ab und gingen heimlich ins Kino oder behaupteten gegenüber dem Fotografen aus der Ukraine zu kommen, denn für die galt das Verbot offenbar nicht.²⁶⁶

²⁶¹ BArch R 3901/20.168

²⁶² Reedt Dortland 2001, S.136

²⁶³ In der Propagandaschrift des Sauckel Vertrauten Didier wird die vermeintlich bessere Lage der AusländerInnen im Verhältnis zu den Deutschen folgendermaßen begründet: „Haben sie gegenwärtig nicht vielerlei den Deutschen voraus? Zumeist in der Nähe der Arbeitsstätte untergebracht, in der Lagerküche vorzüglich gepflegt, gehört nach der Schicht der Feierabend ihnen.“ (Didier 1943, S.36)

²⁶⁴ Hopmann 1994, S.203

²⁶⁵ Dollmann/ Eckelmann 2000, S.35

²⁶⁶ Dollmann/ Eckelmann 2000, S.45

Schlüssige Interpretationen der Motive, den kargen Lohn ausgerechnet in Fotos zu investieren, liefern Susanne Eckelmann und Cord Pagenstecher. Ohne Bezugsmarken konnte von dem wenigen Lohn sowieso nichts Nützliches erworben werden. Die Fotos, die nicht nur beim Fotografen, sondern auch in Automaten oder selbst aufgenommen wurden, zeigen zumeist entspannt aussehende Gruppen junger Menschen in ihrer Freizeit.

Mit diesen „harmlos“ wirkenden Fotos sollte die Familie beruhigt werden. Gleichzeitig konnte es ein Mittel sein, der permanenten Demütigung durch die Deutschen etwas entgegen zusetzen, indem man sich in einer selbstbewussten Pose inszenierte.²⁶⁷

Westeuropäischen und tschechischen Arbeitskräften war der Besitz einer Kamera gestattet, Arbeitskräften aus Polen und der Sowjetunion hingegen verboten.²⁶⁸ Problemlos sei der Frisörbesuch gewesen.²⁶⁹ Sowjetischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter durften nicht in Kinos gehen und das Lager nur sonntags verlassen. Ihre knappe Freizeit nutzten sie oft, um auf dem Schwarzmarkt Lebensmittel zu kaufen.²⁷⁰

In einem Rundschreiben der DAF vom 19. Oktober 1944 wurde die Einführung eines Ausgehverbots für die Zeit von 20.00 bis 5.00 Uhr für den Gaubereich Berlin auch für diejenigen ausländischen Arbeitskräfte angeordnet, die aus dem Protektorat Böhmen-Mähren stammen. Angeblich „zum Schutze der Nachtruhe aller Lagerinsassen“ und „zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit“ erlassen, waren möglicherweise eher Sicherheitsbedenken ausschlaggebend. Ausgenommen von dem Erlass waren „Volkdeutsche“, also Inhaber eines Ausweises der Volksdeutschen Mittelstelle und ausländische Arbeitskräfte sofern sie bereits vor Kriegsbeginn im Reich beschäftigt waren.²⁷¹

Propagandistisch wurde versucht, mit zu diesem Zweck aufgelegten Zeitungen auf die ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter einzuwirken. Kernstück dieser Propaganda war die Suggestion „Europa“ arbeite geschlossen im Deutschen Reich, um die „bolshewistische Gefahr“ zu bekämpfen.²⁷²

²⁶⁷ Eckelmann/ Pagenstecher 2000, S.13ff.

²⁶⁸ Eckelmann/ Pagenstecher 2000, S.14

²⁶⁹ Dollmann/ Eckelmann 2000, S.45

²⁷⁰ Hopmann 1994, S.203

²⁷¹ LAB Rep 227-02 70, AEG (3.1)

²⁷² Zynisch schreibt Sauckel im Vorwort des Propagandawerks von Friedrich Didier „Europa arbeitet in Deutschland“: „Man muß beobachtet haben, wie ehrfürchtig und nachdenklich fremde Arbeiter und Arbeiterinnen in großen deutschen Betriebsstätten die Bildnisse des Führers ansehen. Was mag in ihnen

So war beispielsweise die russischsprachige in Berlin erscheinende Zeitung „Neues Wort“ mit antistalinistischen Karikaturen vermutlich extra für die im Reich zwangsweise Arbeitenden aufgelegt worden.²⁷³

1942 gab das RSHA in der Publikation „Lagerführer-Sonderdienst“ eine Liste mit 100 fremdsprachigen Sendern aus besetzten Ländern bekannt, die im Lager gehört werden durften. Alle diese Sender wurden von den deutschen Besatzern kontrolliert.²⁷⁴

9. Luftangriffe

Der Schutz vor Bombardierungen in den Lagern war zwar detailliert geregelt, jedoch unterschieden sich in keinem Bereich des Lagerbaus Verordnungen und Praxis mehr als hier.²⁷⁵ Die typischen Holzbaracken hielten nicht nur keinem nennenswerten Druck stand, sie brannten auch noch besonders schnell lichterloh. Luftangriffen waren Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in aller Regel völlig schutzlos ausgeliefert, da ihnen der Zugang zu Luftschutzräumen verwehrt blieb. In manchen Lagern gab es Splitterschutzgräben, die einen im Vergleich zu den Luftschutzkellern, kaum Schutz boten. Für Lager bis zu 50 Plätzen lassen sich für Berlin keinerlei dieser Splitterschutzgräben nachweisen.²⁷⁶ Die zur Arbeit in Berlin gezwungene Kazimiera Kosonowska berichtete von den Bombardierungen 1943 und den Splitterschutzgräben:

„Die Bombardierungen begannen im Januar und wir wussten darüber nicht viel. Als die Sirenen heulten, wurde der Strom abgeschaltet, und die Wachmänner trieben uns in den Luftschutzraum hinunter. Das waren ausgehobene Gräben hinter den Baracken, mit befestigten Wänden, von oben mit Brettern zugedeckt und mit Erde zugeschüttet. Unter diesen schrecklichen, grabähnlichen Bedingungen mussten wir den Luftangriff abwarten, während in der Nähe Bomben explodierten. In dem Raum war es stickig. Nach jeder Explosion fiel der Schutt herunter, und wir waren vor Angst wie gelähmt.“²⁷⁷

vorgehen? Rufen sie sich das heuchlerisch grinsende Lügengesicht Churchills, die gleißnerisch abgefärbte plutokratische Larve Roosevelts oder gar die Massenmördervisage Stalins ins Gedächtnis zurück, so fühlen sie genau – und wenn sie es selbst auch nie aussprechen mögen –, daß sich hier zwei Welten gegenüberstehen und dass, auch um ihrer selbst willen, nur die Welt Adolf Hitlers siegen darf.“ (1943, S.8)

²⁷³ LAB A Rep. 250-01-05, Nr.1-1/01 Bd.1; Für die deutsche Belegschaft der Ehrlich & Graetz AG gab es seit Kriegsbeginn den “Graetz Kamerad, Feldpostnachrichten Ehrlich & Graetz Werkgemeinschaft Berlin SO 36”. Auf der Titelseite dieser Erbauungsschrift war stets ein Soldat und ein Facharbeiter beim Händedruck abgebildet. LAB A Rep.250-01-05, Nr.1-1/05

²⁷⁴ Schiller 1997, S.112

²⁷⁵ Kubatzki 2001, S.19

²⁷⁶ Kubatzki 2001, S.19

²⁷⁷ Dollmann/ Eckelmann 2000, S.28

In dem von Peter Matha geleiteten „Ausländerlager Baumschulenweg“ der Fa. Ehrich & Graetz AG gab es die behördlich vorgeschriebenen Splitterschutzgräben, in denen offenbar Bänke standen. Ansonsten beschränkte sich der Luftschutz auf Brandverhütung. Für diesen Zweck forderte der Mitarbeiter, Herr Daug, für die zwei Hydranten je einen Feuerwehrschauch an.

Des weiteren sollten für die 18 Unterkunftsbaracken die notwendige Anzahl an „Feuerlöscher, Feuerpatschen, Einreißhaken, Spitzhacken, Handspritzen, Wassereimer, Papiersäcke für Sand, große Beile, Blattsägen, Stahlhelme und evtl. Gasmasken“²⁷⁸ besorgt werden.

Aufgrund der zunehmenden Bombardierungen durch die Alliierten ab Mitte 1942 wurden die Rüstungsproduktionsstätten innerhalb des Reichsgebiets dezentralisiert.²⁷⁹ Ab Ende 1943, der Phase des „Totalen Krieges“, wurde die Verlagerung von Rüstungsproduktion in unterirdische Produktionsstätten forciert.²⁸⁰ Infolge des für Zwangsrekrutierte bestehenden Verbots, bei Fliegeralarm Luftschutzkeller aufzusuchen, starben vor allem während der Luftschlacht über Berlin vom November 1943 bis zum März 1944 überdurchschnittlich viele von ihnen, oft in Splitterschutzgräben. Auch lebensgefährliche Aufräumarbeiten mussten Zwangsarbeitskräfte verrichten.²⁸¹ Laurenz Demps schätzt, dass in Folge der mangelhaften Luftschutzvorrichtungen in den Lagern ein Viertel aller Toten der Luftangriffe auf Berlin ausländische Zwangs- und Zivilarbeiterinnen und -arbeiter waren.²⁸²

10. Schwangerschaft/ Krankheit/ Rückbeförderung/ Tötung

Bis 1942 wurden schwangere Arbeiterinnen aus der Sowjetunion zurückdeportiert. Nach einem Erlass des GBA vom 15. Dezember 1942²⁸³ sollten sie im Reich verbleiben. Viele wurden zu Schwangerschaftsabbrüchen gezwungen. Formal war es allen „Ostarbeiterinnen“ freigestellt, eine Abtreibung zu beantragen. Faktisch kam der erzeugte Druck einem Zwang gleich.

²⁷⁸ LAB A Rep.250-01-05, Nr.1-0112

²⁷⁹ Freund 1994, S.21f.

²⁸⁰ Fröbe 1991, S.353

²⁸¹ Fuchslocher 1998, S.89ff.

²⁸² Demps 1999, S 26

²⁸³ Hamann 1985, S.130

Dieser Antrag ging an die Gutachterstelle für Schwangerschaftsunterbrechungen der zuständigen Ärztekammer. Die Gutachterstelle stimmte sich mit den Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums ab und beauftragte ggf. einen Arzt mit der Schwangerschaftsunterbrechung. Diese Zustimmung wurde nur bei solchen Schwangeren verweigert, bei denen „gutrassiger“ Nachwuchs erwartet wurde. Geprüft wurde dies durch „Eignungsprüfer“ des Rasse- und Siedlungshauptamts der SS.

Bei diesen Kindern sollte die Zustimmung der Mütter erwirkt werden, dass sie getrennt von ihren Müttern in deutschen Familien aufwachsen sollten.²⁸⁴ Kinder von sowjetischen Zwangsarbeiterinnen, die als „schlechtrassig“ galten, sollten auch von den Müttern getrennt werden und in „Ausländerkinderpflegestätten“²⁸⁵ untergebracht werden. Dort ließ man sie im Grunde verhungern. Offenbar gab es keine genaue Direktiven, wie mit den unerwünschten Kindern zu verfahren war. Die Sterblichkeit war sehr hoch vor allem aufgrund der völlig unzureichenden Ernährung. Regelungsbedarf im Umgang mit den Kindern mahnte ein Mitarbeiter der NSDAP-Reichsleitung, Hauptamt für Volkswohlfahrt im August 1943 in einem Schreiben an Himmler an:

„Entweder man will nicht, dass die Kinder am Leben bleiben – dann soll man sie nicht langsam verhungern lassen und durch diese Methode noch viele Liter Milch der allgemeinen Ernährung entziehen; es gibt dann Formen, dies ohne Quälerei und schmerzlos zu machen. Oder aber man beabsichtigt, die Kinder aufzuziehen, um sie später als Arbeitskräfte verwenden zu können. Dann muss man sie aber auch so ernähren, dass sie einmal im Arbeitseinsatz vollwertig sind.“²⁸⁶

Die ehemalige Zwangsarbeiterin Kazimiera Kosonowska erinnert sich an eine Leidensgenossin, die im Lager ein Kind gebar. Statt in der Produktion zu arbeiten war sie für die Reinhaltung der Baracken verantwortlich.²⁸⁷ Bernd Bremberger hat für den Bezirk Neukölln ermittelt, dass 1943 jedes zehnte Kind von einer Zwangsarbeiterin geboren wurde.²⁸⁸

Nur Vertrauensärzte der Krankenkassen waren befugt, Zwangsrekrutierte krank zu schreiben. Atteste von niedergelassenen Ärzten galten nicht als Krankschreibung und mussten von den Vertrauensärzten bestätigt werden.

²⁸⁴ Hamann 1985, S.130f.

²⁸⁵ Eine Auflistung der bislang bekannten Ausländerkinderpflegestätten gibt es auf der Seite: www.kriegegenkinder.de

²⁸⁶ Hamann 1985, S.133

²⁸⁷ Dollmann/ Eckelmann 2000, S.28

²⁸⁸ Bremberger 2000, S.23

In einer innerbetrieblichen Mitteilung der Krone & Co, die am 13. Juni 1944 an drei Adressaten ging hieß es dazu: „Erfahrungsgemäß schreibt der Vertrauensarzt der Krankenkasse die vom Arzt als arbeitsunfähig geschriebenen Ausländer in den weitaus meisten Fällen wieder gesund.“²⁸⁹

Bis zum Überfall auf die Sowjetunion wurden nicht mehr einsatzfähige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter mit dem regulären Zugverkehr in ihre Herkunftsländer zurückbefördert. Nach dem Einmarsch in die Sowjetunion war das aus Sicht der Nationalsozialisten aus zwei Gründen so nicht mehr praktikabel. Erstens stieg der Arbeitskräftemangel in der deutschen Wirtschaft stetig an, was zur Folge hatte, dass die Kriterien für Arbeitsunfähigkeit zuungunsten der zwangsweise Arbeitenden verschoben wurden, zweitens rollten vermehrt mit „kriegswichtigen“ Gütern beladene Züge Richtung Osten. Personenzüge wurden dementsprechend nachrangig eingesetzt, Plätze waren daher rar. In einem Schnellbrief des GBA vom 16. Oktober 1942 an die Präsidenten der Landesarbeitsämter mit dem Betreff „Nichteinsatzfähige Ostarbeiter“ betont dieser vor allem den Mangel an Arbeitskräften, der eine genauere ärztliche Überprüfung von vermeintlich arbeitsunfähigen „Ostarbeitern“ notwendig machte:

„Bei der angespannten Einsatzlage ist die Rückführung beschränkt Einsatzfähiger nicht zu vertreten (...). Es ist vielmehr anzugeben, für welche Arten von Arbeiten bei Berücksichtigung der vorliegenden Mängel noch Einsatzfähigkeit besteht. (...) Sofern die Einsatzfähigkeit mit vertretbarem Aufwand oder nach verhältnismäßig kurzer Behandlung – bis zu einer Höchstdauer von etwa acht Wochen – wieder hergestellt werden kann, ist von der Rückführung ebenfalls abzusehen. (...) Bei der Entscheidung ob die Wiederherstellung der Einsatzfähigkeit – auch beschränkter Einsatzfähigkeit – lohnt, ist zu berücksichtigen, dass die Ostarbeiter dem Reich ohne zeitliche Beschränkung zur Verfügung stehen. Ist die Einsatzfähigkeit (...) nicht oder nur mit sehr erheblichem Aufwand oder nur nach langer Behandlung herzustellen, so ist die Rückführung anzuordnen, ...“²⁹⁰

Das galt allerdings nur für transportfähige Zwangsarbeitskräfte. Der GBA wies in dem Schnellbrief weiterhin an, transportunfähige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter „auszusondern und bis zur Wiederherstellung der Transportfähigkeit zu behandeln.“²⁹¹

Die Behandlung sollte in öffentlichen Krankenhäusern erfolgen.

²⁸⁹ LAB A Rep. 250-01-16, Nr.K-0-006, Bd. 1

²⁹⁰ BArch R 3901/ 20.143

²⁹¹ BArch R 3901/ 20.143

Der GBA hatte am 27. März 1942 in einen Runderlass den Bau von Krankenbaracken zur Erweiterung von Krankenhäusern angeordnet. So sollten etwa 30000 Betten zusätzlich bereitstehen. Die Krankenbaracken in den Durchgangslagern der Landesarbeitsämter sollten nur notfalls in Anspruch genommen werden, „damit die Krankenbaracken der Durchgangslager ihrer eigentlichen Aufgabe, nämlich der Aussonderung erkrankter Arbeitskräfte aus neu ankommenden Transporten, nicht entzogen werden.“²⁹²

Grundsätzlich sollten „krankenhauspflegebedürftige Ostarbeiter“ in Krankenhäuser oder Krankensammellager verlegt werden.²⁹³ Ein solches Krankensammellager zur Konzentration arbeitsunfähiger Menschen aus der Sowjetunion existierte in Blankenfelde. Nachdem der letzte Transport im Oktober 1942 das Lager verlassen hatte, füllte sich das Lager, ohne dass Kapazitäten für die Neuankömmlinge geschaffen wurden. Aufgrund der hohen Belegung und der katastrophalen Verhältnisse brach Typhus aus. In einem Bericht von einem unbekanntem Autor heißt es dazu: „Als dort der Typhus ausbrach, wurden die Baracken geschlossen und wenn es jemand wagte, sich zu zeigen, so wurde ohne Warnung geschossen. Frauen in anderen Umständen mussten ihre Kinder im besten Fall auf dem Fußboden, sonst aber auf der Erde zur Welt bringen. Es gibt dort Kranke, die buchstäblich verfaulen. Die neugeborenen Kinder erhalten als einzige Ernährung ein Viertel Liter Milch auf fünf Tage.“²⁹⁴

In Mahlow gab es ein „Ausländerkrankenhaus“. Dort sind im Standesamt 1800 verstorbene Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter dokumentiert.²⁹⁵ Der Siemenskonzern betrieb ein eigenes „Ausländerkrankenhaus“, das „Scheringhaus“ am S-Bahnhof Jungfernheide, wo sowjetische Frauen ab 1942 entbunden haben.²⁹⁶ Die ehemalige Zwangsarbeiterin Wladyslaw Lepieszka verbrachte aufgrund einer Krankheit mehrere Monate im Urbankrankenhaus in Kreuzberg.²⁹⁷ Inwiefern arbeitsunfähige Zwangsrekrutierte zu diesem Zeitpunkt getötet wurden, ist ungewiss. Spätestens Ende des Jahres 1942 begann jedoch die systematische Tötung von arbeitsunfähigen, psychisch kranken Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern.

²⁹² BArch R 3901/ 20.143

²⁹³ BArch R 3901/ 20.143

²⁹⁴ Tafel „Lebensbedingungen“ in der Ausstellung „Geraubte Zeit. Zeugen der Zwangsarbeit im Nordosten Berlins 1938-1945. Ausstellungsprojekt im Rahmen des Projekts Berliner Regionalmuseen „Zwangsarbeit in Berlin 1938-1945“. 1. März – 14. Juli 2002. Dort wird die Quelle mit Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Politische Abteilung, Pol V, AZ:611/9-19, Bd. R 104587 angegeben.

²⁹⁵ Kienzl 2001

²⁹⁶ Tafel „Frauen, Kinder und Familien“ in der Ausstellung „Geraubte Zeit. Zeugen der Zwangsarbeit im Nordosten Berlins 1938-1945. Ausstellungsprojekt im Rahmen des Projekts Berliner Regionalmuseen „Zwangsarbeit in Berlin 1938-1945“. 1. März – 14. Juli 2002.

²⁹⁷ Dollmann/ Eckelmann 2000, S.45

Kurz nach dem Einmarsch in Polen wurde damit begonnen, polnische Psychiatricpatientinnen und -patienten zu ermorden. Als bald wurde das Euthanasieprogramm auch auf dem Gebiet des „Altreichs“ gestartet. Im Frühjahr 1940 existierten bereits vier Vergasungsanstalten der Aktion T 4.

Polnische Zwangsarbeitskräfte, die psychisch auffällig wurden, transportierte man dennoch zurück nach Polen.²⁹⁸ Bereits 1941 gab es aufgrund kriegsbedingter Transportengpässe temporäre Aufnahmestopps von psychisch Kranken im „Generalgouvernement“. Ende 1942 schaltete sich der Euthanasieverwaltungsapparat unter der Tarnorganisation „Gemeinnützige Krankentransportgesellschaft“ (Gekrat) in das Rückführungsverfahren ein.²⁹⁹ Um die Morde an polnischen und sowjetischen psychisch auffälligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern zu verschleiern, wurde das Rückbeförderungsverfahren nicht mehr von den Arbeitsämtern oder Anstalten durchgeführt, sondern von der Gekrat, die vorspiegelte, diese Zwangsarbeiter zunächst in Zwischenstationen zu konzentrieren. Tatsächlich verbrachte die Gekrat diese Menschen in T 4 - Tötungsanstalten.³⁰⁰

Dieses Verfahren wurde im September 1944 auch offiziell eingeführt. Nach außen hin nannte man die Orte, an die die zwangsweise Arbeitenden gebracht wurden „Sammelstellen“. Für Berlin, Pommern, Mecklenburg und die Kurmark war dies die Heil- und Pflegeanstalt Landsberg/Warthe. Eingewiesen wurden diejenigen, bei denen die Wiederherstellung der Arbeitskraft ausgeschlossen wurde von Betriebs-, Arbeitsamt- oder Gesundheitsamtsärzten. Entweder wurden die Menschen in einer so genannten Sammelstellen konzentriert, dass geschah dann, wenn diese eine Tötungsanstalt war, oder sie wurden in Tötungsanstalten weitergeleitet.³⁰¹ Die Ermordung von arbeitsunfähigen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern wurde bislang öffentlich nicht thematisiert.

²⁹⁸ Hamann 1984, S.124

²⁹⁹ Hamann 1984, S.135

³⁰⁰ Hamann 1984, S.135f.

³⁰¹ Hamann 1984, S.145ff.

11. Repression und Strafen

Die Überwachung von ausländischen vor allem osteuropäischen Zwangsrekrutierten wurde stetig verschärft. Die ehemalige Zwangsarbeiterin bei der Berliner Gärtnerei Globig Helena Stempniewicz beschreibt in einem Brief an die Berliner Geschichtswerkstatt, dass mit der Einlieferung ins AEL Wuhlheide nicht nur gedroht wurde, sondern dass die Familie Globig öfters die Gestapo rief, die diejenigen dorthin brachte, die sich eines wie auch immer gearteten Fehlverhaltens schuldig gemacht hatten.³⁰²

Vier unterschiedliche Strafarten waren bei der Fa. Ehrich & Graetz A.G. vorgesehen.³⁰³ Sie reichten von „Ordnungsübung“ nach der Arbeitszeit über die Zuteilung zum Strafrupp nach Arbeitszeitende bis hin zum dreitägigen Entzug des Mittagessens. Die höchste Strafe bestand in einer dreitägigen Haft bei Dunkelheit ohne Schlafgelegenheit bei Wasser und Brot. Alle Strafen wurden in einem so genannten Strafbuch vermerkt. Nur die beiden zuletzt erwähnten Strafen mussten der Staatspolizei schriftlich gemeldet werden. Dass diese Mitteilung erst nach dem Vollzug der Strafen erfolgen sollte, beweist, wie eigenmächtig die Betriebe die Sanktionierung der ihnen zur Verfügung gestellten Arbeitskräfte betreiben konnten.

Aus einer Bekanntmachung der Aktiengesellschaft Ehrich & Graetz vom 7. Juli 1942, geht hervor, dass der Kontakt zwischen zwangsweise arbeitenden Angehörigen anderer Nationen und den sowjetischen Arbeitskräften vermieden werden musste.³⁰⁴

Bei Krone & Co wurde am 14. Februar 1944 bekannt gegeben, dass Franzosen eine Bestrafung schriftlich mitzuteilen ist. Den Polen und Italienern musste eine Bestrafung weiterhin nur mündlich mitgeteilt werden.³⁰⁵ Dem Franzosen Roger Bransolle wurde am 7. Dezember 1943 ein Brief der Betriebsleitung von Krone & Co zugestellt, indem ihm der Abzug von einem Tageslohn angekündigt wird, als Strafe für einen verspäteten Dienstantritt. Der Abzug ist dem NSV überwiesen worden.³⁰⁶

In den Akten von der Krone & Co ist eine vom 26. Januar 1944 datierte Bürgerschaftserklärung überliefert.

³⁰² Dollmann/ Eckelmann 2000, S.21

³⁰³ LAB A Rep.250-01-05, Nr.1-0052

³⁰⁴ LAB A Rep.250-01-05, Nr.1-0052

³⁰⁵ LAB A Rep. 250-01-16, Nr.K-0-006, Bd. 1

³⁰⁶ LAB A Rep. 250-01-16, Nr.K-0-006, Bd. 1

Darin bürgte der französische Zwangsarbeiter Marcel Brun³⁰⁷ für die Rückkehr seines beurlaubten Leidensgenossen Robert Tronel. Für den Fall, dass der beurlaubte Trondel nicht zurückkäme, erklärte Brun seinen Verzicht auf jeglichen Urlaubsanspruch.³⁰⁸

Laut einer Abmachung zwischen der Gestapo (Herr Piontek) und Vertretern der Firma Ehrich & Graetz AG (Herr Erich Graetz, Herr Voigt, Herr Müller, Herr Pleske, Frau Krohn) bezüglich des Einsatzes von russischen Zwangsrekrutierten vom 19. Juni 1942 wurde das Lagerwachpersonal angewiesen, „die Russen“ bei Fluchtversuchen zu erschießen.³⁰⁹

Strafen gab es wegen der aller kleinsten „Vergehen“. Wie die bereits erwähnte Anordnung zeigt, war es gängig, das Aufräumen der Werksräume als Strafe zu verhängen oder in einem so genannten Strafrupp länger arbeiten zu lassen. Ferner konnte das Mittagessen bis zu dreimal in der Woche vorenthalten werden und Haftstrafen bis zu einer Dauer von drei Tagen verhängt werden. Gegen so genannte Arbeitsdienstverweigerer wurde hart vorgegangen. Die Anweisung des SS-Obergruppenführers Hanns Albin Rauter an die Befehlshaber der Sipo und des SD sowie der Ordnungspolizei vom 15. Juli 1943 sah vor, in den Niederlanden Razzien abzuhalten, um die Männer des Jahrgangs 1924 und ab dem 1. August 1943 des Jahrgangs 1923 herauszusuchen, die keine braunen Wertscheine, die sie vom Arbeitsdienst freistellten, bei sich trugen.³¹⁰ Als weiteres Beispiel für die rücksichtslose Menschenjagd kann die Weisung Heinrich Himmlers vom 10. Juli 1943 über die Evakuierung und den Arbeitseinsatz der Zivilbevölkerung der Partisanengebiete sowie wirtschaftliche Nutzer dieser Gebiete gelten. Darin heißt es:

- „1. Der Führer hat entschieden, dass die bandenverseuchten Gebiete der Nordukraine und von Russland-Mitte von jeder Bevölkerung zu räumen sind.
2. Die gesamte arbeitsfähige männliche Bevölkerung wird gemäß den noch abzumachenden Bestimmungen dem Reichskommissar für den Arbeitseinsatz zugewiesen, jedoch unter den Bedingungen von Kriegsgefangenen.
3. Die weibliche Bevölkerung wird dem Reichskommissar für den Arbeitseinsatz zur Arbeit im Reich zugewiesen.“³¹¹

³⁰⁷ Marcel Brun war 1943 als „Arbeitsscheuer“ der Gestapo übergeben worden und hatte eine Haftstrafe absitzen müssen.

³⁰⁸ LAB A Rep. 250-01-16, Nr.K-0-006, Bd. 1

³⁰⁹ LAB A. Rep. 250-01.05, Nr. 1-0052

³¹⁰ ZstA Potsdam, Film Nr. 2423/3417

³¹¹ ZstA Potsdam, Film-Nr. 44443, Bl. 526

Viele Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter versuchten sich durch Flucht aus ihrer katastrophalen Lage zu befreien. Die Fluchthäufigkeit betrug 1943 monatlich im Durchschnitt 33000.³¹² Über den Aufbau von antifaschistischen Widerstandsgruppen vor allem von sowjetischen Zwangsrekrutierten berichtet Ulrich Herbert. Der Widerstand bestand beispielsweise in Fluchthilfe, Erleichterung des Alltags, z.B. Versorgung der Kranken oder der Beschaffung von gefälschten Dokumenten. Seit der Niederlage bei Stalingrad im Frühjahr 1943 stieg die Anzahl der Widerstandsgruppen.³¹³ Einige wurden der Sabotage oder „Bummelei“ verdächtigt. Bei dem geringsten Verdacht von Sabotage wurden die Beschuldigten ohne Gerichtsverfahren entweder hingerichtet oder in ein AEL eingewiesen.³¹⁴

12. Jüdische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter

Die Nationalsozialisten trieben die Entrechtung jüdischer Menschen seit der Machtübernahme zügig und systematisch voran. In den ersten beiden Jahren wurden Jüdinnen und Juden aus dem öffentlichen Dienst gedrängt.³¹⁵ Zudem gab es Berufs- und Gewerbebeschränkungen. In den Jahren 1935/36 folgte die Aberkennung staatsbürgerlicher Grundrechte. Die Nürnberger Rassegesetze vom September 1935 begründeten zwei Kategorien von Deutschen. Die als Arier bezeichneten nichtjüdischen Deutschen wurden nunmehr als „Reichsdeutsche“ bezeichnet, die Jüdinnen und Juden als „Staatsangehörige“. Die Jahre 1937/38 waren vor allem von der Verdrängung jüdischer Menschen aus dem wirtschaftlichen Leben und der systematischen „Arisierung“ von jüdischem Besitz gekennzeichnet. Infolge dieses Terrors wanderten viele junge und arbeitsfähige Jüdinnen und Juden aus, denn in viele Länder durften nur Arbeitsfähige einreisen. Zurück blieben meist verarmte oder ältere Menschen und Frauen.

³¹² Herbert 2001, S.164

³¹³ Herbert 2001, S.165f.

³¹⁴ Eckelmann/ Pagenstecher 2000, S.9

³¹⁵ So heißt es im am 7. April 1933 verabschiedeten „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamten-tums“ im § 3:

- (1) Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand (§§ 8 ff.) zu versetzen; soweit es sich um Ehrenbeamte handelt, sind sie aus dem Amtsverhältnis zu entlassen.
- (2) (2) Abs. 1 gilt nicht für Beamte, die bereits seit dem 1. August 1914 Beamte gewesen sind oder die im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben oder deren Vater oder Söhne im Weltkrieg gefallen sind. Weitere Ausnahmen können der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem zuständigen Fachminister oder die obersten Landesbehörden für Beamte im Ausland zulassen.

1938 konnte ein Viertel der jüdischen Bevölkerung in Berlin sich nicht mehr selbst ernähren und war auf die jüdischen Wohltätigkeitsorganisationen angewiesen.

In diesen konsequent voran getriebenen Bogen der Aberkennung der deutschen Staatsbürgerrechte und Staatsbürgerschaft fügte sich die Bestimmung vom 1. März 1939, die Juden bei Fälligkeit von Arbeitslosenunterstützung ausländischen Lohnabhängigen gleichstellte.³¹⁶ Dieser Erlass des Reichsarbeitsministers erging an den Reichsarbeitsminister Zweigstelle Österreich für Arbeitseinsatz und Arbeitslosenhilfe, Wien, die Präsidenten der Landesarbeitsämter, die Herren Sonderbeauftragten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in den sudetendeutschen Gebieten, Reichenberg und den Leiter der Zweigstelle Nürnberg des Landesarbeitsamts Bayern und durfte nicht veröffentlicht werden.

Nachdem bereits seit dem 19. November 1938 alle jüdischen Menschen im Falle der Hilfsbedürftigkeit grundsätzlich ausschließlich an jüdische Fürsorgeeinrichtungen verwiesen wurden, reagierte der RAM nun auf die Frage, „inwieweit diese Grundsätze auch in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung anzuwenden sind.“³¹⁷ Die Verweigerung der Arbeitslosenunterstützung für jüdische Erwerbslose wies der RAM als Ausschluss aus der „versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung“ zurück. Die eigentliche Schlechterstellung und Diskriminierung bestand in der Gleichsetzung mit ausländischen Erwerbslosen. Zudem wurde die Höhe der Arbeitslosenunterstützung im Falle jüdischer Erwerbsloser von den Gemeinden nach Maßgabe des Erlasses vom 19. November 1938 (RGBl.I, S.1649) für jüdische Erwerbslose „nach Bedürftigkeit“ bemessen. Die Arbeitsämter waren allerdings nicht an die Bedürftigkeitseinschätzung der Gemeinden gebunden. Einzig verbindliches Kriterium für die Bemessung war eine zur Erhaltung der Arbeitskraft ausreichende Höhe.

Am 20. Dezember 1938 wurde der „geschlossene Arbeitseinsatz“ aller erwerbsloser, auf Sozialhilfe angewiesener Jüdinnen und Juden beschlossen.³¹⁸

³¹⁶ BArch R 3901/ 20.446

³¹⁷ BArch R 3901/ 20.446

³¹⁸ Weiterführend hierzu siehe Gruner 1997

Für die Erfassung und Vermittlung in Berlin wurde drei Tage später die „Zentrale Dienststelle für Juden“ der Berliner Arbeitsverwaltung in der Fontanepromenade 15 eingerichtet.³¹⁹ Um sich gegen diese Zwangsmaßnahme zu wehren, meldeten sich viele jüdische Arbeitslose bei ihren Arbeitsämtern ab und verzichteten damit gleichzeitig auf die ihnen zustehende Arbeitslosenunterstützung. Im Mai 1940 sollten sich alle jüdischen Frauen zwischen 18 und 50 Jahren und alle jüdischen Männer zwischen 18 und 55 bei ihren Jüdischen Gemeinden für den Arbeitseinsatz registrieren lassen. Seit dem 12. Dezember 1939 galten Arbeitsschutzbestimmungen nicht mehr für Jüdinnen und Juden. Um den Mehrbedarf an Arbeitskräften in der Rüstungsindustrie zu decken wurden nunmehr auch über 60-jährige zwangsverpflichtet. Ein knappes Jahr später rekrutierten die Arbeitsämter arbeitsschutzrechtswidrig auch jüdische Jugendliche unter 16 Jahren.

Aufgrund eines Geheimerlasses von Reichsmarschall Göring vom 4. März 1941 wurden alle reichsdeutschen Jüdinnen und Juden zum geschlossenen Arbeitseinsatz, d.h. getrennt von „arischen“ Kolleginnen und Kollegen, zwangsverpflichtet.³²⁰ Ab diesem Zeitpunkt durften Jüdinnen und Juden nur noch solche Arbeitsstellen besetzen, die ihnen von einem speziellen Arbeitsamt vorgeschrieben wurden. Vorzugsweise wurden ihnen eintönige und anstrengende Arbeiten in Munitionsfabriken, auf Rieselfeldern, im Straßenbau und in der Straßenreinigung, Kläranlagen und dergleichen aufgezwungen.³²¹ Fast immer wurden jüdische Menschen aus Schikane fachfremd eingesetzt. Inge Deutschkron berichtet von einem zehnstündigen Arbeitstag in der ihr zugewiesenen Fabrik Aceta (IG-Farben-Konzern) in Lichtenberg. Die Arbeitsbedingungen waren sehr schlecht und der Kontakt zu den „arischen“ Kolleginnen sollte auf alle Fälle vermieden werden, deshalb gab es beispielsweise einen eigenen Frühstücksraum für Jüdinnen.³²²

Das Prinzip des „geschlossenen Arbeitseinsatzes“ zeigt sich in der Einrichtung von so genannten Judenabteilungen in Betrieben, wie es sie beispielsweise bei der Aktiengesellschaft Erich & Graetz ab dem 17. Dezember 1940 gab.³²³

³¹⁹ Meyer/ Simon 2000, S.149. In Berlin waren 1933 knapp 4% aller Einwohnerinnen und Einwohner jüdischen Glaubens. Dabei variierte der Anteil in den unterschiedlichen Bezirken sehr stark. So waren es in Spandau nur etwa 0,5%, hingegen in Wilmersdorf 13,5%. Vgl. Gruner 1996, S.8

³²⁰ Jung 1997, S.337. Ab September des Jahres 1940 mussten Jüdinnen und Juden den „gelben Stern“ an ihrer Kleidung befestigen.

³²¹ Deutschkron 2001, S.152

³²² Deutschkron 2001, S.153f.

³²³ Jung 1997, S.336

Bis zu ihrer Ausreise im Oktober 1941 musste Elisabeth Freund dort neun Stunden pro Tag für einen Stundenlohn von 49 Pfennigen arbeiten. Sie durfte in der Arbeitszeit ihren Arbeitsplatz nicht verlassen. Falls es unumgänglich war, musste der Meister zur Begleitung durch das Werk eine „arische“ Begleitperson abstellen. Für die Jüdinnen und Juden gab es einen getrennten „Judeneingang“. Wie bei einem Wehrbetrieb generell üblich, wurden auch die jüdischen Zwangsrekrutierte beim Betreten und Verlassen des Werksgeländes kontrolliert. Allerdings waren die Kontrollen schikanös und der „Judeneingang“ so gelegen, dass ein großer Umweg zurückgelegt werden musste. Exemplarisch für Schikanen im Betrieb schildert Elisabeth Freund den Auftritt eines „arischen“ Meisters:

„Nach einiger Zeit will ich die Toilette aufsuchen. Ob es hier ein Klosett für Jüdinnen gibt? (...) Ich werde in die allgemeine Frauentoilette gewiesen. (...) Als ich wieder herauskomme, steht ein Meister vor der Tür, den ich gar nicht kenne. Er hat sich nicht entblödet extra auf mich zu warten. `Was das für eine Unverschämtheit, dass sie das arische Klosett benützen! Sie wissen doch ganz genau, dass das verboten ist!´ Verhör. Ich erkläre, daß ich nicht Bescheid weiß. Wieder werde ich angeschrien. Die Sache wird untersucht werden, ich werde ja sehen, was mir passiert, wenn ich gelogen habe, und im übrigen soll ich mich nicht unterstehen, so was noch mal zu machen!

Aber wo nehme ich eine Toilette für mich her. Ich frage den anderen Meister, als er wieder mal bei mir vorbeikommt. Kommen Sie mal mit, sagt der, wir werden mal eine suchen gehen. Und das soll einem nicht lächerlich vorkommen. Ich laufe wie ein kleines Kind hinter ihm her, er erkundigt sich überall anscheinend gibt es so etwas nicht.“³²⁴

Die nächste Toilette für Jüdinnen wird schließlich zwei Fabrikhöfe weiter gefunden, und Elisabeth Freund muss stets eine „arische“ Begleitperson für den Gang dorthin erbitten.

Am 31. Oktober 1941 erscheint die „Verordnung zur Durchführung der Verordnung über die Beschäftigung von Juden“³²⁵, die jüdische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter von einer Reihe von Sozialgesetzen ausschließt, also die Entrechtung weiter vorantrieb. In der Verordnung heißt es, dass Jüdinnen und Juden wegen ihrer „Artfremdheit“ nicht Mitglied einer deutschen Betriebsgemeinschaft seien. Weiterhin fielen alle Lohnzuschläge weg und es wurde nur die tatsächlich geleistete Arbeit bezahlt, so dass es bei Krankheit oder Urlaub zu Verdienstaussfall kam. Jede Arbeit, die vom Arbeitsamt zugeteilt wurde, musste angenommen werden.

³²⁴ zitiert nach Jung 1997, S.337f.

³²⁵ LAB A Rep. 250-01-05, Nr.1-0201

Im Mai 1942 beschloss die Betriebsleitung der Ehrich & Graetz AG den Lohn für sowjetische und jüdische Zwangsarbeitskräfte um 20% gemessen am mittleren Akkordlohn zu senken, während die Niederländer und Flamen in derselben Lohngruppe wie die deutschen Lohnabhängige eingestuft waren.

Die Deportationen³²⁶ von Berliner Jüdinnen und Juden hatten im Oktober 1941, dem Zeitpunkt ab dem Jüdinnen und Juden die Ausreise verboten war, bereits begonnen und dauerten bis zur so genannten Fabrik-Aktion am 27. Februar 1943 an. Mit der „Fabrik-Aktion“, also der Verhaftung aller jüdischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, ihrer Konzentration in Sammellagern und der Einleitung der letzten Deportationen, sollte Berlin „judenrein“ gemacht werden. Ab Juni 1942 begannen die ersten Transporte nach Theresienstadt.

Bei Ehrich & Graetz haben jüdische Frauen und Männer zumindest bis Ende Januar 1943 gearbeitet. Bis zu diesem Zeitpunkt sind in der betriebsinternen Arbeitsunfallbilanz vom 1. Oktober 1943 Jüdinnen und Juden aufgelistet, identifizierbar an dem zusätzlichen Vornamen Sara oder Israel. Die letzten jüdischen zwangsweise Eingesetzten (im Februar 1943 waren es etwa die Hälfte aller verbliebenen Juden Berlins nämlich 17000 bzw. 21000)³²⁷ sind im Rahmen der „Fabrikaktion“ deportiert worden.³²⁸

Der ehemalige Einrichter bei Ehrich & Graetz, Fritz Pawlek, schilderte in einem 8. März 1960 aufgenommenen Protokoll eine Deportation jüdischer Belegschaftsmitglieder, die er auf das Jahr 1942 datiert:

„Das Werksgelände wurde von SA-Leuten umstellt und die Juden aufgefordert, getrennt nach Frauen und Männern anzutreten. Danach erfolgte der Abtransport auf 3 LKW´s. Von der Mehrzahl der Kollegen wurde dieser Vorgang mit Missbilligung aufgenommen. Deutsche Arbeiter, die an den Fenstern standen und diesem Vorgang zusahen, wurde bedeutet, unter Androhung der eigenen Deportation, von den Fenstern zurückzutreten.“³²⁹

³²⁶ „Gingen die [jüdischen] Zwangsarbeiter `auf Transport`, dann erhielt die Gestapo in der Burgstraße die Invaliden- und Steuerkarten sowie Arbeitsbücher. Vor allem aber interessierte sie sich für die Restlöhne welche den Arbeitern bzw. ihren Familien noch zustanden, denn das Lohnbüro der jeweiligen Firma überwies diese Gelder auf ein Konto der Gestapo.“ (Meyer/ Simon 2000, S.154)

³²⁷ Schulle 2000, S.159 und Eckelmann/ Pagenstecher 2000, S.11

³²⁸ LAB A Rep. 250-01-05, Nr.1-0010

³²⁹ LAB A Rep. 250-01-05, Nr.1-1/04

Sein ehemaliger Kollege Walter Buchholz, am 7. März 1960 befragt, schilderte eine Deportation von der nicht bekannt ist, ob es sich um dieselbe, wie die oben erwähnte handelt:

„Als 1942 die sogenannte Endlösung der Judenfrage erfolgte, wurden restlos alle Juden durch die SS deportiert. (Bei der Graetz A.-G. ca. 200 Personen) Dabei spielten sich grauenvolle Szenen ab (Die Jüdinnen wurden z.T. an den Haaren durch das Werkgelände zu den bereitstehenden Fahrzeugen von der SS geschleift. Andere, die über die Werkhofmauer zu flüchten versuchten, wurden brutal daran gehindert und mit Gewehrkolben geschlagen), so dass sich ein großer Teil der Belegschaft entsetzt abwandte.“³³⁰

Auf alle Fälle haben eine oder mehrere Deportationen noch Anfang des Jahres 1943 und mit Sicherheit vor den Augen der Belegschaft stattgefunden. Das bedeutet zunächst einmal, dass sie keineswegs heimlich und möglichst ohne Zuschauer durchgeführt wurden.³³¹

Die Anzahl jüdischer Zwangsbeschäftigter bei der Siemens AG Berlin betrug bei Siemens & Halske (S & H) im Oktober 1941 1600, bei den Siemens-Schuckert Werken (SSW) 1792. Ein Jahr später, im Oktober 1942 arbeiteten bei S & H 1400 Jüdinnen und Juden zwangsweise, 1456 waren es bei SSW.³³² Laut dem Verfasser der offiziellen Firmengeschichte Georg Siemens wussten der Personalchef Wolf-Dietrich Witzleben und die anderen Vorstandsmitglieder ab diesem Zeitpunkt um das Schicksal der Deportierten und hätten angeblich deshalb versucht, die Deportationen hinauszuzögern. Im Februar 1943 wurden die 2000 verbliebenen deutschen Juden und Jüdinnen deportiert.³³³

Am 15. November 1941 lebten etwa 45000 Jüdinnen und Juden noch in Berlin, von denen 20000 Zwangsarbeit leisten mussten, die Hälfte von ihnen in der Metallindustrie.³³⁴ Ende 1941 als die Deportationen begannen, arbeiteten von den Berliner Juden viele in der Rüstungsindustrie, davon 11000 in der Metallindustrie.³³⁵

³³⁰ LAB A Rep. 250-01-05, Nr.1-1/04

³³¹ siehe auch Schulle 2000

³³² Roth 1996, S.148

³³³ Sachse 1991, S.4

³³⁴ Vgl. Demps 1986, S.25

³³⁵ Bräutigam 1998, S.9

Im Februar 1941 waren noch 56719 jüdische Menschen Empfänger von Lebensmittelmarken. Im Juli 1942 lebten nur noch 19000 jüdische Menschen in Berlin. In diesem Zeitraum wurden 173000 ausländische Arbeitskräfte nach Berlin verschleppt. So wurde die Arbeitskraft der Jüdinnen und Juden entbehrlich.³³⁶

13. Das Verhalten (oder Nichtverhalten) der deutschen Belegschaft

Das Verhalten der deutschen Belegschaft gegenüber den Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern ist wenig dokumentiert, so dass Schlussfolgerungen vage bleiben müssen. Beispiele für Solidarität von Seiten der deutschen Belegschaft sind rar. Die meisten ignorierten die zur Arbeit Verschleppten oder drangsalierten sie.³³⁷

Viele der von der Berliner Geschichtswerkstatt schriftlich befragten ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter gaben an, Hilfe von deutschen Arbeitskollegen und -kollegen, meist in Form von Stullen, die heimlich übergeben oder hinterlegt wurden, bekommen zu haben.

Es gibt Beispiele für Solidarität untereinander. So richteten französische Zwangsarbeiter der Daimler-Benz Werke in Marienfelde Hilfsfonds ein, aus denen Geld für Leidensgenossen, die keine Angehörigen hatten und damit keine Hilfe von außen bekamen, verteilt wurde. Franzosen, die aus dem Arbeitserziehungslager wiederkehrten, wurden mit Lebensmitteln aufgepäppelt.

In den Erinnerungen der Berliner Bevölkerung sind Zwangsrekrutierte kaum präsent. Eine Befragung in der Nähe der Durchgangslagers Wilhelmshagen ergab: „Kaum jemandem der von uns Befragten ist die Tatsache bewusst, dass die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter auch dazu beitrugen, das öffentliche Leben im Ort - als Kohlenträger, Kellner oder Rettungsschwimmer - aufrechtzuerhalten.“³³⁸

³³⁶ Demps 1999, S.26

³³⁷ Zur angeblichen Vorbildfunktion der deutschen Belegschaft heißt es in der Propagandaschrift „Europa arbeitet in Deutschland“: „Sie gewöhnen sich verhältnismäßig schnell an in unseren Betrieben jetzt übliche Arbeitstempo; der im deutschen Arbeiter lebendige soldatische Geist „färbt ab“. Oft zu jahrelanger Arbeitslosigkeit verurteilt gewesen, sind sie großenteils froh, wenn ihnen die Begriffe Berufsstolz und Betriebstreue auch unerkannt bleiben, wieder voll eingeschaltet zu sein. Sie haben in dem deutschen Werkmann einen unverdrossenen und geduldigen Meister gefunden,...“ (Didier 1943, S.36)

³³⁸ Kochan 1998, S.32

Einige Rahnsdorfer Jugendliche hatten engeren Kontakt mit Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern. Ein ehemaliger Jugendlicher sagte in einem Interview 1998, dass es damals viel mehr Ausländer gegeben habe als heute.³³⁹ Der Berliner Felix Hartlaub beschrieb am 23. August seinem Vater in einem Brief das Straßenbild Berlins:

„Infolge der großen Bevölkerungsverschiebungen tritt das ausländische Element ganz unverhältnismäßig in Erscheinung. In manchen Straßen und Lokalen hört man tatsächlich kein Wort Deutsch und hat so das Gefühl, durch ein eigenartiges Babylon zu wandern, ein Babel der Trümmer und der Arbeit und der ungeheuren Erwartung, in dem aber auch das eigentliche Babylonische wohl nach wie vor nicht zu kurz kommt. In Gegenden, von deren kaum noch die Straßennamensschilder stehen, weht einen die Atmosphäre der Pariser Banlieue, der italienischen Piazza, des ukrainischen Dorfplatzes an.“³⁴⁰

Diesen Eindruck unterstützen die Aufzeichnungen von Ursula von Kardorff vom 30. November 1944:

„Der Bahnhof Friedrichstraße mit seinen breiten Treppen, die in eine Art Unterwelt führen, gilt als bombensicher. Dort ist es so, wie ich mir Shanghai vorstelle. Zerlumpte malerische Gestalten in wattierten Jacken mit den hohen Backenknochen der Slawen, dazwischen hellblonde Dänen und Norweger, kokett aufgemachte Französinen, Polen mit Hassblicken, fahle, frierende Italiener – ein Völkergemisch, wie es wohl noch nie in einer deutschen Stadt zu sehen war. Fast ausschließlich Ausländer sind da unten, Deutsch hört man kaum. Die meisten wurden in Rüstungsbetrieben zwangsverpflichtet.“³⁴¹

Die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter waren im Stadtbild Berlins präsent. Die Berliner Bevölkerung hat deren Wahrnehmung also bewusst ausgeblendet und die zwangsweise Arbeit Leistenden nach 1945 totgeschwiegen.

³³⁹ Kochan 1998, S.34

³⁴⁰ zitiert nach Schäfer 1991, S.240f.

³⁴¹ zitiert nach Schäfer 1991, S.241

14. Tod und Bestattung

Seit 1942 wurden die bei Luftangriffen getöteten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter auf separaten Feldern beigesetzt, so genannte Ostarbeiter ohne namentliche Nennung, so genannte Westarbeiter mit Namen. Trotz dieser separaten Felder sind auf vielen anderen Friedhöfen auch vereinzelt Zwangsarbeitskräfte, meist Opfer des Luftkriegs 1944/45, beerdigt worden. Gabriele Kienzl führt folgende Friedhöfe mit der Anzahl der Gräber von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern auf³⁴²:

Städtischer Friedhof Spandau „In den Kisseln, ca. 1000 Gräber

Städtischer Friedhof Wilmersdorf „Waldfriedhof Gütersfelde“, ca. 1800 Gräber

Städtischer Friedhof Baumschulenweg, ca. 350 Gräber

Städtischer Friedhof Heiligensee, ca. 1500 Gräber

Städtischer Friedhof Mahrzahn, ca. 1500 Gräber

Städtischer Friedhof „Parkfriedhof Tempelhof“ (früherer städtischer Friedhof Neukölln), ca. 150 Gräber

Städtischer Friedhof „Waldfriedhof Zehlendorf“, ca. 1200 Gräber von italienischen Zwangsarbeitern

Städtischer Friedhof „Reinickendorf Freiheitsweg“, über 100 Gräber

Städtischer Friedhof Pankow VI in der „Schönholzer Heide“, ca. 100 Gräber

Katholischer „St. Hedwigs Friedhof“, Reinickendorf, ca. 500 Gräber

Evangelischer „Dreifaltigkeits Friedhof III“ Mariendorf, ca. 120 Gräber

Evangelischer Friedhof „Marienfelde“, Sammelgrab, 35 Gräber.

Namentlich auf Kriegsgräberlisten registriert sind zusammen mit den verstreuten Einzelgräbern etwa 10000 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern. Von weiteren 1000 Zwangsrekrutierten deren Name, Geburts- und Todesdatum bekannt sind, ist der Bestattungsort unbekannt. Weitere 1500 Gräber von verstorbenen Verschleppten sind durch eine Vielzahl von Umbettungen nicht mehr lokalisierbar. Insgesamt ist die Anzahl der Gräber erstaunlich gering.

³⁴² Kienzl 26. Januar 2001

Dazu führt Gabriele Kienzl folgende Überlegungen an: Möglicherweise wurden nicht alle Todesfälle standesamtlich registriert und die Toten in Massengräbern verscharrt.

Oder die Zahl ist deshalb so gering, da viele Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in den „Krankensammellagern“ außerhalb Berlins in Brandenburg starben. Oder sie sind auf den Berliner Friedhöfen unter der Rubrik „Unbekannt“ beerdigt worden. Die Beerdigungskosten musste das jeweilige Arbeitsamt übernehmen.

D. Zusammenfassung, Schlussbetrachtungen und Ausblick

Zwangsarbeit war in der Berliner Metallindustrie während des Zweiten Weltkriegs ein Massenphänomen. Die Auflistung der profitierenden Firmen (Kapitel E) gleicht vermutlich weitreichend dem Gesamtumfang des Berliner Branchenbuchs der Metallindustrie aus diesen Jahren. Die Untersuchung zeigt, dass neben großen Produktionsorten und -firmen, wie Siemens in Spandau und AEG in Treptow, viele kleinere und mittelgroße Betriebe, die von der Zwangsarbeit profitierten, im Bezirk Kreuzberg lagen, in dem auch Jahrzehnte nach dem Krieg berlinweit die größte Anzahl von Industriearbeitsplätzen existierte. Im Stadtgebiet von Berlin gab es bis zum Autobahnring über 1000 Lager. Neben Gemeinschaftslagern, die von der Deutschen Arbeitsfront betrieben wurden, existierten betriebseigene Lager. Zwangsweise in der Berliner Metallindustrie mussten vier unterschiedliche Gruppen arbeiten: KZ-Häftlinge, Kriegsgefangene, Jüdinnen und Juden sowie ausländische Zivilisten. Etwa die Hälfte aller zwangsweise eingesetzten Arbeitskräfte waren Mädchen und Frauen.

Die Forschungsergebnisse legen offen, wie viele unterschiedliche Behörden und Institutionen am Einsatz beteiligt waren (Kapitel B). Außer den genannten hatten auch die Vierjahresplan-Behörde, das Landwirtschaftsministerium und der Wirtschafts- und Rüstungsstab beim OKW Anteil an der Organisation des Arbeitseinsatzes von Zwangsarbeitskräften. Des Weiteren stellt die Studie in Bezug auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Zwangsrekrutierten (Kapitel C) dar, wie weitreichend diese durch einen schnell agierenden Repressionsapparat bedroht wurden. Die Einweisung in ein AEL war ebenso gegenwärtig, wie die Bestrafung durch die Gestapo im Betrieb bis hin zur Todesstrafe, die außergerichtlich verhängt werden konnte. Auch für diejenigen, die nicht direkte Opfer solcher Strafmaßnahmen wurden war der Alltag hart. Er endete für viele mit dem vorzeitigen Tod. Die Überlebenschancen eines jeden Einzelnen hingen in eklatantem Maß von der Nationalität oder „Volkstumszugehörigkeit“ ab. Osteuropäische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter hatten weitaus schlechtere Bedingungen als westeuropäische. Nach dem Friedensschluss Italiens mit den Alliierten 1943 wurden die ehemals bevorzugt behandelten italienischen Zivilarbeiter und die italienischen Kriegsgefangenen äußerst unmenschlich behandelt. Für jüdische Zwangsrekrutierte war ein Überleben gar nicht vorgesehen. Die letzten jüdischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter wurden im Rahmen der so genannten Fabrikaktion im Februar 1943 deportiert.

Ein weiterer ganz wesentlicher Faktor der Überlebenschancen beeinflusste, war das Verhalten der direkt am Einsatz Beteiligten. Von ihnen hing ab, ob sie beispielsweise als Lagerleiter dafür Sorge trugen, dass die kläglichen Lebensmittelrationen nicht noch von korrupten Lagerangestellten dezimiert wurden oder ob sie als Vorarbeiter darauf achteten, dass Pausen eingehalten wurden etc. Mit für die Einzelnen gefahrlosen Handlungen konnten sie ganz unmittelbar auf die Situation der zur Arbeit Verschleppten Einfluss nehmen. Einige Überlebende berichten, dass sie genau registrierten, wer ihr hartes Los erträglicher machen wollte und wer ihnen das Leben zusätzlich zur Hölle machte. Beispiele für empathisches, solidarisches Handeln seitens der Handlungsmächtigen sind aber in den Darstellungen selten. Ihre Situation verschlechterte sich im Laufe des Kriegs dramatisch.

Der offenkundig schlechten Behandlung von Zwangsrekrutierten stehen Behauptungen entgegen, Zwangsarbeit sei eine normale Kriegsfolge, sie jedoch nicht kriegsbedeutend und gesellschaftsprägend gewesen. Betrachtet man die ökonomische und politische/gesellschaftliche Relevanz der Zwangsarbeitskräftebeschäftigung wird deutlich, dass sie für die Kriegsfähigkeit des deutschen Reichs unabdingbar war. Dazu ein Fazit von Ulrich Herbert:

„Der Arbeitseinsatz der Millionen `Fremdarbeiter´ und Kriegsgefangenen während des Zweiten Weltkrieges hatte es dem nationalsozialistischen Deutschland erlaubt, den Krieg weiterzuführen, als seine eigenen Arbeitskraftressourcen längst aufgebraucht waren. Ohne Ausländer wäre für Deutschland dieser Krieg spätestens im Frühjahr 1942 verloren gewesen. Gleichzeitig erlaubte der Ausländereinsatz es der Regimeführung aber auch, die Versorgungslage der deutschen Bevölkerung bis in die letzte Kriegsphase auf hohem Niveau halten, was vor allem für die Loyalität der Bevölkerung gegenüber dem Regime von großer, ja ausschlaggebender Bedeutung war.“³⁴³

Noch Jahrzehnte nach der Beschäftigung von zur Arbeit Verschleppten sind viele Kapitel wissenschaftlich unerforscht, vor allem aber auch gesellschaftlich nicht tiefgreifend bearbeitet. Im nachfolgenden Ausblick sollen deshalb drei Themenfelder schlaglichtartig beleuchtet werden, die jüngere Diskursen um das Thema Zwangsarbeit nachzeichnen. Die thesenartigen Ausführungen können als Ausgangspunkte für weitere Überlegungen, Diskussionen und Forschungen gesehen werden. Das erste Themenfeld behandelt die Rezeption des Arbeitseinsatzes in der BRD, das zweite die Rezeption in der DDR.

³⁴³ Herbert 2001, S.147

Dabei wird herausgestellt, in welcher Weise die BRD einen Abwehrkampf gegen Entschädigungsforderungen führte, während in der DDR die vorherrschende stark nationalistisch aufgeladene Opferdefinition, der Würdigung oder materiellen Entschädigung nichtdeutscher oder „nichtpolitischer“ Verfolgter entgegenstand.

1. Umgang mit der Zwangsarbeit nach 1945 in der BRD

In der BRD ist das Thema Zwangsarbeit erst seit Mitte der 80er Jahre stärker in das öffentliche Bewusstsein gerückt. In den davor liegenden Jahrzehnten wurden Forderungen von Opfern nach - wie es im Regierungsterminus hieß - „Wiedergutmachung“ mit den verschiedensten Begründungen abgelehnt. Aufgrund der Bestimmungen des Bundesentschädigungsgesetzes von 1953, dem Londoner Schuldenabkommen von 1952/53 und dem Ausschluss von Entschädigungszahlungen an Menschen aus Osteuropa wurde kaum eine Entschädigungszahlung erbracht.³⁴⁴ Zwangsarbeit wurde juristisch als Kriegsmaßnahme, nicht als NS-Unrecht gewertet. Diese Ansicht hat sich bis heute gehalten. Daher wurde die Verurteilung von Wirtschaftsvertretern in den Nürnberger Nachfolgeprozesse.³⁴⁵ Die Claims Conference hat zwar in ihren Entschädigungsforderungen von 1952 auch die Entschädigung von Zwangsarbeit gefordert. Diese Forderungen sind aber mit Hinweis auf das Londoner Schuldenabkommen abgelehnt worden.³⁴⁶ Von Regierungsseite wurde hin und wieder die moralische Verpflichtung zur „Wiedergutmachung“ betont, ohne, dass daraus eine Handlungsnotwendigkeit abgeleitet worden wäre. Rolf Surmann zitiert aus einer gemeinsamen Erklärung von Willy Brandt, damals Bundeskanzler und Helmut Schmidt, damaliger Finanzminister die Beteuerung, die Entschädigung von NS-Opfern hätte die Bundesregierung als „Aufgabe von größter moralischer und menschlicher Tragweite“ erkannt.³⁴⁷ Genauso folgenlos blieb die Rede Richard von Weizsäckers, in der er ebenfalls die Notwendigkeit die vergessenen Opfer zu berücksichtigen betonte. Nicht nur die verschiedenen Regierungen setzten auf Entlastungsrhetorik. Auch die Bevölkerung übte sich in Erinnerungsabwehr, die von dem Ehepaar Mitscherlich als „Unfähigkeit zu Trauern“ bezeichnet worden ist.

³⁴⁴ Ferencz 1979, S.83 und Goschler 1986, S.176ff.

³⁴⁵ Spoerer 2001, S.234

³⁴⁶ Brozik 1998, S.36. Siehe auch Körner 2001.

³⁴⁷ Surmann 2000, S.187

In den letzten Jahren allerdings setzte eine Bereitschaft zu trauern ein.³⁴⁸

Dann nämlich beispielsweise, wenn es um die deutschen Toten der alliierten Bombardierungen geht.

Dass über die finanzielle Entschädigung für die ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter die Anerkennung ihres persönlichen Leids enorm wichtig ist, wurde weder von administrativer Seite noch von der Öffentlichkeit gesehen. Auch in wissenschaftlichen Publikationen wird der Umgang mit dem Thema Zwangsarbeit nach 1945 schwerpunktmäßig als Geschichte von Entschädigungsfragen abgehandelt. Von dem Anerkennen der Schicksale der ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter oder der Bestrafung der Täter ist wenig die Rede. Erst spät haben einzelne Kommunen oder Betriebe angefangen mit ehemaligen Zwangsrekrutierten in Kontakt zu treten und sie einzuladen.

2. Umgang mit der Zwangsarbeit nach 1945 in der DDR

In der DDR-Geschichtsschreibung wurden die ehemals spärlichen Darstellungen des Arbeitseinsatzes von Verschleppten vielfach benutzt, um die „vorbildliche“ Haltung deutscher kommunistischen Genossinnen und Genossen in den Betrieben herauszustellen. Der Einsatz von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern wird als logische Folge des Monopolkapitalismus beschrieben.³⁴⁹ Konsequenterweise wurden einige Nazigrößen und Industrielle zu den Verantwortlichen für den Arbeitseinsatz erklärt und die überwiegende Mehrzahl der damals lebenden mit dem Arbeitseinsatz befassten Deutschen somit entlastet.

In der DDR wurde die Perspektive von als „unpolitisch“ diffamierten, oder nicht-deutschen Opfern grundsätzlich ignoriert, und dagegen stets in paternalistischer Manier die angeblich solidarische Haltung deutscher Kommunistinnen und Kommunisten gegenüber den ausländischen Zwangsrekrutierten zum Hauptthema gemacht.

³⁴⁸ So ist der „Bombenkrieg gegen die Deutschen“ in dem ARD-Kulturreport am 17. November 02, dem Volkstrauertag, als das letzte Tabu bezeichnet worden, der es bisher unmöglich gemacht habe, von den deutschen Opfern zu sprechen. Ähnlich wie in „Krebstag“, dem neusten Buch von Günther Grass, wurde in dem ARD-Beitrag die „Linke“ beschuldigt durch das von ihr gesetzte „Tabu“ den Neonazis in die Hände gespielt zu haben

³⁴⁹ So schrieb der Direktor des Instituts für Geschichte der europäischen Volksdemokratien Prof. Dr. Basil Spiri: „...die treibenden Kräfte des nazistischen Fremdarbeitersystems (...), nicht nur Himmler und Sauckel waren, wie die reaktionären westlichen Geschichtsschreiber behaupten, sondern vornehmlich führende Vertreter des deutschen Monopolkapitals.“ (Spiru im Vorwort bei Seeber 1964, S.7)

Dabei wurde vor allem darauf hingewiesen, dass für die Deutschen bei der Kontaktaufnahme Gefahren bestanden.

Dazu Seeber:

„Jeder Versuch, Kontakt mit den als „Untermenschen“ verfeimten Polen oder „Ostarbeitern“ aufzunehmen, jeder Schritt, unter den deutschen und ausländischen Arbeitern für die Bekämpfung der blutigen Gewaltherrschaft des Faschismus zu agitieren, konnte die Verhaftung und einen qualvollen Tod nach sich ziehen.“³⁵⁰

Dass jedoch für Zwangsrekrutierte der Kontakt mit Deutschen bei Entdeckung viel schlimmere Folgen hatte, wurde nicht erwähnt.

Der nationale, patriotische Begründungszusammenhang der DDR lässt sich an vielen Formen des Gedenkens, der Erinnerungskultur nachzeichnen. Sei es die Glorifizierung der deutschen kommunistischen Häftlinge als (widerständige) Opfer der KZ-Haft³⁵¹ oder das Vernachlässigen und die Diskriminierung anderer nicht-kommunistischen Opfergruppen der Nationalsozialisten.³⁵²

³⁵⁰ Seeber 1964, S.241

³⁵¹ Aus unzähligen Beispielen sei eine Inschrift exemplarisch herausgegriffen. Sie zielt einen 1947 in Bad Saarow errichteten Stein, der zum Gedenken an etwa 700 KZ-Häftlinge aus Sachsenhausen errichtet wurde, die dort bei der SS-Bauleitung „Reich-Nord“ und „Kurmark“ arbeiten mussten. Dort heißt es: „Als Opfer seid ihr/ gefallen in heiliger/ Liebe zum Volk“. (Endlich/ Kaiser 2001, S207) Die KZ-Insassen werden mit Soldaten verglichen, die sich aus Vaterlandsliebe, für Deutschland geopfert hätten. Mit der Heiligsprechung der Liebe zum Vaterland wird diese zum Axiom. Dieser patriotische Opferwille, der zum handlungsleitenden Motiv der deutschen, kommunistischen KZ-Häftlinge umgedeutet wird, stellt eine Instrumentalisierung und Verhöhnung der Opfer dar.

³⁵² Gleich nach Kriegsende hatte sich eine Gruppe ehemals politischer Verfolgter zum Verband „Opfer des Faschismus“ (OdF), der später in der DDR bedeutsam war, zusammengeschlossen. Für Kriegsgefangene oder ZwangsarbeiterInnen materiell Entschädigung zu fordern, wurde von OdF-Funktionären nicht erwogen. „Opfer des Faschismus“ konnten, wie die nachfolgende OdF-Erklärung vom 1. Juni 1945 belegt, diejenigen sein, die „unter der Hitlerdiktatur heldenmütig für die Freiheit des deutschen Volkes“ gekämpft hätten, sowie die „Hinterbliebenen der von den Faschisten ermordeten Helden des deutschen Freiheitskampfes“. Weiter hieß es: „Opfer des Faschismus sind Millionen Menschen, sind alle diejenigen, die ihr Heim, ihre Wohnung, ihren Besitz verloren haben. `Opfer des Faschismus´ sind die Männer, die Soldaten werden mussten und in die Bataillone Hitlers eingereiht wurden, sind alle, die für Hitlers verbrecherischen Krieg ihr Leben lassen mussten. `Opfer des Faschismus´ sind die Juden, die als Opfer des faschistischen Rassenwahns verfolgt und ermordet wurden, sind die Bibelforscher und Arbeitsvertragssünder. Sie haben alle geduldet und Schweres erlitten, aber sie haben nicht gekämpft!“ (zitiert nach Nieden, zur 2001, S.88). Hier wird der Opferstatus nur deutschen männlichen Helden und Soldaten zuerkannt. Eine besondere finanzielle Unterstützung sollte nur aktiven, politischen, deutschen Widerstandskämpfern gewährt werden. Mit einer solchen Definition fielen nicht nur mehr die „tapferen deutschen Soldaten“ aus dem nationalen Opferkollektiv heraus, sondern dramatischerweise auch diejenigen, die nicht aufgrund eines „Schutzhaftbefehl“ im KZ waren, beispielsweise die überwiegende Zahl der Jüdinnen und Juden, die als „asozial“ Diffamierten, die so genannten „Berufsverbrecher“, die Homosexuellen, die Sinti und Roma, die Zeugen Jehovas etc. Ganz im Trend beschloss der Berliner Magistrat 1945/46: „Besondere Judenfürsorge ist zu unterlassen.“ (zitiert nach Nieden, zur 2001, S.89) Susanne zur Nieden beschreibt diese Entwicklung als Übernahme von NS-Kriterien bei der Zuweisung des Opferstatus. (2001, S.90)

Wie nationalistisch die DDR geprägt war, zeigt das in der Fußnote aufgeführte Zitat³⁵³, in dem die „deutsche Nation“ als das zu schützende Gut und eigentliche Opfer und die KPD als die Bewahrerin nationaler Interessen bezeichnet wird. Nach Seeber rettete die KPD „in der Zeit der tiefsten Schändung Deutschlands die Ehre der deutschen Nation“.³⁵⁴ Bezüge eine internationalistische Zielbestimmung lassen sich auch im folgenden nur als Phrasen erkennen.

An anderer Stelle schreibt Seeber in geradezu revanchistischer Manier vom „anglo-amerikanischen Terrorangriff auf Leipzig Ende 1943.“³⁵⁵ Unter Umgehung der Frage nach den Verantwortlichen für den Krieg wird das nationale Kollektiv in diesem Bild zum Opfer des US-amerikanischen Aggressors. Die US-Amerikaner werden als imperialistisch motivierte Angreifer dargestellt, die den Deutschen Unrecht, ja Terror antun. Wahrscheinlich hat auch der Selbstbefreiungsmythos von Buchenwald eine ähnliche Funktion. Auf gar keinen Fall konnten amerikanische Soldaten als Befreier in der DDR-Geschichtsschreibung auftreten. Antiwestliche Ressentiments übertrugen sich auch auf Westdeutschland. Die entwürdigende Behandlung der seit den 50er Jahren angeworbenen so genannten Gastarbeiter³⁵⁶ nahm Spiru zum Anlass äußerst fragwürdiger Schlussfolgerungen, die in einem geschichtsrelativierenden Vergleich der BRD-„Gastarbeiter“-Anwerbung und dem erzwungenen Arbeitseinsatz im Nationalsozialismus gipfelte:

³⁵³ „Trotz der militärischen Anfangserfolge und des Trommelfeuers immer neuer Erfolgsmeldungen der faschistischen Wehrmacht in den ersten Jahren des Krieges nahmen die Kommunisten den unerbittlichen Kampf gegen die Verderber der deutschen Nation auf. (...) Es ist ein Ruhmesblatt in der Geschichte der deutschen Kommunistischen Partei, die Idee des proletarischen Internationalismus zu allen Zeiten verteidigt zu haben. Selbst unter den Bedingungen des faschistischen Terrors und der nationalen Demagogie, mitten in einem Meer von Verleumdungen und Verbrechen, besaß das deutsche Volk in der KPD eine Partei, die die wahren nationalen Interessen Deutschlands verfocht.“ (Seeber 1964, S.241)

³⁵⁴ Seeber 1964, S.249

³⁵⁵ Seeber 1964, S.248

³⁵⁶ Eine Untersuchung von Traditionslinien der Anwerbung und Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte steht noch aus. So erinnern nicht nur die Wohnverhältnisse der ersten „Gastarbeitergeneration“ an die Unterbringung von Zwangsrekrutierten. Dazu ein Zitat: „Das Leben in den Wohnheimen, nach den Bahnhöfen der zweitwichtigste Ort nach der Ankunft in Deutschland, war nicht einfach. Der Hausmeister mit seiner Heimordnung schwebte wie ein Damoklesschwert über den Bewohnern. Für diejenigen unter den Arbeitern, die vor der Reise nach Deutschland ihren Wehrdienst abgeleistet hatten mag die Anpassung nicht so schwierig gewesen sein, zumal die Hausordnung in Sprache und Stil die Atmosphäre in den Kasernen kaum vermissen ließ. So war es häufig verboten, Besuche von Angehörigen des jeweils anderen Geschlechts zu empfangen, gleichgeschlechtliche Besucher hatten das Heim spätestens um 22.00 Uhr zu verlassen. Sauberkeit und Ordnung nach deutschem Standard waren äußerst wichtig, der Standort des Aschenbechers war genauso durch die Hausordnung geregelt wie die Orte und Zeiten, zu denen man Hauschuhe zu tragen hatte oder wie man sich auf die Toilette zu setzen hatte.“ (Eryilmaz 1998, S.175) Tatsächlich waren viele Gastarbeiter in ehemaligen Lagerbaracken untergebracht. Auf einem Foto vom Eingang eines wie es hieß „Gastarbeiterlagers“ ist eine Tafel zu sehen, auf der in serbokroatischer Sprache für den Fall der Übertretung der Besuchszeit von 21.00 Uhr mit Bestrafung durch die Polizei droht. (Bildserie Wohnheime 1998, S.182)

„Aufs neue empfindet das aggressive deutsche Monopolkapital die Notwendigkeit, durch die Einfuhr ausländischer Arbeitskräfte die Lücken in der Volkswirtschaft zu schließen, die durch die massenhafte Einberufung der kräftigsten und arbeitsfähigsten jungen Männer zur Bundeswehr entstehen. So kommt es, dass mit dem Wachstum der Rüstungen in Westdeutschland auch die Zahl der Fremdarbeiter wächst, dass es heute wieder Fremdarbeiterprobleme gibt, die an die des zweiten Weltkrieges zu gemahnen beginnen.“³⁵⁷

1960 wurden mehrere ehemalige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ehrich & Graetz A.G. in der DDR hinsichtlich ihrer Erinnerungen an die Arbeitssituation befragt.³⁵⁸ Einige von ihnen äußerten sich auch zur Zwangsarbeit. Dabei reichte die Spannbreite der protokollierten Aussagen von glaubwürdigen Schilderungen bis hin zu einer ungläubwürdigen Beschwörung von solidarischem Verhalten. Beispielsweise wurde behauptet: „Die Behandlung der Fremdarbeiter durch die deutschen Arbeiter war kollegial.“ Oder ein anderer: „Das Verhältnis der deutschen Arbeiter zu den Fremdarbeitern war gut.“³⁵⁹ Das darf in der Absolutheit der Aussage bezweifelt werden.

Wally Vollmer, 15. März 1960, von 1939 bis 1945 bei Ehrich & Graetz beschäftigt, berichtet von antifaschistischer Widerstandsarbeit, die sie maßgeblich mitorganisiert haben will. In dem nicht von ihr verfassten aber unterschriebenen Protokoll heißt es zum Thema Zwangsarbeit: „Da die Widerstandsarbeit auch sehr stark zusammen mit den Fremdarbeitern betrieben wurde, galt es zunächst, allen Fremdarbeitern eine moralische Stütze zu geben. Gen Vollmer berichtet, dass viele Fremdarbeiter erst durch die Widerstandsarbeit bewusste Klassengenossen wurden. In diesen Aussagen finden zuvor getroffene Aussagen über die vermeintliche Vorbildhaftigkeit der widerständischen, deutschen Kommunisten beim antifaschistischen Kampf ihre Bestätigung. Die deutschen Kollegen seien es gewesen, die die „Fremdarbeiter“ zu „Klassenbewusstsein“ erzogen hätten. Auch reichten aus ihrer Sicht die jüdischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter moralisch nicht an die kommunistischen Arbeiterinnen heran. Dazu Vollmer: „Der überwiegende Teil der Juden waren klassenbewusste Kollegen.“

³⁵⁷ Spiru im Vorwort bei Seeber 1964, S.7

³⁵⁸ Der Entstehungskontext dieser Protokolle ist unbekannt. Daher ist eine quellenkritische Bewertung dieser Dokumente schwierig.

³⁵⁹ LAB A Rep. 250-01-05, Nr.1-1/04

Allerdings gab es auch unter diesen gehässige und Verräter. (...) Nach 1942 gab es keine Juden mehr im Betrieb.³⁶⁰

Deutlicher wurden die antisemitischen Einstellungen der ehemaligen „Kollegen“ mit der Aussage des Arbeiters Karl Heinze vom 10. März 1960: „Die Juden waren untereinander sehr uneinsichtig und zueinander sehr gehässig. Der Befragte [Heinze] versuchte oft mit ihnen ins Gespräch zu kommen, wofür er von der Werksleitung gerügt wurde, jedoch konnte er auch keinen Einfluss auf sie ausüben.“³⁶¹

3. Die Entschädigungsdebatte

Von Entschädigungszahlungen haben bis heute überwiegend Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit profitiert. 90% aller Entschädigungs- und „Wiedergutmachungszahlungen“ sind an sie geflossen. Kriegsgeschädigte Deutsche, darunter fielen kriegsverletzte Soldaten, Ausgebombte oder Kriegsgefangene, erhielten durch die „Kriegsopferversorgung“ (KOV) im Rahmen des Bundesversorgungsgesetzes bis Ende des Jahres 1996 mehr als 395 Mrd. DM.³⁶² Gerade zu bescheiden nimmt sich dagegen der mit Pauken und Trompeten eingerichtete Fonds der „Stiftungsinitiative deutscher Unternehmen: Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ aus. Lediglich 10 Mrd. DM enthält er, zur Hälfte aus Bundesmitteln gefüllt. Zudem können die einzahlenden Unternehmen ihre Zahlungen steuerlich absetzen. Die Stiftungssumme reicht lange nicht aus, um den überlebenden Opfern Auszahlungen zuzuerkennen, die oberhalb einer Schamgrenze liegen. Das Geld im Fonds - die aufgrund von Zahlungshinauszögerungen angelaufenen Zinsen werden nicht dazu gerechnet – reicht offenbar nicht einmal für die zweite Rate der in zwei Etappen ausgeschütteten Zahlungen.

³⁶⁰ LAB A Rep. 250-01-05, Nr.1-1/04

³⁶¹ LAB A Rep. 250-01-05, Nr.1-1/04

³⁶² Saathoff 1998, S.49

Da zudem den ehemaligen zivilen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern in den Kriegsjahren zum einen ein weit untertariflicher Lohn bezahlt wurde, und sie zum anderen in die staatlichen Sozialkassen einzahlen mussten, ohne davon beispielsweise in Form von Krankengeld oder Rente zu profitieren, handelt es sich bei den Entschädigungszahlungen im Grunde lediglich um Lohnnachzahlung und Auszahlung der geleisteten Sozialbeträge und keinesfalls um eine „Wiedergutmachung“.³⁶³

Besondere öffentliche Beachtung erfuhr das Thema seit etwa 1997 aufgrund lange auf den undenkbaren Zeitpunkt eines wiedervereinigungsbedingten Friedendvertrags verschobenen Versprechungen deutscher Regierungsvertreter, vor allem aber durch eine Entschädigungsdebatte, die durch Boykottandrohungen und Sammelklagen aus den USA ausgelöst wurde. Vorausgegangen waren 1996 Verfahren in den USA gegen Schweizer Banken.

Erst aufgrund des Drucks aus den USA bewegten sich die deutschen Konzerne.³⁶⁴ Zuvor hatten etliche ehemalige Zwangsrekrutierte vergeblich um schriftliche Beschäftigungsnachweise oder Kompensation gebeten.³⁶⁵ Ein besonders zynisches Beispiel für Reaktionen der deutschen Wirtschaft zitiert Lothar Evers aus einem Antwortbrief an einen ehemaligen Zwangsarbeiter der Daimler-Benz Zentrale Stuttgart aus dem Jahre 1991:

„Bei der Festlegung, keine individuellen Leistungen zu erbringen, stand der Gedanke im Vordergrund, dass es ohne eine erneute Bürokratie kaum möglich sein könnte, die Tatsache der Zwangsarbeit zweifelsfrei festzustellen. Eine solche Bürokratie hätte zu langwierigen Verfahren vor allem aber zu erneutem Unrecht geführt, durch das alte Wunden eher aufgerissen als geheilt worden wären. Eine Entscheidung zu individuellen Leistungen hätte außerdem diejenigen begünstigt, die im Laufe der Jahre ihre psychische und physische Kraft zurückgewonnen haben und möglicherweise in guten Verhältnissen leben.“³⁶⁶

Auch Siemens erklärte noch im Jubiläumsjahr 1997 in einer Presse-Information, die Forderung nach Entschädigung von Zwangsarbeit sei unberechtigt.³⁶⁷

³⁶³ Kuczynski 2000, S.170f.

³⁶⁴ Die deutschen Wirtschaftsvertreter haben sich bis zuletzt vehement gegen jegliche Entschädigungszahlungen gewehrt. Erst als die angestrebte Fusion der „Deutschen Bank“ und der amerikanischen Bank „Bankers Trust“ von einigen pressure groups genutzt wurde, um Entschädigungsforderungen eine Öffentlichkeit zu verschaffen, lenkten sie ein. Vgl. Elfenbein/ de Thier/ Scholtes, 27. Januar 1999

³⁶⁵ Vgl. Ferencz 1979

³⁶⁶ zitiert nach Evers 2000, S.224f.

³⁶⁷ Siemens Presse Information, 15. Mai 1997.

Um Sammelklagen³⁶⁸ abzuwenden und ein für alle mal Ruhe vor Regressforderungen zu haben, willigten Vertreter großer deutscher Konzerne in die Gründung einer Stiftung zur Entschädigung ehemaliger Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter ein. Dafür verlangten sie Rechtssicherheit von Seiten der USA. Eine solche Forderung zeugt deutlich von einem defizitären Demokratieverständnis. Die US-amerikanische Exekutive kann der Judikative nur Empfehlungen geben, aber keine Vorschriften erteilen.

Die Forderung nach Rechtssicherheit entspricht einem veränderten Geschichtsbewusstsein, was seinen erfolgreichen Anfang in der Ära Kohl nahm. Über den Weg der Entkonkretisierung der NS-Geschichte und der Egalisierung von Opfern wird Deutschland wieder frei von geschichtlichen Fußfesseln eine „ganz normale Nation“. Was mit dem Händedruck von Reagan und Kohl 1985 über den Gräbern von Bitburg begann, wurde mit der Einrichtung der „Neuen Wache“ 1993 als Gedenkort für alle Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft ohne Benennung von Ursachen, Verhältnissen und Verantwortlichkeiten fortgesetzt. Der Wille zu einer geschichtsvergessenden Historisierung des Nationalsozialismus, die bis in die Gegenwart reichende Entwicklungslinien ignoriert, sondern eine distanzierte Perspektive einnimmt, gewinnt zunehmend Fürsprecher. Beispielsweise werden in aktuellen Fernsehsendungen über den Nationalsozialismus ehemalige Wehrmachts- oder SS-Angehörige als „Überlebende“ und den Opfern gleichwertige „Zeitzeugen“ präsentiert, die unkommentiert ihre Sicht der Dinge schildern können. In dieser Perspektive sind alle Opfer, denen eine deutsche Verantwortung gerecht werden muss. So boomt auch das Thema Vertreibung von Deutschen im Zuge der Kriegsniederlage. Neuerdings werden sozialistische Denkmäler für die Opfer des Faschismus durch Denkmäler für Trümmerfrauen³⁶⁹ ersetzt. Die Apologeten eines erweiterten Opferkollektives beschrieben auch seine Feinde. Da werden jüdische Anwälte aus den USA³⁷⁰ von Rudolf Augstein als „Haifische im Anwaltsgewand“ von der „Ostküste“ bezeichnet. Das Wort „Ostküste“ ist auch im Neonazijargon ein strafrechtlich unbedenkliches Synonym für den Ort, den sie als weltweites Zentrum des „jüdischen Finanzkapitals“ benennen. „In fast jeder deutschen Zeitung wurden sich gegenseitig überbietende Angaben über ihre `Holocaust-Honorare´ gemacht – und schwups!

³⁶⁸ „Das Klageinstrument `class action´ hatte aus Habenichtsen ernstzunehmende Prozessgegner der deutschen Wirtschaft gemacht.“ (Evers 2000, S.226)

³⁶⁹ Scheer 2001, S.138

³⁷⁰ Zu antisemitischen Stereotypen in der Entschädigungsdebatte siehe den Aufsatz der Gruppe 3 Frankfurt a. M.

Gelang die deutsche Lieblingsverkehrung: aus Tätern werden Opfer, die 'Opfer der Opfer' - und aus Opfern...³⁷¹ Aus dieser Verkehrung von Opfern und Tätern leitete Gerhard Schröder die Schutzbedürftigkeit der deutschen Industrie ab. Geschützt werden musste die Industrie in dieser von sekundärem Antisemitismus geprägten Denkfigur vor den handlungsmächtigen ehemaligen Opfern, die jetzt zu Tätern geworden waren und sich am eigenen Untergang bereichern wollen. Diese Geldgier sei der Antrieb, Entschädigung zu fordern und die Deutschen nicht in Ruhe leben zu lassen.³⁷² Aber nicht nur „Deutschland“ ist als Opfer der jüdischen Anwälte aus den USA halluziniert worden, sondern auch die anderen Opfergruppen.³⁷³ Solcherart antisemitische Hetze kulminierte in der von deutscher Seite erhobenen Forderung, die Anwälte sollten einen Teil ihres Honorars der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft, also den Opfern, spenden.

Gerade Recht kam Norman Finkelstein der, was stets als Argument für seine Glaubwürdigkeit betont wurde, als Jude eine angebliche Holocaust-Industrie anprangerte. Während Finkelstein von Auschwitz als der „machtvollen Waffe der amerikanisch-jüdischen Eliten“ spricht, wehrt sich kurz darauf, 1998 der Schriftsteller Martin Walser gegen die „Moralpistole der Meinungssoldaten“, gegen die „Moralkeule“ Auschwitz, so als ob Zvi Rex` Vermutung, die Deutschen würden den Juden Auschwitz nie verzeihen ihren prominentesten Sprecher finden sollte. Im Jahr 2002 erhält Walser hierfür eine Einladung zum Talk mit Bundeskanzler Gerhard Schröder unter dem Titel: „Nation, Patriotismus, Demokratische Kultur“, taggenau zum Tag der Befreiung, dem 8. Mai. An diesem Tag wird Schröder erklären: „Unser Nationalstolz ist ein Stolz auf die Menschen und das, was sie geleistet haben.“

³⁷¹ gruppe 3 frankfurt a. m. 2000, S.252

³⁷² Rensmann 2001, S. 126ff. „Kaum ein tradiertes antisemitisches Stereotyp, von jüdischen Aggressivität und Unangepasstheit bis zur Vorstellung von Juden als körperlich schwächlichen, unehrlichen, hinterhältige Trickser und Betrüger, die nur Geld im Sinn haben, kaum eine judeophobe Projektion, auf die nicht während der öffentlichen Debatte im Blick auf die Opfer-Anwälte in der demokratischen Öffentlichkeit angespielt worden wäre. Vor allem aber werden im Verlauf der Debatte Juden in bezug auf die Thematik des Holocaust projektiv auch als Täter verhandelt, so als diskutiere man über die Motive Eichmanns.“ (Rensmann 2001, S.132)

³⁷³ „Die Kritik an den Opfern, ihren Verbänden und Vertretern wird hierbei fast ausschließlich auf jüdische Gruppen, Organisationen und Individuen gemünzt. Erscheinen einerseits alle ehemaligen Zwangsarbeiter als Opfer jüdischer Anwälte und Verbände, so wird an anderer Stelle eine Hierarchie bei den Opfern selbst betont. Die 'Opfergruppen' werden dann strikt gespalten und die sogenannten 'wahren', 'benachteiligten Opfer' 'jüdischer Hinterlist' ausgenommen. Opfer-Anwälte und Organisationen bereicherten sich nicht nur an deutschen Unternehmen, sondern auch an den nicht-jüdischen Zwangsarbeits-Opfern,...“ (Rensmann 2001, S.133)

Gedacht wird am 8. Mai also denjenigen Deutschen, die unter den Kriegsfolgen gelitten haben, beispielsweise den Trümmerfrauen, nicht den jüdischen und ausländischen Opfern. Die Tendenz den Holocaust für gegenwärtige Zwecke als Argument heranzuziehen, ist unübersehbar. Im Kosovokrieg wurde „Auschwitz“ zitiert, um eine besondere deutsche Verantwortung zu beschwören, mit der ein „neues Auschwitz auf dem Balkan“ verhindert werden sollte. Beweise für Konzentrationslager wurden zitiert aber nie erbracht. Mit „Auschwitz“ können nunmehr Kriege als politisches Mittel zur Konfliktlösung gerechtfertigt werden.

E. Firmenübersicht

Die Firmennamen sind in den meisten Fällen aus den angegebenen Quellen original übernommen, nur erkennbare Fehler wurden korrigiert. Die Auflistung ist mit Sicherheit unvollständig und beinhaltet möglicherweise den ein oder andere Fehler, was sowohl dem Forschungsstand als auch dem begrenzten Rahmen dieser Studie geschuldet ist. So war es nicht immer möglich, die benutzten Quellen auf ihre Validität hin zu prüfen. Alle Quellen sind in der Tabelle ohne Hierarchisierung aufgeführt. In dem mittleren Bemerkungsfeld sind auch lediglich die Fakten aufgeführt, die sich aus den verwandten Quellen ergeben haben. Es könnte also auch noch andere Formen von Zwangsarbeit gegeben haben und Menschen aus anderen Nationen dort beschäftigt gewesen sein, als aufgeführt werden. Die Jahresangaben beziehen sich auf das früheste bekannte Einsatzdatum.

Firma	Kategorie und Nationalität, früheste Erwähnung des Einsatzes von Zwangsarbeiterinnen und/ oder Zwangsarbeitern, Dauer und Ausmaß des Einsatzes	Quelle
Accumulatorenfabrik LUX Dr. Martin Beheim-Schwarzbach Klixstr.29/30 Reinickendorf		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Accumulatoren-Fabrik R. Limpke & Co. Sebastianstr.84 Kreuzberg		Heimatmuseum Kreuzberg, Liste Friedrichshain-Kreuzberger Zwangsarbeiter-Firmen
Adler Kabel- und Drahtfabrik Johannis Schön Müller Glogauerstr. 6 Kreuzberg		Heimatmuseum Kreuzberg, Liste Friedrichshain-Kreuzberger Zwangsarbeiter-Firmen
Adlerwerke Mehringdamm 6 Kreuzberg		Heimatmuseum Kreuzberg, Liste Friedrichshain-Kreuzberger Zwangsarbeiter-Firmen
Admos - Allgemeines Deutsches Metallwerk GmbH Wilhelminehofstr. 89 a Oberschöneweide Betriebsteil: Ahornallee 40 Friedrichshagen		Heimatmuseum Köpenick, Bund der Antifaschisten Treptow e.V. 2001

<p>Admos Bleibronze Dr. Springorum & Co. KG Wilhelminenhofstr. 89 a Oberschöneweide</p>	<p>Der früheste Hinweis auf einen Einsatz datiert vom Februar 1943. Von der Kriegsgefangenschaft „beurlaubte“ Franzosen mussten dort arbeiten. In der Liste der Berliner Geschichtswerkstatt einmal als Verbundlager (Ahornallee 40, Friedrichshagen) und einmal als Werk für Luftfahrtgeräte Wilhelminenhofstr.89a, Oberschöneweide) aufgeführt.</p>	<p>Heimatmuseum Köpenick, Bund der Antifaschisten Treptow e.V. 2001; Kubatzki 2001, S.32; www.berliner-geschichtswerkstatt.de</p>
<p>Admos Rübelbronze Wilhelminenhofstr. 89 a Oberschöneweide</p>		<p>Heimatmuseum Köpenick, Bund der Antifaschisten Treptow e.V. 2001</p>
<p>Admos-Verbundlager GmbH Ahornallee 40 Friedrichshagen</p>	<p>Der früheste Hinweis auf den Einsatz datiert vom 14. Juni 1944.</p>	<p>Heimatmuseum Köpenick, Bund der Antifaschisten Treptow e.V. 2001</p>
<p>Adrema Maschine nbau GmbH Gotzkowskystr.20 Tiergarten</p>		<p>Kubatzki 2001, S.32; www.berliner-geschichtswerkstatt.de</p>
<p>AEG (Allgemeine Electricitäts-Gesellschaft, Berlin) Hauptverwaltung Brunnenstr.107 Wedding</p>	<p>Der früheste Hinweis auf den Einsatz datiert vom 17. Oktober 1939. 1941 arbeiteten 11.141 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter bei der AEG, 1942 10.210. 1943 waren es 3.200. Sie kamen u.a. aus Belgien, Dänemark, Frankreich, den Niederlanden, Polen und der Sowjetunion.</p>	<p>Landesarchiv 2001, S.41; Heimatmuseum Köpenick, Bund der Antifaschisten Treptow e.V. 2001; Kubatzki 2001, S.32; www.berliner-geschichtswerkstatt.de</p>
<p>AEG-Apparatefabrik Treptow Hoffmannstraße 17-23 Treptow</p>	<p>Der früheste Hinweis auf den Einsatz von Zwangsrekrutierten datiert vom 1. Oktober 1940. 30. Juni 1943: über 35 % der Belegschaft waren zwangsweise Arbeitende.</p>	<p>Landesarchiv 2001, S.43; Demps 1986, S.20; Kubatzki 2001, S.32; Stichting Holländerei (Hg.) 1996, S.269f.; Heimatmuseum Köpenick, Bund der Antifaschisten Treptow e.V. 2001</p>
<p>AEG Fernmeldekabel- und Apparatefabrik Oberspree (FAO), Röhrenfabrik Wilhelminenhofstr. 76/77, Nalepastr. 172 und Ostendstr.1-5, Oberschöneweide</p>	<p>1942/ 43: Zur Arbeit Verschleppte aus Polen und der Sowjetunion</p>	<p>Landesarchiv 2001, S.45; Heimatmuseum Köpenick, Bund der Antifaschisten Treptow e.V. 2001</p>
<p>AEG Gerätebau Oberspree Wilhelminenhofstr.92 Oberschöneweide</p>	<p>Der früheste Hinweis auf den Einsatz von Zwangsrekrutierten datiert vom 1. Januar 1942.</p>	<p>Heimatmuseum Köpenick, Bund der Antifaschisten Treptow e.V. 2001; www.berliner-geschichtswerkstatt.de</p>

		geschichtswerkstatt.de
AEG Kabelwerk Oberspree Wilhelminenhofstr. 76-77 und Berliner Str. 137/136 (heutige Schnellerstraße) Niederschöneweide	AEG-Walz- und Kabelwerk insgesamt: Bei Kriegsende: 850 Arbeitskräfte u.a. Ukrainerin- nen, Roma und Sinti 1939-42	Landesarchiv 2001, S.46; Kochan 1998, S.30; Wen- zel 1998, S.40; Rose, Weiss 1991, S.56; Sofsky 1997, S.210; Kubatzki 2001, S.32; Stichting Holländerei (Hg.) 1996, S.269f.; www.berliner- geschichtswerkstatt.de
AEG Kraftwerkstätten Rummelsburg Bahnwerkstatt Köpenicker Chaussee 16-20 Lichtenberg (Rummelsburg)		Versklavt und fast verges- sen: Zwangsarbeit im Ber- liner Bezirk Lichtenberg 1939-1945 (2001), S.238
AEG Metallwerk Oberspree Wilhelminenhofstr. 76/77 Oberschöneweide	Der früheste Hinweis auf den Einsatz von Zwangsarbeit- erInnen von 1941. Eingesetzt waren deutsche Jüdinnen, Ita- liener.	Heimatomuseum Köpenick, Bund der Antifaschisten Treptow e.V. 2001; www.berliner- geschichtswerkstatt.de
AEB Röhrenfabrik Ober- spree Wilhelminenhofstr.76/77 Oberschöneweide		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
AEG Stahl Strom Kabel	Belgische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter	Stichting Holländerei (Hg.) 1996, S.270
AEG TRO Transformato- renwerk Oberspree Wilhelminenhofstr.83-86 Oberschöneweide	14. September 1943: 600 Zwangsarbeitskräfte	Demps 1986, S.123; Ku- batzki 2001, S.32 (hier statt Oberspree Oberschöneweide); Stichting Holländerei (Hg.) 1996, S.269; Landesarchiv 2001, S.45; www.berliner- geschichtswerkstatt.de
AEG Werk Brunnenstraße	Polnische Zwangsarbeiterinnen und/ oder Zwangsarbeiter	Demps 1986, S.73ff.; Paw- lusiewicz in Dollmann/ Eckelmann 2000, S.35; Kubatzki 2001, S.32
AFA Accumulatorenfabrik AG Wilhelminenhofstr. 68-69 Oberschöneweide und Askanischer Platz 3 Kreuzberg (Verwaltung)		Kubatzki 2001, S.33; Hei- matmuseum Kreuzberg, Liste Friedrichshain- Kreuzberger Zwangsarbeit- er-Firmen; www.berliner- geschichtswerkstatt.de
AGIL Schweißverfahren Tabbertstr. 14 Oberschöneweide		Kubatzki 2001, S.33; www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Albert Pierburg KG Berliner Präzisionszieherei Stahlgroß- handel		Heimatomuseum Köpenick, Bund der Antifaschisten Treptow e.V. 2001
Alkett, Altmärkisches Ket- tenwerk GmbH	Sowjetische, belgische und niederländische Zwangsrekrui-	Demps 1986, S.93; Ge- schichte unter unseren Fü-

Eisenhammerweg Borsigwalde und Breitenbachstr.33-36 Wittenau (Werk I)	tierte	Ben 1995, S.25; Kubatzki 2001, S.33; Stichtung Hol- länderei (Hg.) 1996, S.269f.; www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Allgemeine Werkzeugma- schinen AG An der Industriebahn 20-27 Weißensee		Kubatzki 2001, S.33; www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Alufolie Lobeckstr.19 Kreuzberg und Ritterstr.111 Kreuzberg		Heimatmuseum Kreuzberg, Liste Friedrichshain- Kreuzberger Zwangsarbei- ter-Firmen; www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Aluminiumbleche H. Lib- mann AG Ritterstr.81 Kreuzberg		<a href="http://www.berliner-
geschichtswerkstatt.de">www.berliner- geschichtswerkstatt.de ; Heimatmuseum Kreuzberg, Liste Friedrichshain- Kreuzberger Zwangsarbei- ter-Firmen
Aluminiumwerke Göttingen GmbH Alexandrinenstr.93/94 Kreuzberg		Heimatmuseum Kreuzberg, Liste Friedrichshain- Kreuzberger Zwangsarbei- ter-Firmen; www.berliner- geschichtswerkstatt.de
AMA Gesellschaft für Appa- rate, Maschinen und Armatu- ren mbH Rauchstr.43/44 Spandau		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
AMBI-BUDD AMBI BUDD Presswerk GmbH, Standorte: Groß-Berliner Damm Joha- nisthal Industriestr.32-34 Tempelhof Segelfliegerdamm Treprow	Es gab offenbar mehrere Wer- ke, z.B. Waggon- und Appara- tebau oder Presswerk.	Wekenborg 1998, S.70; Fuchslocher 1998, S.91; Heine 1998, S.129; www.vvn- bda.de/bund/liste; www.hagalil.com/shoah/zwangsarbeit/firmen ; Hei- matmuseum Köpenick, Bund der Antifaschisten Treprow e.V. 2001; www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Apparatebau Ernst Müller Ritterstr.111 Kreuzberg		<a href="http://www.berliner-
geschichtswerkstatt.de">www.berliner- geschichtswerkstatt.de ; Heimatmuseum Kreuzberg, Liste Friedrichshain- Kreuzberger Zwangsarbei- ter-Firmen
Appel, Gustav Maschinenfa- brik Spandau		www.berliner- geschichtswerkstatt.de

Arado Flugzeugfabrik	Niederländer und/ oder Niederländerinnen	Stichting Holländerei (Hg.) 1996, S.269
Ardeltwerke Lützowplatz 6 Tiergarten		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Argus-Motorenwerke GmbH Osloerstr.116 a Reinickendorf und Flottenstr.39/42 Wilhelmsruh	Seit Juli/ August 1944 Außenlager des KZ-Sachsenhausen, in dem u.a. Niederländerinnen Flugzeugteile herstellen mussten. Laut www.keom.de waren die 800 Häftlinge weiblich.	Stichting Holländerei (Hg.) 1996, S.266 und S.269; Kubatzki 2001, S.33; www.keom.de , 20.3.02; www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Ariadne Draht- und Kabelwerke Boxhagener Str.76-78 Lichtenberg		Heimatismuseum Kreuzberg, Liste Friedrichshain-Kreuzberger Zwangsarbeiter-Firmen; www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Armag Maschinenfabrik GmbH	Niederländer und/ oder Niederländerinnen	Stichting Holländerei (Hg.) 1996, S.269
Askania AG Großbeerenstr.5-7 Kreuzberg und Tempelhof	Französische, niederländische und polnische Zwangsrekrutierte	Demps 1986, S.111 und S.145; Kubatzki 2001, S.33; Stichting Holländerei (Hg.) 1996, S.269; Heimatismuseum Kreuzberg, Liste Friedrichshain-Kreuzberger Zwangsarbeiter-Firmen; Tempelhof, S.211
Automatic AG Druckmaschinenfabrik Alte Jacobstr.139-143 Kreuzberg		www.berliner-geschichtswerkstatt.de; Heimatismuseum Kreuzberg, Liste Friedrichshain-Kreuzberger Zwangsarbeiter-Firmen
Auto-Union AG Am Juliusturm 42-46 und Wollankstr.54-56 (Werk Spandau) und Cicerostr.17-22 Wilmersdorf		Demps 1986, S.91; Kubatzki 2001, S.33; www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Bamag-Meguinn Werk		Kubatzki 2001, S.33
Bauer, W. & Co, Spritz- und Sparguß GmbH Köpenickerstr. 32 a Mitte	Produktion von Munition und Bomben	www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Bergmann Elektrizitäts-Werke AG Wilhelmsruh	1940 (nicht auf Arbeitskräfte aus den Niederlanden bezogen) Niederländer und/ oder Niederländerinnen	Landesarchiv 2001, S.60; Dollmann/ Eckelmann 2000, S.18; Stichting Holländerei (Hg.) 1996, S.269f.; Kubatzki 2001, S.33
Berliner Maschinenbau (vor-		Kubatzki 2001, S.34

(vormals Schwarzkopf) Chausseestr. 23 Mitte		
Berliner Metall- und Schraubenfabrik Kromarek & Knies		Heimatmuseum Köpenick, Bund der Antifaschisten Treptow e.V. 2001
Berliner Präzisionszieherei Albert Pierburg Treptow		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Berliner Spezialarmaturenfabrik Bloch & Gärtner Reichenbergerstr.79/80 Kreuzberg	Produktion Munition und Bomben	www.berliner-geschichtswerkstatt.de ; Heimatmuseum Köpenick, Bund der Antifaschisten Treptow e.V. 2001
Berliner Stahlbau AG Herzbergstr. 140 Lichtenberg		www.berliner-geschichtswerkstatt.de ; Kubatzki 2001, S.34; Versklavt und fast vergessen: Zwangsarbeit im Berliner Bezirk Lichtenberg 1939-1945 (2001), S.238
Bernhard Brumm Yacht – und Schiffswerft Müggelseedamm 42-70 Friedrichshagen		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Birka Regulator GmbH		Kubatzki 2001, S.34
Blaupunktwerke Forckenbeckstr.9-13 Wilmerdorf und Köpenicker Str. 154 Kreuzberg		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Blumenlake Heckmotoren- und Schnellbootbau		Kubatzki 2001, S.34
BMW		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
BMW Flugmotorenwerk GmbH Am Juliesturm 14-38 Spandau	Vermutlich Belgier, Italiener und Franzosen	Sandvoß 1986, S.94; Demps 1986, S.91; Kubatzki 2001, S.34; www.berliner-geschichtswerkstatt.de
BMW Flugzeugmotorenwerke Brandenburg GmbH Lobeckstr.81 Kreuzberg und Gutenbergstr.5 Charlottenburg		www.berliner-geschichtswerkstatt.de ; Heimatmuseum Kreuzberg, Liste Friedrichshain-Kreuzberger Zwangsarbeiter-Firmen
Böhring, Fritz Mechanische Werkstatt Gitschinerstr.63/64 Kreuzberg		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Borchward Automobile		www.berliner-geschichtswerkstatt.de

Lindenstr.27 Kreuzberg		geschichtswerkstatt.de
Bosch Dreilinden Maschine- bau	Belgische Zwangsarbeiterinnen und/ oder -arbeiter	Stichting Holländerei (Hg.) 1996, S.270
Brabandt, Fabrik für Gieße- rei- und Schleifmaschinen		Heimatismuseum Köpenick, Bund der Antifaschisten Treptow e.V. 2001
Bredel & Loewig Neuenburgerstraße Kreuzberg		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Bruno Brauns Fabrik physi- kalische Apparate Oranienstr.172 Kreuzberg		www.berliner- geschichtswerkstatt.de ; Heimatismuseum Kreuzberg, Liste Friedrichshain- Kreuzberger Zwangsarbei- ter-Firmen
Buecker Flugzeugbau GmbH Köpenick		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Butzke, F. – Bernhard Joseph AG Ritterstr.12/14 Kreuzberg		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Butzke F. Bernhard Joseph GmbH Ritterstr.12-14 Kreuzberg		www.berliner- geschichtswerkstatt.de ; Heimatismuseum Kreuzberg, Liste Friedrichshain- Kreuzberger Zwangsarbei- ter-Firmen
Butzke F. GmbH Brandenburgstr.72-75 und Lobeckstr.74 Kreuzberg		Heimatismuseum Kreuzberg, Liste Friedrichshain- Kreuzberger Zwangsarbei- ter-Firmen
Bürsig Werkfabrik Berlin		Kubatzki 2001, S.34
Büssing AG Nestorstr.28 Wilmsdorf		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Carl Sandmann Kottbusserstr.8 Kreuzberg		Heimatismuseum Kreuzberg, Liste Friedrichshain- Kreuzberger Zwangsarbei- ter-Firmen
Carl Schoening GmbH Eisen- gießerei Kopenhagener Straße Reinickendorf		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Carl. J. Vogel Draht- und Kabelwerk AG Friedrichshagener Str.11 Köpenick	Ukrainerinnen	Wenzel 1998, S.42; Just 1998, S.106; www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Claus Engelbrecht Yachtwerft Berlin GmbH		Landesarchiv 2001, S.64
Cranoll	Ab 1940 jüdische. Zwangsar-	Schlesinger, Günther 1999,

<p>Mantelstraße Kreuzberg</p>	<p>beiterinnen und/ oder -arbeiter</p>	<p>S.82</p>
<p>Daimler Benz AG Lichtenrade, Ludwigsfelde Genshagen</p>		<p>www.berliner- geschichtswerkstatt.de</p>
<p>Daimler-Benz AG Buckower Chaussee Marienfelde</p>	<p>Einsatz von 12 Zivilarbeiterinnen oder/ und –arbeitern vermutlich ab September 1940. Bis 1944 stieg die Zahl der eingesetzten Arbeitskräfte auf 2250 im Werk 40/42 (Produktion von Panzern und LKW) und auf 1100 im Werk 90 (Flugmotorenproduktion). Dezember 1940 arbeiteten 190 vermutlich französische Kriegsgefangene in Marienfelde. Später soll das Kontingent gestiegen sein. Einige wurden möglicherweise 1943 in ein ziviles Arbeitsverhältnis übernommen, was eine Gruppe von 50 französischen Kriegsgefangenen abgelehnt haben soll. Sowjetische Kriegsgefangene sollen überwiegend für Aufräumarbeiten auf dem Werksgelände eingesetzt worden sein. Von September 1943 bis April 1944 bestand ein Außenkommando des KZ Sachsenhausen. Die Häftlinge mussten Löschwasserteiche anlegen, Luftschutzbauten instandhalten und Bomben räumen. Zivile und zwangsrekrutierte Arbeitskräfte, KZ-Häftlinge und Kriegsgefangene aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, den Niederlanden, Polen, Schweden, Serben, der Sowjetunion, Tschechien, Ungarn. Neben Staatenlosen gab es noch Italiener, die anfänglich freiwillig gekommen waren, nach dem Kriegsausritt Italiens jedoch auch zwangsverpflichtet wurden.</p>	<p>Hopmann 1994, S.193ff.; Spoerer 1994, S.322ff.; Weitz, 1994, S.377; Kubatzki 2001, S.34; Stichtung Holländerei (Hg.) 1996, S.269; Heisig 2000, S.212</p>
<p>Danneberg & Quandt Siegfriedstr.202-204 Lichtenberg</p>		<p>www.berliner- geschichtswerkstatt.de</p>

Deutsche Edelstahlwerke Köpenickerstr.113 Mitte		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Degussa (Deutsche Gold- und Silberscheideanstalt, vormals Roessler) Auguste-Viktoria-Allee 99-100 Reinickendorf		Kubatzki 2001, S.34; www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Deutsche Hollerith Maschinen Gesellschaft mbH		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Deutsche Hydraulik- und Präzisionswerke		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Deutsche Industriewerke (DIW) Freiheit 4-7 Spandau	Juli 1944 oder Oktober 1944 Außenlager des KZ Sachsenhausen, etwa 1100 weibliche KZ-Häftlinge, die meisten waren jüdische Ungarinnen, aber auch politische Häftlinge, Niederländische und belgische Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter	Sandvoß 1988, S.71 und S.93f., Berliner Zeitung, 23. Januar 1993; Stichtung Holländerei (Hg.) 1996, S.266ff.; www.keom.de ; www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Deutsche Kabelwerke AG Boxhagenerstr. 79-82 Friedrichshain		Kubatzki 2001, S.35; www.berliner-geschichtswerkstatt.de ; Versklavt und fast vergessen: Zwangsarbeit im Berliner Bezirk Lichtenberg 1939-1945 (2001), S.239
Deutsche Maschinen AG (DEMAG) Fahrzeugwerk GmbH Seegefelder Weg Falkensee	Ab 1943 lag die durchschnittliche Stärke zwischen 2000 und 3000. KZ-Häftlinge (Außenkommando des KZ Sachsenhausen)	Freund 1994, S.21f. und S.33; Rose/ Weis 1991, S.82; BYS V 2 79/74 FBS 142/66 87; www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Deutsche Maschinen AG (DEMAG) Motorenwerke AG Großbeerenstraße Marienfelde		Kubatzki 2001, S.35; www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Deutsche Messingwerke Carl Eweking A.G. Berliner Str. 131 Niederschöneweide		LAB A Rep. 250-01-3, Nr.7; Kubatzki 2001, S.35f.; www.berliner-geschichtswerkstatt.de ; Heimatmuseum Köpenick, Bund der Antifaschisten Treptow e.V. 2001
Deutsche Niles Werkzeugmaschinenfabrik AG Riebestraße Weißensee		Landesarchiv 2001, S.47; Kubatzki 2001, S.35
Deutsche Tachometer Werke		Kubatzki 2001, S.35;

GmbH) Dresdner Str.34-35 Berlin C 2 und Oranienstr.25 Kreuzberg		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Deutsche Telephonwerke und Kabelindustrie AG (DeTe- We), Adlershof (war vermutlich Produktionsort), Firmensitz: Zeughofstr. 6-10 Kreuzberg	Kriegsgefangene	LAB A Rep. 250-01-16, Nr.4; Kubatzki 2001, S.35; www.berliner- geschichtswerkstatt.de ; Heimatismuseum Köpenick, Bund der Antifaschisten Treptow e.V. 2001; Hei- matmuseum Kreuzberg, Liste Friedrichshain- Kreuzberger Zwangsarbei- ter-Firmen
Deutsche Vergasergesellschaft Limburgerstraße Wedding		Kubatzki 2001, S.35; www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt e.V. Adlershof	Kriegsgefangene	LAB A Rep. 250-01-16, Nr.4
Deutsche Waffen- und Muni- tionsfabriken AG Eichborndamm 103-127 Borsigwalde (Wittenau)	10. Oktober 1942: 777 Zwangs- rekrutierte: Sowjetische, polni- sche und tschechische Zwangs- arbeiterinnen und -arbeiter	Demps 1986, S.147; Ku- batzki 2001, S.35; www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Dickow, Karl – Maschinent- fabrik Görlitz Großbeerenstraße Kreuzberg		www.berliner- geschichtswerkstatt.de ; Heimatismuseum Kreuzberg, Liste Friedrichshain- Kreuzberger Zwangsarbei- ter-Firmen
Dürener Metallwerke AG Eichborndamm 141/165 Borsigwalde (Wittenau)	10. Oktober 1942: 298 Zwangs- rekrutierte aus der Sowjetunion, Polen und der Tschechoslowa- kei	Demps 1986, S.153; Ku- batzki 2001, S.36; www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Eduard Linnhoff Maschine n- fabrik Oberlandstraße Tempelhof		www.berliner- geschichtswerkstatt.de ; Heisig 2000, S.208
Erich Giese Heinrich Stern Elektrotechnische Fabrik Köpenicker Str. 154 a Kreuzberg		Kubatzki 2001, S.37
Eisengießerei Carl Schoening GmbH Reinickendorf		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Eisengießerei Eckard Heuser oHG Am Juliusturm 61 Spandau		www.berliner- geschichtswerkstatt.de

Eisengießerei Eitner		Heimatismuseum Köpenick, Bund der Antifaschisten Treptow e.V. 2001
Eisengießerei Vulkan Gitschinerstr.65 Kreuzberg	Produktion von Panzerwagen und Sturmgeschützen	www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Eisenkonstruktion Henri Vo- geler Hauptstr.2 Lichtenberg		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Electron & Co mbH Rauchstr.40-42 Spandau		Geschichte unter unseren Füßen 1995, S.18ff.; Ku- batzki 2001, S.36; www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Elektrische Licht- und Kraft- anlagen AG Uhlandstr.7-8 Charlottenburg		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Elektro Glimmer und Preß- werke Scherb Lehderstr. 34-35 Weißensee		Kubatzki 2001, S.36; Tafel „Unterkünfte und Arbeits- stätten“ in der Ausstellung „Geraubte Zeit. Zeugen der Zwangsarbeit im Nordosten Berlins 1938-1945. Aus- stellungsprojekt im Ra- men des Projekts Berliner Regionalmuseen „Zwangs- arbeit in Berlin 1938- 1945“. 1. März – 14. Juli 2002.
Elektromotorenwerke Kaiser Ringbahnstr. 52-56 Tempelhof		Kubatzki 2001, S.36; www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Elektro und Autogen Schweissbetrieb J. Nickel Lichtenberg		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Elektrolux AG Oberlandstr. 36-38 Tempelhof		Landesarchiv 2001, S.62; <a href="http://www.berliner-
geschichtswerkstatt.de">www.berliner- geschichtswerkstatt.de ; Heisig 2000, S.209
Elliot Adressier- und Organi- sationsmaschinen GmbH Mühlenstraße Pankow und Leipzigerstr. 23 Mitte		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Ehrich & Graetz A.G., Elsenstr. 8a-96 Berlin-Treptow	Frühster Hinweis: 1.4.1941, jüdische Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter. Bis 29.1.1943: Franzosen, Belgier, Holländer,	LAB A. Rep. 250-01-05, Nr.1-0010 LAB A. Rep. 250-01-05, Nr.1-1/04

	Russen (Zivil- und Kriegsgefange- ne), Italiener.	LAB A Rep. 250-01-05, Nr.1-0112
Erich Timm Metallbau Tempelhof		Demps 1986, S.111; Heisig 2000, S.209
Falbe, Oscar Schlosserei Manteuffelstr.77 Kreuzberg		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Favorit Seitenwagen- und Fahrzeugbau		Heimatismuseum Köpenick, Bund der Antifaschisten Treptow e.V. 2001
Feiler W. Feinmechanik GmbH Große Frankfurter Str.53 Friedrichshain		Versklavt und fast verges- sen: Zwangsarbeit im Ber- liner Bezirk Lichtenberg 1939-1945 (2001), S.
Feineisen- und Metallbau Karl Groneberg Eitelstr.9-15 Lichtenberg		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Feinmechanik GmbH W. Fel- ler Große Frankfurter Str.53 (heute Karl Marx Allee) Lichtenberg		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Flettner, A. GmbH Flug- zeugwerk		Heimatismuseum Köpenick, Bund der Antifaschisten Treptow e.V. 2001
Flettner Windturbine GmbH		Heimatismuseum Köpenick, Bund der Antifaschisten Treptow e.V. 2001
Fluggeräte KG Filter & Mann Wassertorstr.9 Kreuzberg		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Flugzeugreparaturwerk Ru- dow GmbH	Kriegsgefangene	LAB A Rep. 250-01-16, Nr.4
Flugzeugschrauben- Herstellung Prinzenstr.96 Kreuzberg		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Flugzeugwerk Joha nnisthal GmbH	Kriegsgefangene	LAB A Rep. 250-01-16, Nr.4
Focke-Wulf-Flugzeugbau GmbH Bremen		Heimatismuseum Köpenick, Bund der Antifaschisten Treptow e.V. 2001
Franz Schmidt & Haensch Prinzessinenstr.16 Kreuzberg		<a href="http://www.berliner-
geschichtswerkstatt.de">www.berliner- geschichtswerkstatt.de ; Heimatismuseum Kreuzberg, Liste Friedrichshain- Kreuzberger Zwangsarbei- ter-Firmen
Frischeisen & Co		Demps 1986, S.79; Ku-

Badstr. 40-41 Reinickendorf		batzki 2001, S.37; www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Fritz-Werner AG Maschinen- und Werkzeug- fabrik Fritz-Werner-Straße Marienfelde	U.a. niederländische, sowjeti- sche und französische Zwangs- arbeiterinnen und -arbeiter	Hopmann 1994, S.202; Demps 1986, S.107 und S.130; Stichtung Hollände- rei (Hg.) 1996, S.269; Ku- batzki 2001, S.37; www.berliner- geschichtswerkstatt.de
F.R. Weber&Co. Kiefholzstr. 1-4 Treptow		Schlesinger, Günther 1999, S.82
Gaubschat, Fahrzeugwerke GmbH Willi-Walter-Straße Neukölln und Lobeckstr. 76/77 Kreuzberg		Demps 1986, S.115; www.berliner- geschichtswerkstatt.de ; Heimatmuseum Kreuzberg, Liste Friedrichshain- Kreuzberger Zwangsarbei- ter-Firmen
Gebbers & Co Kessel Buchholzerstraße Niederschönhausen		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Geh & Co, Maschinenfabrik Spandau		Kubatzki 2001, S.37; www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Gelefa Gewinde-Lehren GmbH Fichtestr.3 Kreuzberg		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Generator Kraft AG Rankestr. 6 Berlin W 50		Kubatzki 2001, S.37
Genschow & Co AG Waffen- fabrik Markgrafenstr.77/ Bou- chéstr.2 Kreuzberg und Friedrichstr.226 Kreuzberg		Kubatzki 2001, S.37; www.berliner- geschichtswerkstatt.de ; Heimatmuseum Köpenick, Bund der Antifaschisten Treptow e.V. 2001
Georg von Giesches Erben Metallschmelze- und Zink- hüttenwerk Tabbertstr. 18 Oberschöneweide		Kubatzki 2001, S.37; www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Gesellschaft für drahtlose Telegraphie mbH (Telefun- ken) Ostendstr. 1-5 Oberschöneweide		Heimatmuseum Köpenick, Bund der Antifaschisten Treptow e.V. 2001

Gesellschaft für elektromechanische und akustische Apparate mbH (GEMA) Wendenschloßstr. 154-158 Köpenick	Einsatz ab 1941, Zwangsarbeitskräfte aus Belgien, Frankreich, Italien, Kroatien, den Niederlanden und der Sowjetunion	Noack 1998, S.54ff.; Gruner 1997, S.346; Kubatzki 2001, S.37; Stichting Hollanderei (Hg.) 1996, S.269
Gesellschaft für Luftfahrtbedarf mbH Tirpitzufer 9 (heute Reichspietschufer) Tiergarten		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Gladitz GmbH Glühlampen-Maschinenfabrik Wienerstr.46 Kreuzberg		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Gleitlager AG Luftwaffenausrüstung Reinickendorf		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Görler, Julius Karl Transformatorfabrik Flottenstr.58 Reinickendorf		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Gorschalski, Kurt & Co Accumulatorenfabrik Köpenickerstr.7 Kreuzberg		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Gottlieb Büchner Berlin, Lufttechnische Anlagen, Herzbergstraße 127, Lichtenberg		Gruner 1997, S.191f.; Voigt 2001b, S.176
Groh F. Aluminiumveredlung Reichenbergerstraße Kreuzberg		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Gustav Brock, Motorenwerkstätten		Heimatomuseum Köpenick, Bund der Antifaschisten Treptow e.V. 2001
Hagenuk Hanseatischer Apparatebau Neufeld & Kuhnke GmbH Corditzstr.33 Tempelhof		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Hansa Leichtmetall AG		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Hans Schwarzkopf Alboinstraße Tempelhof		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Hans Windhoff	Belgische Zwangsrekrutierte	Stichting Hollanderei (Hg.) 1996, S.270; Heimatmuseum Köpenick, Bund der Antifaschisten Treptow e.V. 2001

Hartmann & Braun		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Hartstoff Metall AG Seelenbinderstraße Köpenick	Mindestens seit Februar 1942	Demps 1986, S.131; www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Hartung & Jachmann AG Berliner Gussstahlfabrik und Eisengießerei Herzbergstr.122-124 Lichtenberg		Versklavt und fast vergessen: Zwangsarbeit im Berliner Bezirk Lichtenberg 1939-1945 (2001), S.239
Hasse&Wrede GmbH Werkzeugmaschinenfabrik Christianastr. 116 a und/ oder Berliner Chaussee 12 Marzahn	Französische Zwangsverschleppte	Demps 1986, S.135; Stichting Holländerei (Hg.) 1996, S.269; www.berliner-geschichtswerkstatt.de ; Versklavt und fast vergessen: Zwangsarbeit im Berliner Bezirk Lichtenberg 1939-1945 (2001), S.239
Heckmotoren- und Schnellbootbau GmbH	Überwiegend Ukrainerinnen aber auch Frauen und Männer aus Polen und Frankreich	Kochan 1998, S.32
Heidenhain Gitschiner Str.108 Kreuzberg		www.berliner-geschichtswerkstatt.de ; Heimatismuseum Kreuzberg, Liste Friedrichshain-Kreuzberger Zwangsarbeiter-Firmen
Heike, Richard Maschinenfabrik und Apparatebau Freienwalderstraße Hohenschönhausen		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Heinkel Flugzeugwerke GmbH Berlin W 35 (Tiergarten) und Flottenstr.21-23 Reinickendorf		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Heinrich Klüssendorf KG		
Henschel Flugzeugwerke Engelhardtstraße, Pilotenstraße, Berliner Damm, Kurfürstenstraße Treptow (Schönefeld)	Ab 1943 Belegschaft während des Kriegs: 12 000, darunter viele Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, u.a. Sinti- und Romafrauen	Rose/ Weiss 1991, S.52; Berliner Abendblatt, 10. Dezember 1997 (Leserbrief Hans Badermann, ehem. Lehrling); Stichting Holländerei (Hg.) 1996, S.269; www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Hensel, Max Maschinenfabrik und Eisenbau Hermsdorferstraße Wittenau		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Henseler, Hermann Maschinen- und Apparatebau		www.berliner-geschichtswerkstatt.de

Hollmannstr.32 Kreuzberg		
Herbert Eitner Fabrik e- lektrotechnische Isoliermate- rialien Glienickestr. 39 Köpenick		Kubatzki 2001, S.36
Herbert Lindner Lübarser Str.4-17 Wittenau		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Hermann Clauberg Armatu- ren Gitschiner Str.91 Kreuzberg		www.berliner- geschichtswerkstatt.de ; Heimatismuseum Kreuzberg, Liste Friedrichshain- Kreuzberger Zwangsarbei- ter-Firmen
Hermann Grau Metallware n- fabrik Wilhelmstr.4-9 Friedrichshagen	Mindestens seit Februar 1943	Demps 1986, S.133; www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Heuer, Heinrich Metallwa- renfabrik Kottbusser Ufer 39/40 Kreuzberg		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Hodermann, Kurt Neue Küh- ler- und Flugzeugteile Fabri- ken Colditzstraße Tempelhof	Italiener	Demps 1986, S.109; www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Hösel, Wilhelm Metallware n- fabrik Apparatebau Prinzenstr.98 Kreuzberg		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Hüttenwerke Tempelhof GmbH		www.berliner- geschichtswerkstatt.de ; Tempelhof, S.208
Hugo Heine Propellerwerke		Heimatismuseum Köpenick, Bund der Antifaschisten Treptow e.V. 2001
Hugo Reinz Spandau		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Humboldt-Deutzmotoren AG Magirus Werke Charlottenstr.90 Kreuzberg		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Industrie- und Werkstätten- bedarf Kreuzberg	Jüdische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter	Gruner 1997, S.164 und S.309
J. Gast KG Maschine nbau Warschauerstr.58 Friedrichshain	Niederländer und/ oder Nieder- länderinnen	Stichting Holländerei (Hg.) 1996, S.269, www.berliner- geschichtswerkstatt.de

Julius Pintsch AG (ab 1936 KG) Gradestraße Neukölln und Saganer Straße/ Blockdammweg Lichtenberg	Während des Krieges: 11.200 Beschäftigte davon 3000 Zwangsrekrutierte und 400 Kriegsgefangene	LAB A. Rep. 250-01-13, Julius Pintsch AG, Betriebsgeschichte, S.4 Demps 1986, S.87; www.berliner-geschichtswerkstatt.de ; Versklavt und fast vergessen: Zwangsarbeit im Berliner Bezirk Lichtenberg 1939-1945 (2001), S.240
Kabelwerk Wilhelminenhof AG Tabbertstr.6-7 Oberschöneeweide		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Kärger, G., AG – Werkzeugmaschinen Krautstr.52 Mitte		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Kallmeyer, Richard & Co Johannisstr. 20/21 Berlin N 24	15. November 1943: 20 Zwangsrekrutierte	Demps 1986, S.73; www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Karl Ruhnke Alte Jacobstr.143 Kreuzberg		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Karosserie Luisenstadt Obentrautstr.63-65 Kreuzberg		Heimatismuseum Kreuzberg, Liste Friedrichshain-Kreuzberger Zwangsarbeiter-Firmen
Karosseriefabrik und Fahrzeugwerke Berlin Neukölln	Mindestens seit Februar 1942 Sowjetische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter	Demps 1986, S.115; www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Klasrepohl, Wilhelm Tegeler Maschinenfabrik Breitenbachstr.22 Borsigwalde		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Klopsch, Arthur Metallverarbeitung Neue Friedrichstr.38-40 Mitte		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Klöckner Humboldt Deutz Werke AG Tempelhof und Reinickendorf (Reparaturwerkstatt)		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Knopp, Paul KG, Elektrische Schweissmaschinen Colditzstr.21-23 Tempelhof		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Knorr-Bremse AG Neue Bahnhofstr.9-17 Lichtenberg und	Niederländische Studierende	Reedt Dortland 2001, S.135; Stichting Hollanderei (Hg.) 1996, S.269f.;

Hirschbergerstr.9 Lichtenberg		www.berliner-geschichtswerkstatt.de ; Versklavt und fast vergessen: Zwangsarbeit im Berliner Bezirk Lichtenberg 1939-1945 (2001), S.240
Knychala, Bruno Apparatebau und Feinmechanik Kottbusser Damm 70/71 Kreuzberg		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Koslicki & Owzaryzek Schraubenfabrik Lobeckstr.35 Kreuzberg		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Kratwohl & Grimm, Fabrik für Feinmechanik (Munition) Köpenickerstr.113 Mitte		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Kretzer und Busse Metallwerke		Heimatismuseum Köpenick, Bund der Antifaschisten Treptow e.V. 2001
Kromarek & Knies, Berliner Metall- und Schraubenfabrik An der Wuhlheide 228 Oberschöneweide		
Krone & Co., Fabrik elektrotechnischer Apparate, Berlin-Baumschulenweg Behringstr.50-56	Frühster Hinweis: 1.2.1942 30% (von über 750 Personen) der Belegschaft während des Kriegs arbeiteten zwangsweise. Deutsche Jüdinnen und Juden. Polen, Frankreich, Rußland, Italien, Holland, Dänemark	LAB A Rep. 250-01-16, Nr.KT 004 LAB A Rep. 250-01-16, Nr.KT 008 LAB A Rep. 250-01-16, Nr.K006
Krone Preßwerk GmbH Frankfurter Allee 288 Lichtenberg		Gruner 1997, S.292; www.berliner-geschichtswerkstatt.de (hier nicht als GmbH sondern als AG geführt)
Krupp & Druckenmüller Gottlieb-Dunkel-Str.5 Tempelhof	Niederländische und belgische Zwangsrekrutierte	Stichting Holländerei (Hg.) 1996, S.269f.; www.berliner-geschichtswerkstatt.de ; Heisig 2000, S.208f.
Krupp Registrierkassen		Demps 1986, S.123
Lange, Franz, Feinmechanik und Elektrowerk Köpenickerstr.10 a Kreuzberg		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Leh, Otto Blechbearbeitung, Flugzeugteile, Apparatebau Borussiastr.52 Tempelhof		www.berliner-geschichtswerkstatt.de

Lepel-Zündung GmbH Schönebergerstr.21a-22 Kreuzberg		
Lerm & Ludewig Tempelhof		Heisig 2000, S.208
Lindhorst, Konrad		Heimatismuseum Köpenick, Bund der Antifaschisten Treptow e.V. 2001
Lindström, Carl AG, Fabrik für Feinmechanik Schlesische Str.26 a Kreuzberg		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Lintz & Eckhardt, Kurbel- stickmaschinen Fabrik Brauner Weg 96 Mitte		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Löwe Radio AG Berliner Straße Charlottenburg und Wiesenweg Steglitz		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Lorenz AG Lorenzweg Tempelhof		Demps 1986, S.99ff.; Tem- pelhof, S.211
Lucas-Blechbearbeitung Sieversufer 42 Neukölln		Heimatismuseum Köpenick, Bund der Antifaschisten Treptow e.V. 2001; www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Ludwig Loewe & Co Hollmannstraße Kreuzberg		www.berliner- geschichtswerkstatt.de ; Heimatismuseum Kreuzberg, Liste Friedrichshain- Kreuzberger Zwangsarbei- ter-Firmen
Luftfahrt-Apparatebau GmbH Schlesische Straße Kreuzberg		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Luftfahrtanlagen GmbH Weißensee		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Mädler, Bruno Maschinen- Werkzeuge Köpenicker Str.152 Kreuzberg		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Magnet Maschinen- und Ge- rätebau Tegel GmbH Eisenhammerweg Tegel		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Mannesmann Stahlblech AG Schicklerstr.7		Demps 1986, S.123ff.; www.berliner-

Mitte und Oppenstr.87-97 Adlershof		geschichtswerkstatt.de
Maschinenbau und Bahnbedarf AG – Werk Spandau		Geschichte unter unseren Füßen 1995, S.24
Maschinenbau Stiller Ritterstr.97 Kreuzberg		Heimatismuseum Kreuzberg, Liste Friedrichshain-Kreuzberger Zwangsarbeiter-Firmen
Maschinenfabrik Erich Jaster Ritterstraße Kreuzberg		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Maschinenfabrik Erhard & Gehner Puttkamerstr.15 Kreuzberg		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Maschinenfabrik Ferdinand Osenberg Lichtenberg		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Maschinenfabrik Schmalz Wassertorstr.50 Kreuzberg		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Maschinen- und Apparatebau Oranienstr.183 Kreuzberg	Produktion von Luftfahrtrüstungsgütern	www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Maschinen- und Gerätebau GmbH Waldstr.14-21 Reinickendorf		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Maschinen- und Waagenfabrik Gebr. Dopp Wendenschloßstr.302 Köpenick		Wenzel 1998, S.42; www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Mauser Werke A.G. Borsigwalde (Wittenau)	Belgische Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter	Stichting Holländerei (Hg.) 1996, S.270; www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Max Cochius Alexandrinenstr.35 Kreuzberg		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Maximall Apparatefabrik Paul Willmann Blücherstr.12 Kreuzberg und Zossenerstr.56/60 Kreuzberg		Heimatismuseum Kreuzberg, Liste Friedrichshain-Kreuzberger Zwangsarbeiter-Firmen
Maybach Panzermotorenwerke		Heimatismuseum Köpenick, Bund der Antifaschisten Treptow e.V. 2001
Mechanische Werkstatt Paul Baereke Oranienstr.192		Heimatismuseum Kreuzberg, Liste Friedrichshain-Kreuzberger Zwangsarbeiter-Firmen

Kreuzberg		ter-Firmen
Mechanische Werkstatt und Dreherei Wildt & Krohn Skalitzerstr.68 Kreuzberg		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Meittinger, Rudolf v. Kottbusser Damm 70/71 Kreuzberg	Produktion von Luftwaffengeräten	www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Mertiny AG, Maschinen und Gerätebau Eichborndamm 87 Reinickendorf		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Metallgesellschaft AG Mitte		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Metalloxyd GmbH, Berlin O 17	Kriegsgefangene	LAB A Rep. 250-01-16, Nr.4
Metallwarenfabrik Bergner & Klöppel Friedrichstr.10 Kreuzberg		Heimatomuseum Kreuzberg, Liste Friedrichshain-Kreuzberger Zwangsarbeiter-Firmen
Metallwarenfabrik Weber Treptow		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Michaelsen, Paul Telegra-phen- und Telefonfabrik Schlesischestr.18 Kreuzberg		Heimatomuseum Kreuzberg, Liste Friedrichshain-Kreuzberger Zwangsarbeiter-Firmen
Mix & Genest AG		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Mühlbauer & Co, Gesell-schaft für Verbrennungsmo-toren Kottbusser Damm 74 Kreuzberg		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Müller, Walter, Werkzeug-bau Kochstr.11 Kreuzberg		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Multiplex Apparatebau Al-fred C. Becker Köpenicker Str.152 Kreuzberg		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
NAG-Büssing Automotoren		Heimatomuseum Köpenick, Bund der Antifaschisten Treptow e.V. 2001
Naumann Berlin	Zu einem unbekanntem Zeit-punkt, jedoch mit Sicherheit vor der „Fabrikaktion“ vom 27. Februar 1943. Jüdische ZwangsarbeiterInnen	Gruner 1997, S.309ff.
Nationale Telefon- und Tele-graphenwerke		www.berliner-geschichtswerkstatt.de

Markgrafenstr.76 Kreuzberg		
National Krupp Registrierkassen GmbH Branauerstr. 187/89 (heute Sonnenallee) Neukölln	<p>1942-1944: zwischen 400 und 865 vorwiegend Zwangsarbeiterinnen aus Polen, der UdSSR und Frankreich.</p> <p>Im August 1944: Umwandlung des Zwangsarbeiterinnenlagers in ein Außenlager des KZ Sachsenhausen, etwa 500 polnische Jüdinnen, die aus dem Ghetto Lodz kommend in Auschwitz als „arbeitsfähig“ selektiert wurden, wurden nach Neukölln zur Arbeit bei NKR deportiert. Möglicherweise hatten diese Jüdinnen bereits im Ghetto Lodz in der dort erreichten Zweigstelle der NKR gearbeitet. In Neukölln mußten sie Zünder Uhren für Zünder und Maschinenpistolen, möglicherweise auch Flugzeugteile herstellen.</p>	<p>Spielmann 1988, S.420ff.; Ramm 1999, S.76ff.; www.vvn-bda.de/bund/liste; www.hagalil.com/shoah/zwangsarbeit/firmen; www.keom.de, 20.3.02; www.berliner-geschichtswerkstatt.de</p>
Nieder-Barnimer Flugzeugmotoren-Werke		Stichting Holländerei (Hg.) 1996, S.269
Nordbau, Deutsche Motorenbau GmbH	Niederländer und/ oder Niederländerinnen	Stichting Holländerei (Hg.) 1996, S.269
Norddeutsche Dornier-Werke Wismar Waldstr.22-28 Reinickendorf		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Norddeutsche Kabelwerke AG, Am Oberhafen, Neukölln	Sowjetische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter	Demps 1986, S.115
Norddeutsche Kugellagersellschaft Rittergutstr.44-46 Lichtenberg		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Nordische Aluminium AG (NORDAG)		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Nordland Schneekettenfabrik	Niederländer und/ oder Niederländerinnen	Stichting Holländerei (Hg.) 1996, S.269
Opitz, Emil	Produktion von Bomben und Munition	www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Opta Radio AG	Niederländer und/ oder Niederländerinnen	Stichting Holländerei (Hg.) 1996, S.269; www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Orenstein & Koppel AG Tempelhofer Ufer 23/24 Kreuzberg		www.berliner-geschichtswerkstatt.de ; Heimatomuseum Kreuzberg, Liste Friedrichshain-

		Kreuzberger Zwangsarbeiter-Firmen
Ormig Werke		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Osram GmbH Berlin	1940/41: 509 Zwangsrekrutierte, 1941/42: 1530 Zwangsrekrutierte, 1942/43: 2609 ZwangsarbeiterInnen Reichsdeutsche, jüdische Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter aus Flamen, den Niederlande, Frankreich (ab Oktober 1940), SU, Ukrainerinnen (ab Mai 1942), ab 1943 bis Kriegsende auch KZ-Häftlinge	Landesarchiv 2001, S.52; Reiher 1993, S.170ff.; Gruner 1997, S.306; Demps 1978, S.417; Stichting Hollanderei (Hg.) 1996, S.269f.; Heimatmuseum Köpenick, Bund der Antifaschisten Treptow e.V. 2001
OSRAM GmbH KG Glühlampenwerk D Rotherstr.23 Friedrichshain		Versklavt und fast vergessen: Zwangsarbeit im Berliner Bezirk Lichtenberg 1939-1945 (2001), S.240; Reiher 1993
Paul Böhm & Co Ritterstr.11 Kreuzberg	Produktion von Luftwaffengeräte, Panzerkampfwagen, Sturmgeschützen	www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Paul Weinitschke GmbH Eisenbahnsignalbau und Maschinenfabrik Rittergutstr.128 Lichtenberg	Oktober 1942 Russen, Polen	LAB A Rep. 250-01-20, Nr.006; www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Peiner Walzwerk GmbH Mariendorf		Tempelhof, S.213; www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Petrix, Fabrik für Flugzeugbatterien	Außenlager des KZ Sachsenhausen, erste Erwähnung 27.9.1944, etwa 500 vermutlich überwiegend jüdische Frauen aus Polen, deportiert von Auschwitz und Ravensbrück sowie belgische Frauen	www.keom.de
Pfalzgraf Akkumulatorenfabrik Chausseestraße Mitte	Jüdische Zwangsarbeiterinnen bis zur „Fabrikaktion“	Tafel „Zwangsarbeit Berliner Juden“ in der Ausstellung „Geraubte Zeit. Zeugen der Zwangsarbeit im Nordosten Berlins 1938-1945. Ausstellungsprojekt im Rahmen des Projekts Berliner Regionalmuseen „Zwangsarbeit in Berlin 1938-1945“. 1. März – 14. Juli 2002.
Pieron, Otto, Maschinen- und Gerätebau GmbH		www.berliner-geschichtswerkstatt.de

Waldstr.14-21 Reinickendorf		
Philips		Stichting Holländerei (Hg.) 1996, S.269
Plathner, Ernst, Elektrobau Dresdnerstr. 88 Kreuzberg		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Preßluftwerkzeug- und Ma- schinenfabrik (Pre mag)		Heimatmuseum Köpenick, Bund der Antifaschisten Treptow e.V. 2001
Primus-Traktoren- Gesellschaft Johannes Köhler & Co		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Prometheus Maschine nfabrik Reinickendorf		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
R. Stock & Co Tempelhof		Heisig 2000, S.213
RABOMA Hermann Schoe- ning Maschine nfabrik Borsigwalde		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Ransmeyer, Albert & Rodri- an Köpenicker Straße Mitte		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Ravene Stahl AG Alte Jacobstraße 85 Kreuzberg		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Reinhardt, Gustav Rüstungs- betrieb Brandenburgstr.72-73 Kreuzberg		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Reiser, Albrecht, Maschine n- fabrik, Asphalt-, Teer- und Straßenmaschinen Werneucherstraße Hohenschönhausen		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Rheinmetall-Borsig	Zwangsrekrutierte Studenten aus den Niederlanden und Zwangsarbeiterinnen und - arbeiter aus der SU, Polen, Belgien und Tschechien; KZ- Häftlinge aus Sachsenhausen. Gegen Kriegsende ca. 5000 Zwangsverschleppte, etwa ein Drittel der Belegschaft	Demps 1986, S.149ff. und S.109; Kaspar/ Schuster/ Watkinson 1993, S.5 u. 79ff.; Stichting Holländerei (Hg.) 1996, S.269f.; <a href="http://www.berliner-
geschichtswerkstatt.de">www.berliner- geschichtswerkstatt.de ; Tempelhof, S.212
Richard Bosse & Co Wiener Str.43 Kreuzberg		<a href="http://www.berliner-
geschichtswerkstatt.de">www.berliner- geschichtswerkstatt.de ; Heimatmuseum Kreuzberg, Liste Friedrichshain- Kreuzberger Zwangsarbei- ter-Firmen

Richter, Joachim, Spezialbetrieb Flugzeugteile Berliner Str.172 Lichterfelde		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Riedel, Helmut, Apparatebau Köpenickerstr.145 Kreuzberg		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Rieth & Sohn Metall-Bearbeitung Werkstätte Drontheimer Str.27-31 Reinickendorf		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Rietschel & Henneberg GmbH Lobeckstr.81 Kreuzberg		www.berliner-geschichtswerkstatt.de ; Heimatismuseum Kreuzberg, Liste Friedrichshain-Kreuzberger Zwangsarbeiter-Firmen
Robert Karst	Niederländische und belgische Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter	Stichting Holländerei (Hg.) 1996, S.270
Roeder Stahlzackwerk Ritterstr.123 Kreuzberg		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Römer Maschinenfabrik Alte Jacobstr.143 Kreuzberg		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Roland Brandt Köpenicker Str.6a/7 Kreuzberg		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Roller, A. Maschinenfabrik		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Rotaprint AG Reinickendorfer Str.46 Wedding		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Roth Büchner GmbH Oberlandstr.75-84 Tempelhof		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Sachse & Co Residenzstr.72-73 Reinickendorf		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Sander Maschinenbau		Heimatismuseum Köpenick, Bund der Antifaschisten Treprow e.V. 2001
Sasse, Wilhelm, Werkzeugmaschinenfabrik Seeburgerstr.9-11 Spandau		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Scheu, F.A. Werkzeugmaschinenfabrik Neues Ufer 19-25 Tiergarten		www.berliner-geschichtswerkstatt.de

Schindler Waßmannstr.12 Kreuzberg		Heimatismuseum Kreuzberg, Liste Friedrichshain- Kreuzberger Zwangsarbei- ter-Firmen
Schmidtchen & Co Wiener Straße Kreuzberg und Sellerstr. 13 Wedding		www.berliner- geschichtswerkstatt.de ; Heimatismuseum Kreuzberg, Liste Friedrichshain- Kreuzberger Zwangsarbei- ter-Firmen
Schmidt, Otto L. Maschine- fabrik Quitowstraße Hohenschönhausen		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Schneeketten- Produktionsfirma Mehringdamm 92 Kreuzberg		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Schüller Motoren		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Schwarz, Gustav GmbH – Propellerwerk Oraniendamm Waidmannslust		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Schwarz, Karl – Maschine- fabrik Nowackstraße Rummelsburg und Kantstr.25 Rummelsburg		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Schwarzkopf Hauptstr. 25-27 Reinickendorf	Mindestens ab 1943 Zwangs- rekrutierte aus der SU	Demps 1986, S.159; Stich- ting Holländerei (Hg.) 1996, S.269 (dort ist die Firma als Schwarzhoff- Lokomotiven aufgeführt)
Siemens Produktionsstätten: Siemens & Halske AG: Schö- nebergerstr.2-4 (Kreuzberg), Adalbertstr. 6 (Kreuzberg), Streitstr.5-17 (Spandau) Siemens Apparate und Ma- schinen GmbH: Wilhelm-von-Siemens-Straße (Marienfelde), Askanischer Platz (Kreuzberg), Krim- hildstr.4-12 (Lichtenberg) Siemens Reinigerwerke AG: Max-Reinhardt-Straße (Ber- lin NW 7) Siemens Schuckert AG:	Siemens hat von allen Groß- konzernen am frühesten und extensivsten Zwangsarbeits- kräfte angefordert und einge- setzt. Im April 1940 wurden 500, im Oktober 1940 bereits 1300 bis Herbst 1941 bereits 3300 reichsdeutsche und polnische Jüdinnen eingesetzt. Ab Sep- tember 1942 arbeiteten 300 bis 800 weibliche KZ-Häftlinge in Ravensbrück für Siemens, bei Kriegsende waren es zwischen 2100 und 3000 Frauen und Kindern. 1942 wurden zusätz-	Landesarchiv 2001, S.51f.; Berliner Zeitung, 21.1.1993; Bräutigam 1998, S.10; Frings, 10.2.1997; Gruner 1997, S.308; Rose/ Weiss 1991, S.55ff.; Roth 1996, S.154ff.; Sachse 1991, S.4ff.; Sandvoß 1988, S.91; www.keom.de , 20.3.02; Stichting Holländerei (Hg.) 1996, S.269f.; www.berliner- geschichtswerkstatt.de ; Voigt 2001a, S.163 und S.165; Heimatismuseum

<p>Nonnendammallee, (Siemensstadt); Charlottenburg; Schöneberger Straße (Kreuzberg), Rhenania Straße (Spandau); Königsstr.43/44 (Mitte), Zossenerstr.56-60 (Kreuzberg) Siemens-Planiawerke AG für Kohlefabrikate: Herzbergstraße 128/129 (Lichtenberg)</p>	<p>lich 20 Werkshallen von S&H bei Ravensbrück gebaut. Für das auf Antrag von Siemens Schuckertwerke AG im Juli 1944 errichtete Außenkommando des KZ-Sachsenhausen in Siemensstadt wurden bis Ende 1944 an die 4000 KZ-Häftlinge zur Verfügung gestellt. 1943 waren 30% der Berliner Siemens Lohnabhängigen zwangsweise beschäftigt, bei SSW sogar 42% darunter jüdische Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter, KZ-Häftlinge aus Ravensbrück und Sachsenhausen, Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter aus Polen und der SU, Kriegsgefangene. Bei Siemens-Plania betrug der Anteil der ausländischen Zwangsrekrutierten an der Gesamtbelegschaft zu einem nicht genannten Zeitpunkt 36,6%. Sogar 10 bis 13-jährige Kinder mussten zwangsweise arbeiten.</p>	<p>Kreuzberg, Liste Friedrichshain-Kreuzberger Zwangsarbeiter-Firmen; Versklavt und fast vergessen: Zwangsarbeit im Berliner Bezirk Lichtenberg 1939-1945 (2001), S.</p>
<p>Spandauer Stahl Industrie Freiheit 16-17 Spandau</p>	<p>Niederländer und/ oder Niederländerinnen</p>	<p>Stichting Holländerei (Hg.) 1996, S.270; www.berliner-geschichtswerkstatt.de</p>
<p>SOLEX-Kraftfahrzeugwerkstatt Heilbronnerstraße Wilmersdorf</p>		<p>www.berliner-geschichtswerkstatt.de</p>
<p>Sonnenschein, Dr. Th. – Accumulatorenfabrik</p>		<p>www.berliner-geschichtswerkstatt.de</p>
<p>SPEM Spezialmaschinenfabrik GmbH</p>	<p>Niederländer und/ oder Niederländerinnen</p>	<p>Stichting Holländerei (Hg.) 1996, S.270</p>
<p>Spema Spezialmaschinenfabrik GmbH Elisabethstr.30 Mitte</p>	<p>Wahrscheinlich ist die Spema identisch mit der SPEM. Viele ehemalige Zwangsrekrutierte erinnern sich gar nicht oder eben nicht ganz genau an die Namen der Firmen, in denen sie gearbeitet haben.</p>	<p>www.berliner-geschichtswerkstatt.de</p>
<p>Spuhn, Walter – Maschinen- und Apparatfabrik Müggelseedamm 119-121 Friedrichshagen</p>		<p>www.berliner-geschichtswerkstatt.de</p>
<p>Stahlbau Wittenau GmbH</p>		<p>www.berliner-geschichtswerkstatt.de</p>
<p>Steffens & Noelle AG</p>		<p>www.berliner-geschichtswerkstatt.de</p>

Gottlieb-Dunkel-Str.20/22 Tempelhof		geschichtswerkstatt.de
Sternberg Schraubenfabrik Breitenbachstr.11-12 Borsigwalde		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Stock & Co Großbeerenstr.146 Marienfelde		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Stolzenberg & Co GmbH Saalmanstr.7-11 Reinickendorf		www.berliner- geschichtswerkstatt.de ; Heimatismuseum Kreuzberg, Liste Friedrichshain- Kreuzberger Zwangsarbei- ter-Firmen
Streubing & Co Maschine- fabrik Ruschestr.32-34 Lichtenberg		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Talbot Fabrik für elektrische Lieferwagen		www.berliner- geschichtswerkstatt.de ; Heimatismuseum Köpenick, Bund der Antifaschisten Treptow e.V. 2001
Taxameter-Gesellschaft, Richter & Co oHG Oranienstr.24 Kreuzberg	Produktion von Munition für Artillerie	www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Telefunken AG Produktionsstätten: Hallesches Ufer 30 (Kreuz- berg), Mehringdamm 32-34 (Kreuzberg), Tempelhofer Ufer 9 (Kreuzberg), Maxstr.8 (Schöneberg); Sickingenstr.71 (Tiergarten), Telefunken AG Stammhaus: Vierter Ring, Osteweg (Ze hendorf)		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Teves Maschinen- und Ama- turenfabrik GmbH Berlin	Sommer 1942: 165 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter u.a. Jüdinnen und Juden	Gruner 1997, S.303
Thyssen Eisen und Stahl AG		www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Tschierschke, Otto, Mecha- nische Werkstätten oHG Zeughofstr.20 Kreuzberg und Muskauerstr.52 Kreuzberg	Produktion von Artilleriemuni- tion	www.berliner- geschichtswerkstatt.de
Ventilatorenfabrik Karl Run- ke		Tafel „Unterkünfte und Arbeitsstätten“ in der Aus-

Langhansstr. 57/58 Weißensee		stellung „Geraubte Zeit. Zeugen der Zwangsarbeit im Nordosten Berlins 1938-1945. Ausstellungsprojekt im Rahmen des Projekts Berliner Regionalmuseen „Zwangsarbeit in Berlin 1938-1945“. 1. März – 14. Juli 2002.
Vereinigte Aluminiumwerke AG		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Vereinigte Eisenbahn Signalwerke	Niederländer und/ oder Niederländerinnen	Stichting Holländerei (Hg.) 1996, S.270
Vereinigte Isolatorenwerke AG Wollankstr.32-33 Pankow	Niederländer und/ oder Niederländerinnen	Stichting Holländerei (Hg.) 1996, S.270; www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Vereinigte Kugellagerfabriken AG Erkner Fürstenwalder Allee/ Zum Wasserwerk/ Berliner Str.9-15 Erkner	Ukrainerinnen	Just 1998, S.106; www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Vereinigte Leitungsdraht Fabriken GmbH Tempelhofer Ufer 11 Kreuzberg		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Vötsch, Ernst, Kältemaschinen und Kühlanlagenbau Sedanstr.6 a Lankwitz		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
VOLTA Elektrizitäts AG Oraniendamm 67-72 Waidmannslust		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Waffenfabrik Röttsche Hollmannstr.34 Kreuzberg		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Weber, Albert – Wäschereimaschinenfabrik Pistoriusst.118 Weißensee		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Weber, Richard GmbH Präzisionwerkzeug Germaniastr.80-83 Tempelhof		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Wegner, Ernst, Metallwarenfabrik und Galvanisierungsanstalt Kottbusser Damm 75 Kreuzberg		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Weichbrodt & Friedrich,		www.berliner-

Armaturen Fabrik, Metallgießerei Kottbusser Damm 75 Kreuzberg		geschichtswerkstatt.de
Weißensee Guß GmbH Franz-Joseph Str.110 Weißensee		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Wendt GmbH Apparate- und Maschinenbau Grünthalerstraße Wedding		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Werkzeugfabrik Karl Weber Ritterstr.11 Kreuzberg		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Werkzeug- und Metallwarenfabrik Ernst Winkler Köpenickerstr.145-147 Kreuzberg		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Werkzeug- und Metallwarenfabrik Rudolf Weidman Oranienstr.188 Kreuzberg	Produktion von Munition und Bomben	www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Weser Flugzeugbau GmbH Tirpitzufer (heute Reichspiet-schufer) Tempelhof	Einsatz ab mindestens 1941, im Oktober 1942 mindestens 258 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, u.a. aus Polen, der SU und Tschechoslowakei	Demps 1986, S.97ff., Heisig 2000, S.207; www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Wilhelm Wurl, Maschinenfabrik und Presswerk Roelcke-str.70-73 Weißensee	Lager in der Rennbahnstraße, Weißensee	Kubatzki 2001, S.10; www.berliner-geschichtswerkstatt.de
WIMAG Wittenauer Maschinenfabrik GmbH Ecke Straße 22 Borsigwalde		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Windhoff Apparate und Maschinenfabrik AG Benningsenstr.20-22 Friedenau		www.berliner-geschichtswerkstatt.de
Zeiss-Ikon-Werke	Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion	Demps 1986, S.99
Ziehl&Abegg Elektrizitätsgesellschaft mbH, Geringstraße, Weißensee	Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus Polen	Demps 1986, S.14

F. Literatur- und Quellenverzeichnis

Literatur

Adress- und Export-Handbuch der Maschinen-, und Metall- und elektrotechnischen Industrie. Nach amtlichen und authentischen Quellen mit Unterstützung führender Wirtschafts- und Fachverbände bearbeitet von Herbert Loesdau. 2. Ausg., Berlin 1925/26.

Aly, Götz u.a. (Hg.) (1986): Herrenmensch und Arbeitsvölker. Ausländische Arbeiter und Deutsche 1939-1945. Berlin.

Aussonderung und Tod. Die klinische Hinrichtung der Unbrauchbaren. Hg. vom Verein zur Erforschung der nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik. Berlin.

Barwig, Klaus/ Günter Saathoff/ Nicole Weyde (Hg.) (2000): Entschädigung für NS-Zwangsarbeit. Rechtliche, historische und politische Aspekte. Baden-Baden.

Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.) (1998): „Totaleinsatz“. Zwangsarbeit in Berlin 1943 – 1945. Tschechische ZeitzeugInnen erinnern sich. Briefdokumentation der Projektgruppe: Vergessene Lager – vergessene Opfer. ZwangsarbeiterInnen in Berlin 1939-1945.

Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.) (2000): Erzählte Geschichte. Zwangsarbeit in Berlin. 1940-1945. Erinnerungsberichte aus Polen, der Ukraine und Weißrußland. Erfurt.

Berliner Zeitung, 21. Januar 1993.

Bildserie Wohnheime (1998). In: Jamin, Mathilde (Hg.).

Bleyer, Wolfgang/ Klaus Drobisch (1970): Dokumente zur Ausbeutung ausländischer Zwangsarbeiter durch das deutsche Monopolkapital im zweiten Weltkrieg. In: Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“, H.3.

Bräutigam, Helmut (1998): Entwicklungslinien des „Ausländereinsatzes“ in Berlin. „Arbeitsbeschaffung“ und erste Fremdarbeiter in Berlin. In: Scholze-Irrlitz (Hg.).

Bräutigam, Helmut (1999): Einige Aspekte des „Fremdarbeitereinsatzes“ in Berlin 1939-1945. In: Spanjer, Rimco/ Diète Oudesluijs/ Johan Meijer (Hg.).

Buchheim, Hans u.a. (1994): Anatomie des SS-Staates. 6. Aufl., München.

Bund der Antifaschisten e.V., Begegnungstätte PRO (2001): Zwangsarbeit 1939-1945. Beteiligte Firmen in Treptow/ Köpenick, Übersicht. Standort des Bestandes: Heimatmuseum Köpenick.

Bremberger, Bernd (2000): „Werte“ und „unwerte“ Babys. Nationalsozialistische Bevölkerungspolitik zwischen Mutterkult und Massenmord. In: Gößwald, Udo im Auf-

trag des Bezirksamts Neukölln von Berlin, Abt. Bildung, Schule und Kultur, Kulturstadt/ Heimatmuseum (Hg.).

Bräutigam; Helmut (1999): Einige Aspekte des „Fremdarbeitereinsatzes“ in Berlin 1939-1945. In: Spanjer, Rimco/ Diète Oudesluijs/ Johan Meijer (Hg.).

Brozik, Karl (1998): Die Entschädigung von nationalsozialistischer Zwangsarbeit durch deutsche Firmen. In: Barwig/Saathoff/ Weyde (Hg.).

Broszat, Martin (1994): Nationalsozialistische Konzentrationslager 1933-1945. In: Buchheim u.a.

Conrad, Christoph (1986): Erfolgsbeteiligung und Vermögensbildung der Arbeitnehmer bei Siemens (1847-1945). In: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte. hrsg. von Hans Pohl und Wilhelm Trewe. Beiheft 36, Stuttgart.

Demps, Laurenz (1978): Die Ausbeutung von KZ-Häftlingen durch den Osram-Konzern 1944/45. In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Jg. 26, H.5.

Demps, Laurenz (1986): Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterlager in der faschistischen Reichshauptstadt Berlin 1939-1945. Berlin (Ost).

Demps, Laurenz (1998): Das Thema Zwangs- und Fremdarbeit in der DDR-Histographie. Eine Skizze. In: Scholze-Irrlitz/Noack (Hg.).

Demps, Laurenz (1999): Sechs Forschungsvorschläge. Anmerkungen zum Stand der Forschung über die Fremd- und Zwangsarbeit in Berlin: In: Spanjer, Rimco/ Diète Oudesluijs/ Johan Meijer (Hg.).

Deutschkron, Inge (2001): Wir standen zehn Stunden an den Maschinen und passeten auf dass sich der Faden auf den rotierenden Spindeln nicht verhedderte. In: Versklavt und fast vergessen: Zwangsarbeit im Berliner Bezirk Lichtenberg 1939-1945.

Didier, Friedrich (1943): Europa arbeitet in Deutschland. Sauckel mobilisiert die Leistungsreserven. Berlin.

Die Grünen im Landtag (Hessen); Bemenek, Lothar/ Schwalba-Hoth (Hg.) (1984): Hessen hinter Stacheldraht. Verdrängt und vergessen. KZs, Lager, Außenkommandos. Frankfurt/M.

Die Grünen im Landtag (Hessen); Bemenek, Lothar/ Schwalba-Hoth (Hg.) (1984): Stichwort: Arbeitserziehungslager (AEL) der Gestapo. (Breitenau, Heddenheim mit drei Arbeitskommandos, Hirzenhain, Affoldern sowie Biblis und Griesheim). Frankfurt.

Die Kriegsjahre in Deutschland. Ergebnisse und Anregungen aus dem Schülerwettbewerb Detusche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten 1982/83. hg. von Dieter Gabinski/ Wolf Schmidt.

Die Siemenswerke in Siemensstadt. Sonderdruck aus den Studien über die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Genf 1930.

Diner, Dan (Hg.) (1987): Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit. Frankfurt.

Dollmann, Lydia/ Susanne Eckelmann (2000): Polnische Erinnerungsberichte. In: Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.).

Dortland, Reedt (2001): Nimwegen – Berlin – Sosnowitz und über viele Umwege nach Hause. Erinnerungen von Wilhelm van Reedt Dortland. In: Versklavt und fast vergessen: Zwangsarbeit im Berliner Bezirk Lichtenberg 1939-1945.

Eckelmann, Susanne/ Cord Pagenstecher (2000): Zur Einführung. In: Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.).

Eichholtz, Dietrich/ Klaus Drobisch (1970): Die Zwangsarbeit ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland während des zweiten Weltkrieges. In: Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg“, Nr. 3, Berlin (Ost).

Elfenbein, Stefan/ Peter de Thier/ Brigitte Scholtes (27. Januar 1999): Übernahme von Bankers Trust durch Deutsche Bank gefährdet. Jüdischer Weltkongreß fordert Regelung der Ansprüche von NS-Opfern. In: Berliner Zeitung.

Endlich, Stefanie/ Wolf Kaiser (2001): Vergessene Lager? Zum Umgang mit KZ-Außenlagern seit 1945. In: Meyer, Winfried/ Klaus Neitmann (Hg.).

Enzyklopädie des Nationalsozialismus. Hg. von Wolfgang Benz/ Hermann Graml/ Hermann Weiß. München 2001.

Eryilmaz, Aytac (1998): Das Leben im Wohnheim. In: Jamin, Mathilde (Hg.).

Evers, Lothar (2000): Verhandlungen konnte man das eigentlich nicht nennen...In: Winkler, Ulrike (Hg.).

Feldenkirchen, Wilfried (1997): Siemens. Von der Werkstatt zum Weltunternehmen. München.

Ferencz, Benjamin B. (1979): Lohn des Grauens. Die verweigerte Entschädigung für jüdische Zwangsarbeiter. Ein Kapitel deutscher Nachkriegsgeschichte. Frankfurt/ New York.

Forstmeier, Friedrich/ Hans-Erich Volkmann (Hg.) (1975): Wirtschaft und Rüstung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Düsseldorf.

Freiling, Harald (1984): Das Durchgangslager für Ostarbeiter in Kelsterbach. In: Die Grünen im Landtag (Hessen); Bemnek, Lothar/ Schwalba-Hoth (Hg.).

Freund, Florian (1994): Die Entscheidung zum Einsatz von KZ-Häftlingen in der Raketenrüstung. In: Heß, Torsten (Hg.).

Frings, Ute: "Siemens wartet die biologische Endlösung ab." Ehemalige Zwangsarbeiter fordern zum Firmenjubiläum nunmehr lautstark Entschädigung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. Februar 1997.

Fröbe, Rainer (1991): Der Arbeitseinsatz von KZ-Häftlingen und die Perspektive der Industrie 1943-1945. In: Herbert, Ulrich (Hg.).

Fuchslocher, Kolja (1998): „Ich hab Berlin in Schutt und Asche fallen sehn“. Der Alltag der Fremd- und Zwangsarbeiter im Luftkrieg. In: Scholze-Irrlitz/ Noack (Hg.).

Füllberg-Stolberg, Claus (1994): Ausländische Zwangsarbeiter im Nationalsozialismus. In: Heß (Hg.).

Gall, Lothar/ Manfred Pohl (Hg.) (1998) Unternehmen im Nationalsozialismus. München.

Geschichte unter unseren Füßen. Ausstellungsprojekt der Heinrich-Böll-Oberschule in Zusammenarbeit mit der Jugendgeschichtswerkstatt Spandau. 1995.

Goschler, Constantin (1986): Streit um Almosen. Die Entschädigung der KZ-Zwangsarbeiter durch die deutsche Nachkriegsindustrie. In: Sklavenarbeit im KZ. Dachauer Hefte. Hg. von Wolfgang Benz und Barbara Distel.

Gößwald, Udo im Auftrag des Bezirksamts Neukölln von Berlin, Abt. Bildung, Schule und Kultur, Kulturamt/ Heimatmuseum (Hg.) (2000): Der erste Schrei oder wie man in Neukölln zur Welt kommt. Begleitband zur Ausstellung.

Gruner, Wolf (1990): Arbeitsmarkt und Sondererlaß. Menschenverwertung, Rassenpolitik und Arbeitsamt. Berlin.

Gruner, Wolf (1996): Judenverfolgung in Berlin 1933-1945. Eine Chronologie der Behördenmaßnahmen in der Reichshauptstadt. Berlin.

Gruner, Wolf (1997): Der geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden. Zur Zwangsarbeit als Element der Verfolgung 1938-1943. Berlin.

Gruppe 3 frankfurt a. m. (2000): Ressentiment und Rancune: Antisemitische Stereotype in der Entschädigungsdebatte. In: Winkler, Ulrike (Hg.).

Hamann, Matthias (1985): Die Morde an polnischen und sowjetischen Zwangsarbeitern in deutschen Anstalten. In: Aussonderung und Tod. Die klinische Hinrichtung der Unbrauchbaren.

Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts (Hg.) (1987): Das Daimler-Benz-Buch. Ein Rüstungskonzern im „Tausendjährigen Reich“. Nördlingen.

Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur (Hg.) (1991): „Deutsche Wirtschaft“. Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen für Industrie und Behörden. Hamburg.

Haustein, Petra/ Rolf Schmolling/ Jörg Skriebeleit (Hg.) (2001): Konzentrationslager. Geschichte und Erinnerung. Neue Studien zum KZ-System und zur Gedenkkultur. Ulm.

Hautsch, Gert (1979): Das Imperium AEG-Telefunken. Ein multinationaler Konzern. Frankfurt.

Heer, Hannes/ Klaus Naumann (Hg.) (1997): Vernichtungskrieg der Wehrmacht 1941-1944. Hamburg.

Heine, Claudia (1998): „Ich habe immer ehrliche Arbeit gemacht.“ Das Schicksal Vojtech Fialas, Tschechien. In: Scholze-Irrnitz/ Noack (Hg.).

Heisig, Matthias (2000): „Westarbeiter“ – „Ostarbeiter“ – „Fremdarbeiter“. Ausländische Zwangsarbeit während des Zweiten Weltkriegs in Tempelhof. In: Eisen bis Pralinen. Tempelhof und seine Industrie. Begleitbuch zur Ausstellung. Hg. vom Bezirksamt Tempelhof von Berlin. Berlin.

Herbert, Ulrich (1985): Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Berlin, Bonn.

Herbert, Ulrich (1986): Der „Ausländereinsatz“. Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in Deutschland 1939-1945 - ein Überblick. In: Aly u.a. (Hg.).

Herbert, Ulrich (1987): Arbeit und Vernichtung. Ökonomisches Interesse und Primat der „Weltanschauung“ im Nationalsozialismus. In: Diner (Hg.).

Herbert, Ulrich (1990): Mündliche und schriftliche Stellungnahme anlässlich der öffentlichen Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages am 14.12.1989. In: Entschädigung für NS-Zwangsarbeit: öffentliche Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages am 14.12.89. hg. vom Dt. Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit. Bonn.

Herbert, Ulrich (Hg.) (1991): Europa und der „Reichseinsatz“. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938-1945. Essen.

Herbert, Ulrich (1995): Arbeit, Volkstum, Weltanschauung. Über Fremde und Deutsche im 20. Jahrhundert. Frankfurt.

Herbert, Ulrich (1999): Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Neuaufl., Berlin, Bonn.

Herbert, Ulrich (2001): Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. München.

Heß, Torsten (Hg.) (1994): Zwangsarbeit und die unterirdische Verlagerung von Rüstungsindustrie. Nordhausen.

Heuel, Eberhard (1989): Der umworbene Stand. Die ideologische Integration der Arbeiter im Nationalsozialismus 1933-35. Frankfurt, New York.

Heusler, Andreas (1991): Zwangsarbeit in der Münchner Kriegswirtschaft 1939-1945. München.

Hopmann, Barbara u.a. (1994): Zwangsarbeit bei Daimler-Benz. Stuttgart.

Jamin, Mathilde (Hg.) (1998): Fremde Heimat. Eine Geschichte der Einwanderung aus der Türkei. Essen.

Jung, Ulla (1997): Ein Stern aus Blech, gelb angemalt. Zwangsarbeit in der Rüstungsfirma Ehrich & Graetz. In: Kulturamt Prenzlauer Berg.

Just, Annette (1998): „Als ich schrieb, habe ich geweint, weil ich die ganze Kindheit und Jugend hinter Stacheldraht verbracht habe.“ Erinnerungen ukrainischer Frauen und Männer an ihre Zwangsarbeit in Berlin-Köpenick. In: Scholze-Irrlitz/ Noack (Hg.).

Kaienburg, Hermann (Hg.) (1996): Konzentrationslager und deutsche Wirtschaft 1939-1945. Opladen.

Kaienburg, Hermann (1996): KZ-Haft und Wirtschaftsinteresse: Das Wirtschaftsverwaltungshauptamt der SS als Leitungszentrale der Konzentrationslager und der SS-Wirtschaft. In: derselbe (Hg.).

Kaiser, Ernst/ Michael Knorn (1996): „Wir lebten und schliefen zwischen den Toten“: Rüstungsproduktion, Zwangsarbeit und Vernichtung in den Frankfurter Adlerwerken. Frankfurt, New York.

Kaiser, Peter M. (1975): Monopolprofit und Massenmord im Faschismus. Zur ökonomischen Funktion der Konzentrations- und Vernichtungslager. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. 20. Jg., H.5.

Kannapin; Hans-Eckhardt (1966): Wirtschaft unter Zwang. Köln.

Kasper, Barbara/ Lothar Schuster/ Christof Watkinson: Arbeiten für den Krieg. Deutsche und Ausländer in der Rüstungsproduktion bei Rheinmetall-Borsig 1943-1945. Hamburg.

Kienzl, Gabriele (26. Januar 2001): Bestattungsbücher und Kriegsgräberlisten. Unveröffentl. Manuskript der AG Kirchenkampf und Zwangsarbeit der Ev. Kirche in Berlin/ Brandenburg. In: Antifa Treptow, NS-Opfer, Ordner 2.1., Heimatmuseum Köpenick.

Kochan, Thomas (1998): Topographie der möglichen Begegnungen. Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterlager in der Erinnerung deutscher Anwohner. In: Scholze-Irrlitz/ Noack (Hg.).

Koebel-Tusk, Eberhard (1958): AEG. Energie - Profit - Verbrechen. Berlin (Ost).

Körner, Klaus (2001): 14 Vorwände gegen die Entschädigung von Zwangsarbeitern. „Der Antrag ist abzulehnen“. Eine deutschen Skandalgeschichte 1945-2000. Hamburg.

Kopke, Christoph (Hg.) (2001): Medizin und Verbrechen. Festschrift zum 60. Geburtstag von Walter Wuttke. Ulm.

Kubatzki, Rainer (2001): Zwangsarbeiter- und Kriegsgefangenenlager. Standorte und Topographie in Berlin und im brandenburgischen Umland 1939 bis 1945. Eine Dokumentation. Berlin.

Kuczynski, Thomas (2000): Entschädigungsansprüche für Zwangsarbeit im „Dritten Reich“. In: Winkler, Ulrike (Hg.).

Kulturamt Prenzlauer Berg, Prenzlauer Berg Museum für Heimatgeschichte und Stadtkultur (Hg.) (1997): Leben mit der Erinnerung. Jüdische Geschichte im Prenzlauer Berg. Berlin.

Landesarchiv Berlin (Hg.) (2001): Spezialinventar Quellen zur Geschichte der Zwangsarbeit im Landesarchiv Berlin (1939-1945). Berlin.

Längerich, Christoph u.a. (1983): Von „guttrassischen“ und „schlechtrassischen“ Kindern. Grausige Entdeckung in Kelsterbach. In: Die Kriegsjahre in Deutschland.

Leo, Annette/ Peter Reif-Spirek (Hg.) (2001): Vielstimmiges Schweigen. Neue Studien zum DDR-Antifaschismus. Berlin.

Loewy, Hanno/ Gerhard Schoenberner (1990): „Unser einziger Weg ist Arbeit. Das Getto Lodz 1940-1944. Eine Ausstellung des Jüdischen Museums Frankfurt am Main.

Lotfi, Gabriele (2000): Stätten des Terrors. Die „Arbeitserziehungslager“ der Gestapo. In: Paul, Gerhard/ Klaus-Michael Mallmann (Hg.).

Meyer, Beate/ Hermann Simon (2000): Juden in Berlin 1938-1945. Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung in der Stiftung „Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum“.
Berlin.

Meyer, Winfried/ Klaus Neitmann (Hg.) (2001): Zwangsarbeit während der NS-Zeit in Berlin und Brandenburg. Formen, Funktion und Rezeption. Potsdam.

Milward, Alan S. (1966): Die deutsche Kriegswirtschaft 1939-45. Stuttgart.

Milward, Alan S. (1975): Der Einfluß ökonomischer und nichtökonomischer Faktoren auf die Strategie des Blitzkriegs.

Mommsen, Hans (1996).

Müller, Rolf-Dieter (1997): Menschenjagd. Die Rekrutierung von Zwangsarbeitern in der besetzten Sowjetunion. In: Heer, Hannes/ Klaus Naumann (Hg.).

Nieden, Susanne zur (2001): „L. ist ein vollkommen asoziales Element...“ Säuberungen in den Reihen der „Opfer des Faschismus“ in Berlin. In: Leo, Annette/ Peter Reif-Spirek (Hg.).

Noack, Karoline (1998): Alltag und Machtverhältnisse in einem Rüstungsbetrieb. Die „Gesellschaft für elektroakustische und mechanische Apparate m.b.H.“ (Gema). In: Scholze-Irrlitz/ diesselbe (Hg.).

Paul, Gerhard/ Klaus-Michael Mallmann (Hg.) (2000): Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. „Heimatfront“ und besetztes Europa. Darmstadt.

Pawlita, Cornelius (2000): Rentenversicherungsrechtliche Aspekte verfolgungsbedingter Zwangsarbeit im Nationalsozialismus. In: Barwig, Klaus/ Günter Saathoff/ Nicole Weyde (Hg.).

Peukert, Detlev/ Jürgen Reulecke (Hg.) (1981): Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus. Wuppertal.

Pfahlmann, Hans (1968): Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945. Darmstadt.

Pfliegensdörfer, Dieter (1988): Neue Wege in der historischen Unternehmensforschung. Ein Projektbericht. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, H.3, S.56-78.

Pingel, Falk (1978): Häftlinge unter SS-Herrschaft. Selbstbehauptung und Vernichtung im Konzentrationslager. Hamburg.

Pohl, Hans/ Stephanie Habeth/ Beate Brüninghaus (1986): Die Daimler-Benz AG in den Jahren 1933 bis 1945. Eine Dokumentation. Stuttgart.

Projektgruppe Messelager im Verein EL-DE-Haus e.V. Köln (Hg.) (1996): Zwangsarbeit bei Ford. Köln.

Ramm, Harald B. (1999): NCR – ein KZ-Außenlager in Berlin-Neukölln. In: Spanjer, Rimco/ Diète Oudesluijs/ Johan Meijer (Hg.).

Reedt Dortland, Wilhelm, van (2001): Nimwegen – Berlin – Sosnowitz und über viele Umwege nach Hause. In: Versklavt und fast vergessen: Zwangsarbeit im Berliner Bezirk Lichtenberg 1939-1945.

Reiher, Jana (1993): Betriebliche Sozialpolitik in den Berliner Osram-Werken. Bestand und Funktion betrieblicher Sozialmaßnahmen am Beispiel der Osram-Werke in den Jahren 1933-1945. (unveröffentl. Magisterarbeit am Fachbereich Philosophie und Geschichtswissenschaften der Humboldt Universität zu Berlin).

Rensmann, Lars (2001): Entschädigungspolitik, Erinnerungsabwehr und Motive des sekundären Antisemitismus. In: Surmann, Rolf (Hg.).

Reulecke, Jürgen (1981): Die Fahne mit dem goldenen Zahnrad: der „Leistungskampf der deutschen Betriebe“ 1937-1939. In: Peukert, Detlev/ Jürgen Reulecke (Hg.).

Ribbe, Wolfgang (Hg.) (1987) Berlin – Forschungen II. Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin. Berlin.

Rose, Romani/ Walter Weiss (1991): Sinti und Roma im „Dritten Reich“: das Programm der Vernichtung durch Arbeit. Hg. vom Zentralrat Deutscher Sinti und Roma. Göttingen.

Roth, Karl-Heinz (1996): Zwangsarbeit im Siemens-Konzern (1938-1945): Fakten - Kontroversen - Probleme. In: Kaienburg (Hg.).

Saathoff, Günter (1998): Die politischen Auseinandersetzungen über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeit im Deutschen Bundestag – politische und rechtliche Aspekte. In: Barwig, Klaus/ Günter Saathoff/ Nicole Weyde (Hg.).

Sachse, Carola (1982): Angst, Belohnung, Zucht und Ordnung. Opladen.

Sachse, Carola (1991): Zwangsarbeit jüdischer und nichtjüdischer Frauen und Männer bei der Firma Siemens 1940 bis 1945. In: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. 27. Jg., H.1.

Sandvoß, Hans-Rainer (1988): Widerstand in Spandau. Berlin.

Schäfer, Annette (2001): Zur Funktion von Durchgangslagern und Krankensammelagern beim Zwangsarbeitereinsatz im Zweiten Weltkrieg. Am Beispiel Württembergs. In: Kopke, Christoph (Hg.).

Schäfer, Hans Dieter (1991): Berlin im Zweiten Weltkrieg. Der Untergang der Reichshauptstadt in Augenzeugenberichten. München.

Scheer, Regina (2001): Geschützte Leere. Ein Recherchebericht über politische Denkmäler in Brandenburg. In: Leo, Annette/ Peter Reif-Spirek (Hg.).

Schiller, Thomas (1997): NS-Propaganda für den „Arbeitseinsatz“. Lagerzeitungen für Fremdarbeiter im Zweiten Weltkrieg: Entstehung Funktion, Rezeption und Bibliographie. Hamburg.

Scholze-Irrlitz, Leonore/ Karoline Noack (Hg.) (1998): Arbeit für den Feind. Zwangsarbeiter-Alltag in Berlin und Brandenburg 1939-1945. Berlin.

Scholze-Irrlitz, Leonore (1998): Am Ende der Idylle. Das Durchgangslager für Zwangs- und Fremdarbeiter in Berlin-Wilhelmshagen. In: diesselbe/ Noack (Hg.).

Schucht, Joachim (18. Februar 1999): Ein Fonds für die Versöhnung. Regelung für die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern ist in Sicht. In: Allgemeine Jüdische Wochenzeitung.

Schulle, Diana (2000): „Gebt unsere Männer frei!“ In: Meyer, Beate/ Hermann Simon.

Schulte, Jan-Erik (2001): Der SS-Konzern – ein multifunktionales Provisorium. Schlaglichter auf die Geschichte eines Ausbeutungsinstruments. In: Haustein, Petra/ Rolf Schmolling/ Jörg Skriebeleit (Hg.).

Seeber, Eva (1964): Zwangsarbeiter in der faschistischen Kriegswirtschaft. Berlin.

Siegfried, Klaus-Jörg (1988): Das Leben der Zwangsarbeiter im Volkswagenwerk 1939-1945. Frankfurt, New York.

Siemens Presse Information, 15. Mai 1997, Forderung nach Entschädigung von Zwangsarbeit durch einzelne Unternehmen ist nicht berechtigt.

Simon, Ute (1991): Vorbemerkung in den Findbüchern zu Beständen des Bundesarchivs. Reichsarbeitsministerium. Bearbeitet von Ute Simon, Bd. 36, Koblenz.

Sklavenarbeit im KZ. Dachauer Hefte. Hg. von Wolfgang Benz und Barbara Distel, 2. Jg., H.2., München.

Sofsky, Wolfgang (1990): Absolute Macht. Zur Soziologie des Konzentrationslagers. In: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft. Jg.1990, H.4., S.518-535.

Sofsky, Wolfgang (1997): Die Ordnung des Terrors: Das Konzentrationslager. Frankfurt.

Spanjer, Rimco/ Johan Meijer (1996): Die Arbeitserziehungslager. In: Stichting Holländerei, Freunde des Hendri Kraemer Hauses e.V./ Niederländische Ökumenische Gemeinde (Hg.).

Spanjer, Rimco/ Diète Oudesluijs/ Johan Meijer (Hg.) (1999): Zur Arbeit gezwungene Zwangsarbeit in Deutschland 1940-1945. Bremen.

Spielmann, Jochen (1988): Konzentrationslager Sachsenhausen, Außenlager Neukölln, Braunauer Str. 187/189. In: Kolland, Dorothea (Hg.): Zehn Brüder waren wir gewesen...Spuren jüdischen Lebens in Berlin-Neukölln. Berlin.

Spoerer, Mark (2001): Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz. Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und Häftlinge im Deutschen Reich und im besetzten Europa 1939-945. Stuttgart, München.

Steer, Christine (2001): Das Arbeitserziehungslager Wuhlheide. In: Versklavt und fast vergessen: Zwangsarbeit im Berliner Bezirk Lichtenberg 1939-1945. Hrsg. vom Bezirksamt Lichtenberg; Heimatmuseum Lichtenberg. Berlin.

Stichting Holländerei, Freunde des Hendri Kraemer Hauses e.V./ Niederländische Ökumenische Gemeinde (Hg.) (1996): Niederländer und Flamen in Berlin 1940-1945. KZ-Häftlinge, Inhaftierte, Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter. Berlin.

Streit, Christian (1997)[EA 1978]: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945. Bonn.

Surmann, Rolf (2000): Trugbild. Die deutsche Entschädigungsverweigerung gegenüber den NS-Opfern. In: Winkler (Hg.).

Surmann, Rolf (Hg.) (2001): Das Finkelstein-Alibi. „Holocaust-Industrie“ und Tätergesellschaft. Köln.

Verse, Julia (1998): Der Zwangsarbeitereinsatz in Rüdersdorf. „Super-Zement“ für den Krieg - Holzbaracken für das Leben. In: Scholze-Irrlitz/ Noack (Hg.).

Versklavt und fast vergessen: Zwangsarbeit im Berliner Bezirk Lichtenberg 1939-1945. Hrsg. vom Bezirksamt Lichtenberg; Heimatmuseum Lichtenberg. Berlin 2001.

Voigt, Wolfgang (2001a): Siemens-Planiawerke AG für Kohlefabrikate, Herzbergstraße 128/139. In: Versklavt und fast vergessen: Zwangsarbeit im Berliner Bezirk Lichtenberg 1939-1945.

Voigt, Wolfgang (2001b): Gottlieb Büchner. Lufttechnische Anlagen, Herzbergstraße 127. In: Versklavt und fast vergessen: Zwangsarbeit im Berliner Bezirk Lichtenberg 1939-1945.

Weiber, Sigfrid/ Herbert Goetzler (1981): Weg und Wirken der Siemens-Werke im Fortschritt der Elektrotechnik 1847-1980. Wiesbaden.

Weinmann, Martin (Hg.) (1998): Das nationalsozialistische Lagersystem (CCP). Mit Beiträgen von Anne Kaiser und Ursula Schmitt-Krause. 3. Aufl. Frankfurt/ Main.

Weiß, Hermann (Hg.) (2002): Biographisches Lexikon zum Dritten Reich. Frankfurt.

Wekenborg, Andrea (1998): Lagerleben und Hierarchien in Anweisungen und Erlassen. Die Pragmatik der Reglementierung ausländischer Arbeitskräfte. In: Scholze-Irrlitz/ Noack (Hg.).

Wenzel, Gisela (1998): Vergessene Lager - vergessene Opfer. Spurensuche in der Tschechischen Republik und der GUS. In: Scholze-Irrlitz/ Noack (Hg.).

Wenzel, Gisela (1999): Quellen zur Geschichte des Zwangsarbeiter- und Zwangsarbeiterinneneinsatzes in Berliner Firmenarchiven – eine Bestandsaufnahme. In: Spanjer, Rimco/ Diète Oudesluijs/ Johan Meijer (Hg.).

Winkler, Ulrike (Hg.) (2000): Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte. Köln.

Wippermann, Wolfgang (1987): Nationalsozialistische Zwangslager in Berlin II. Das „Arbeitserziehungslager“ Wuhlheide. In: Ribbe, Wolfgang (Hg.).

Wistrich, Robert (1983): Wer war wer im Dritten Reich. Anhänger, Mitläufer, Gegner aus Politik, Wirtschaft, Militär, Kunst und Wissenschaft. München.

Wysocki, Gerd (1989): Zwangsarbeit in der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts. H.3, S.134-144.

Wysocki, Gerd (1991): Häftlinge des KZ Neuengamme bei den Reichswerken „Hermann Göring“. In: Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur (Hg.).

Wysocki, Gerd (1992): Arbeit für den Krieg. Herrschaftsmechanismen in der Rüstungsindustrie des „Dritten Reiches“. Arbeitseinsatz, Sozialpolitik und staatspolizeiliche Repression bei den Reichswerken „Hermann Göring“ im Salzgitter-Gebiet 1937/38 bis 1945. Braunschweig.

75 Jahre Lorenz 1880-1955. Festschrift der C. Lorenz Aktiengesellschaft Stuttgart.
Stuttgart 1955.

Archiv- und Museumsbestände

Bundesarchiv (BArch)

R 3101/10.404
R 3901/ 20.143
R 3901/ 20.168
R 3901/ 20.446
R 3901/ 20.465

Landesarchiv Berlin (LAB)

LAB Rep. 227-04-70
A. Rep. 250-01-01, 10
A. Rep. 250-01-01, 18
A. Rep. 250-01-03, 7
A. Rep. 250-01-03, 8
A. Rep. 250-01-03, 10
A. Rep. 250-01-03, 13
A. Rep. 250-01-03, 16
A. Rep. 250-01-03, 19
A. Rep. 250-01-03, 20
A. Rep. 250-01-03, 39
A. Rep. 250-01-03, 40
A. Rep. 250-01-03, 41
A. Rep. 250-01-05, 1-0010 A
A. Rep. 250-01-05, 1-0052
A. Rep. 250-01-05, 1-0061
A. Rep. 250-01-05, 1-0063 A
A. Rep. 250-01-05, 1-0070 A
A. Rep. 250-01-05, 1-0077 A
A. Rep. 250-01-05, 1-0085 A
A. Rep. 250-01-05, 1-0112
A. Rep. 250-01-05, 1-0197 A
A. Rep. 250-01-05, 1-0201 A
A. Rep. 250-01-05, 1-0202 A
A. Rep. 250-01-05, 1-0204 A
A. Rep. 250-01-05, 1-1/01 A
A. Rep. 250-01-05, 1-1/02
A. Rep. 250-01-05, 1-1/04
A. Rep. 250-01-05, 1-1/05 A
A. Rep. 250-01-05, 1-1/12
A. Rep. 250-01-05, 1-1/13
A. Rep. 250-01-05, 4-0052
A. Rep. 250-01-16, 4-6
A. Rep. 250-01-16, KT 8
A. Rep. 250-01-18, 1-2

A. Rep. 250-01-20, 6
A. Rep. 250-01-23, 7
A. Rep. 250-01-23, 15

Heimatmuseen

Köpenick; Liste des Bund der Antifaschisten Treptow, Materialsammlung Antifa Treptow, NS-Opfer, Zwangsarbeiter, 15 Ordner.
Kreuzberg; Liste Friedrichshain-Kreuzberger Zwangsarbeiter-Firmen, Stand 2001.

Homepages

www.ausstellung-zwangsarbeit-berlin.de, 23. April 02.
www.berliner-geschichtswerkstatt.de/zwangsarbeit/geschichte.htm, 20. Oktober 00.
www.dhm.de/lemon/html/nazi/organisationen/daf, 20. Juli 01.
www.freilassung.de/div/info/ikgs/igks4.htm, Gegen den Schlussstrich, Zwangsarbeit in Nazi Deutschland.
www.hagalil.com/shoah/zwangsarbeit/firmen, 20. Juli 01.
www.keom.de/denkmal/karte/lager_auswert., 20. März 02.
www.krieggegenkinder.de, 20. März 02.
Nazideutschland, 8. Februar 02.
www.revolte.net, 8. Juni 01.
www.uni-hohenheim.de/~www570a/spoerer/zwangsarbeit.htr.
www.vvn-bda.de/bund/liste.html, 20. Juli 01.
www.zwangsarbeit-in-berlin.de, 23. April 02.

Ausstellung

Geraubte Zeit. Zeugen der Zwangsarbeit im Nordosten Berlins 1938-1945. Ausstellungsprojekt im Rahmen des Projekts Berliner Regionalmuseen „Zwangsarbeit in Berlin 1938-1945. 1. März – 14. Juli 2002.